

Medizin / Report**Am Lebensrand -
der assistierte Suizid ...**

(SB) - Bericht über die kontroverse Orientierungsdebatte zum assistierten Suizid im Bundestag und über das Hauptstadtsymposium der DGPPN ... (S. 43)

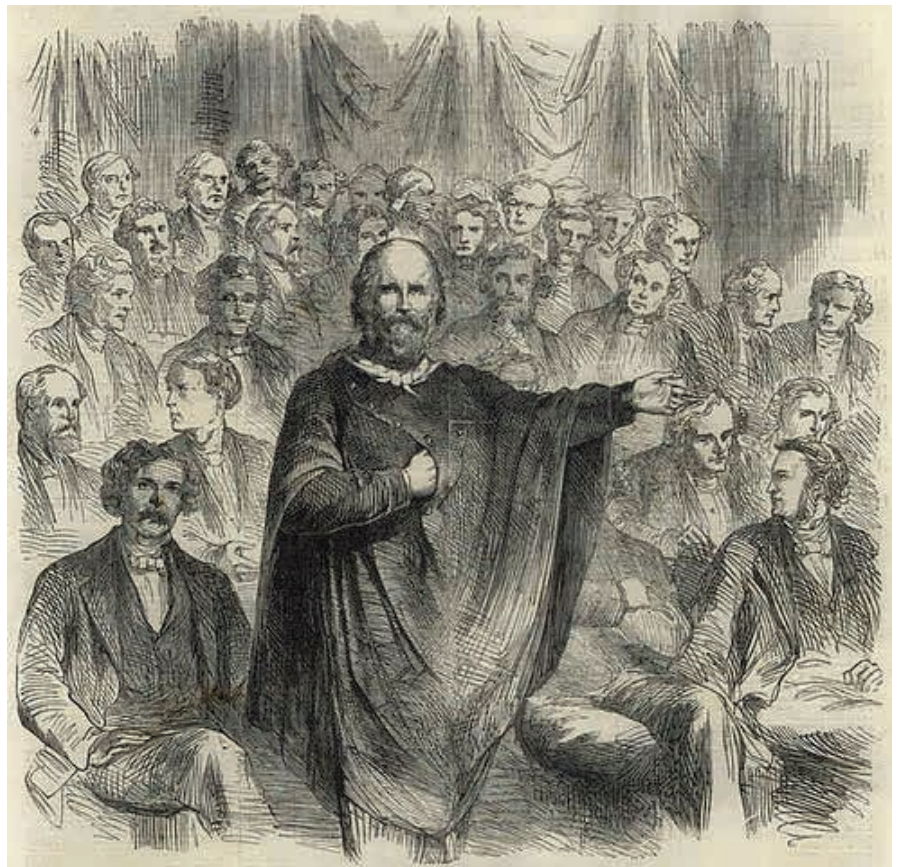
(SB) - Interview mit Dr. Martin Goßmann, Leiter des Ärzteteams beim Verein Sterbehilfe ... (S. 46)

Politik / Kommentar**Zweierlei Maß ...**

(SB) - ... geht deutscher Regierungspolitik leichterding von der Hand, wenn es gilt, je nach Bedarf die Opfer des Krieges krokodilstränenreich zu beklagen oder aber schlichtweg zu ignorieren. Während der russische Angriff auf die Ukraine den Ruf nach härtesten Strafmaßnahmen befeuert, kräht westlicherseits kein Hahn nach dem Toben der türkischen Kriegsmaschine in Nachbarländern ... (S. 12)

Umwelt / Redaktion**Kontinentale Inselverdrängung ...**

(SB) - Die flachen pazifischen Inselstaaten sind einer wenig beachteten, niederschweligen Form von Krieg ausgesetzt. In naher Zukunft wird ihr Lebensraum durch die Machenschaften anderer Länder vernichtet ... (S. 51)

**Giuseppe Garibaldi,
Kämpfer für die Einheit Italiens**

Erste Sitzung des neu gegründeten Nationalparlaments am 18. April 1861 - Garibaldi hält eine Rede gegen die Regierung Cavour
Foto: Unknown artist,
The Illustrated London News,
Public domain,
via Wikimedia Commons

(Gerhard Feldbauer) - Giuseppe Garibaldi starb vor 140 Jahren am 2. Juni 1882 nach einem wahrhaft kämpferfüllten Leben. In allen

seinen Schlachten handelte er nach den Worten des großen französischen Revolutionärs Danton: "Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit". Es gibt in Italien kaum eine Gemeinde, in der nicht eine Straße oder ein Platz nach ihm benannt ist. An seinem Todestag versammeln sich die Menschen an diesen Gedenkstätten, um seiner als dem eigentlichen Gestalter der Einheit Italiens 1861/1870 zu gedenken ... (S. 61)



Foto: © by Schattenblick

Dein Glaube hat dir geholfen ...

Bevorzugen, annehmen ebenso wie anstreben und sich stetig darauf zubewegen wären Lesarten und Verstehensmuster, die dem Wort "Glauben" zugeschrieben werden könnten.

Ein Mensch wäre vom Glauben gänzlich erfasst und besetzt, wenn es sich denn um einen solchen handelt. Immer jedoch scheint der Glaube oberflächlich bis zutiefst verbindlich verknüpft mit einem Inhalt und geheftet an eine strukturelle Matrix oder an eine Person, einen Gegenstand beziehungsweise eine topographische Realität, sprich an irgendein Ideal gefesselt zu sein.

Von einer innermenschlichen Rückbindung eines derartigen Glaubens erfahren wir aus einer der vielen Geschichten um Jesus von Nazareth aus dem Neuen Testament der biblischen Schriften. Ein gut zu zitierendes Beispiel hierfür wäre der Bericht aus dem Matthäus-Evangelium, Kapitel 9, Vers 20-22, in welchem der Nazarener offensichtlich dem Glauben einer von ihm angesprochenen Person den ersten Rang und die alleinige Wirkung zugesprochen hat anlässlich der erstaunlichen Unterbrechung eines jahrelangen Blutflusses:

Des Jairus Tochter. Blutflüssige Frau

[...] Und siehe, eine Frau, die zwölf Jahre den Blutfluß gehabt, trat von hinten zu ihm und rührte seines Kleides Saum an. Denn sie sprach bei sich selbst: Könnte ich nur sein Kleid anrühren, so würde ich gesund. Da wandte sich Jesus um und sah sie und sprach: Sei getrost, meine Tochter, dein Glaube hat dir geholfen. Und die Frau ward gesund zu derselben Stunde.

(Matthäus, Kapitel 9, Vers 20-22)

Arglosigkeit, Vertrauen oder tiefe Verzweiflung, was hat den Glauben dieser Frau wohl angetrieben und was macht ihn derart wirksam? Niemand wird das jemals wirklich ermitteln können.

Aus solchen Gründen wird dem Glauben gern zugesprochen, unterstellt und aufgefachtet, was einer rationalen Erörterung nicht standhalten könnte.

Gut, dass es solche Begriffe und damit auch solche Fluchtwege im menschlichen Denken gibt. Denn ohne sie wäre er zumindest zur Verteidigung oder zum Angreifen weder bereit noch richtig in der Lage.

Ihre Schattenblick-Redaktion

SB-Wochendruckausgabe Nr. 175 zum 2. Juli 2022

2 EDITORIAL: Dein Glaube hat dir geholfen ... (SB)

4 APHORISMUS: Versetzt (SB)

40 GEDICHT: Frösteln (SB)

73 KLEINE GESCHICHTEN: Senfkorn (SB)

EUROPOOL - FAKTEN

5 Grenzen: Melilla - mindestens 23 Menschen sterben am Grenzzaun zwischen Marokko und Spanien (poonal)

EUROPOOL - POLITIK

8 Italien: Katastrophale Trockenheit - der Po gleicht einer Wüstenlandschaft (Gerhard Feldbauer)
10 Spanien: Regierung sagt Lebensmittelverschwendung den Kampf an und nimmt Unternehmen in die Pflicht (Pressenza)

POLITIK - KOMMENTAR

12 Krieg: Zweierlei Maß ... (SB)

17 Hegemonie: Ersatzkriege um rote Linien ... (SB)

POLITIK - KRIEG

23 Kollateral: Europäer befürchten illegalen Waffenfluss aus Ukraine (Pressenza)

POLITIK - AUSLAND

26 Lateinamerika: Kolumbien -

 Francia Márquez. Von der Umweltaktivistin zur Vizepräsidentin (poonal)

28 Lateinamerika: Ecuador -

 Keine Annäherung zwischen indigenen Protestbewegungen und Regierung (poonal)

30 Lateinamerika: Ecuador -

 Tote und Verletzte bei Protesten (poonal)

31 Lateinamerika: Chile -

 Guter Kompromiss? Entwurf für die neue Verfassung vorgelegt (poonal)

POLITIK - MEINUNGEN

37 Fragen: Chile -

 Karina Nohales über die politische Lage und das Verfassungsreferendum im September -
 "Das Referendum wird nicht über Social Media gewonnen" (poonal)

RECHT - FAKTEN

39 International: Honduras - Erster Schritt in Richtung Gerechtigkeit im Mordfall Berta Cáceres (poonal)

41 International: Zahl der Hinrichtungen weltweit gestiegen (Pressenza)

MEDIZIN - REPORT

43 Bericht: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

 Kaum Annäherung an Karlsruher Urteil (SB)

46 Interview: Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

 Dr. Martin Goßmann im Gespräch (SB)

I N H A L T

UMWELT - REDAKTION

51 Klima: Kontinentale Inselverdrängung ... (SB)

UMWELT - INTERNATIONALES

56 Wirtschaft: Chile - Opferzonen. Gewinnmaximierung um jeden Preis (poonal)

KINDERBLICK - NATURKUNDE

59 Pflanzen: Ein Unkraut ... (SB)

GEISTESWISSENSCHAFTEN - GESCHICHTE

61 Memorial: Giuseppe Garibaldi, Kämpfer für die Einheit Italiens, starb am 2. Juni 1882
(Gerhard Feldbauer)

FEUILLETON

70 International: Mexiko - Mehr Lizenzen für indigene und Community-Radios (poonal)

71 Rezension: Gert Loschütz - Besichtigung eines Unglücks (SB)

73 Kleine Geschichten: Senfkorn (SB)

74 Rezension: Robert Kagan - The Jungle Grows Back (Geopolitik) (SB)

81 Rezension: Karsten Müller, Jerzy Konikowski - Die besten Kombinationen der Weltmeister (SB)

83 Es geschah...: Der Anekdotenkammer achtundzwanzigste Tür, Schachgeister, Teil 2 (SB)

88 Comic Strip: Magus Rolf - Garnicht um kümmern ... (SB)

SPORT - MEINUNGEN:

89 Kommentar: Umweltlügen ... (SB)

DIENSTE - WETTER

91 Aussichten: Und morgen ... (SB)

SCHACH UND SPIELE - SCHACH

92 Schach-Sphinx: Streit der Köpfe um eine Verwechslung (SB)

UNTERHALTUNG - COMIC

93 Comic Strip: Gerädert ... (SB)

IMPRESSUM

94 Schattenblick und Kooperationspartner - poonal und Pressenza

A P H O R I S M U S

Versetzt

Der Glaube versetzt Berge,
und Berge versetzen in Erstaunen.

*Von Helmut Barthel
aus Dichterstube - Kehrlicht Band 2, S. 128
Copyright by MA-Verlag, www.maverlag.de*

poolal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Spanien

Melilla - mindestens 23 Menschen sterben am Grenzzaun

**27 tote und hunderte verletzte Migrant*innen und marokkanische Polizeikräfte:
Sinnbild für das Scheitern einer sicherheitsorientierten Migrationspolitik**

(Melilla, 25. Juni 2022, AN-Red/El Salto) - Etwa 2.000 Migrant*innen haben am Freitagmorgen versucht, den Zaun zu überwinden, der die spanische Exklave Melilla umgibt. Marokkanische und spanische Sicherheitskräfte schlugen mit brutaler Gewalt zurück. Wie viele Menschen im Zuge der anschließenden zweistündigen Schlacht zu Tode kamen, steht noch nicht fest; bisher wurden 23 Todesfälle bestätigt. Menschenrechtsorganisationen gehen von über vierzig Menschen aus, die durch Schläge und Schüsse getötet wurden, dazu kommen etliche Verletzte. Der Großteil der Migrant*innen stammt aus den Ländern südlich der Sahara. In diesem Jahr sind bisher 1402 Einwanderer über die Exklavenstädte Ceuta und Melilla nach Spanien eingereist, das sind etwa 80 Prozent mehr als im Vorjahr.

Seit Wochen hatte sich die Lage zugespitzt

Die Tragödie des 24. Juni hatte sich bereits seit längerem angebahnt. In den letzten Wochen waren die Sicherheitskräfte im Umfeld der Stadt Nador immer wieder mit Massenverhaftungen, Razzien in Lagern und Zwangsumsiedlungen gegen Migrant*in-



Grenzanlage von Mellila

Foto: Repovesi, CC BY-SA 3.0

[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>],
via Wikimedia Commons

nen vorgegangen. Mit der Wiederaufnahme der Zusammenarbeit zwischen Marokko und Spanien im Kontext der Grenzsicherung wurden die koordinierten Aktionen zwischen den beiden Ländern ab März 2022 massiv intensiviert. Bei diesen Aktionen kam es im Norden (Nador, Tetouan und Tanger) sowie im Süden Marokkos (El Aaiun, Dakhla) immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen gegen Migrant*innen. Das Drama des 24. Juni ist die Folge des ste-

tig gestiegenen Drucks gegen die Vertriebenen.

Elend in den Lagern

Seit mehr als anderthalb Jahren haben die Migrant*innen in Nador keinen Zugang zu Medikamenten oder medizinischer Versorgung, ihre Lager wurden geplündert und niedergebrannt, ihre spärliche Nahrung vernichtet, und sogar das bisschen Trinkwasser,

das ihnen in den Lagern zur Verfügung steht, wurde beschlagnahmt. Die Gewalt gegen die Flüchtenden war von nationalen, regionalen und UN-Gremien bereits bei zahlreichen Gelegenheiten verurteilt worden. Der spanische Präsident Pedro Sánchez hingegen äußerte sich nach dem brutalen Polizeieinsatz lobend über die gute Mitarbeit der marokkanischen Streitkräfte bei der Bekämpfung afrikanischer Migrant*innen. Als Reaktion auf die Ereignisse unterzeichneten mehrere Menschenrechtsorganisationen mit Schwerpunkt Migration die folgende Erklärung:

29 Tote an europäischen Grenzen: Das spanisch-marokkanische Einwanderungsabkommen tötet

"Die tragischen Ereignisse vom 24. Juni 2022 an der Grenze zwischen Nador und Melilla in Marokko sind ein blutiger Verweis auf das Scheitern der sicherheitsorientierten Migrationspolitik. 27 tote und hunderte verletzte Migrant*innen und marokkanische Polizeikräfte sind das tragische Sinnbild der Politik der Europäischen Union (EU), die auf Abschottung der Grenzen setzt. Ein Land des Südens trägt ebenfalls Schuld an der Katastrophe: Marokko. Der Tod der jungen Afrikaner an den Grenzen der "Festung Europa" führt uns die blutigen Folgen der spanisch-marokkanischen Zusammenarbeit zum Schutz vor Einwanderung vor Augen.

- Wir sprechen den Familien der Opfer, sowohl auf Seiten der Migrant*innen als auch in den Reihen der Ordnungskräfte, unser tiefstes Beileid aus.

- Wir verurteilen, dass die verletzten Migrant*innen nicht sofort versorgt wurden, das hat die Zahl der Opfer weiter in die Höhe getrieben.

- Wir fordern eine angemessene medizinische Versorgung für alle Verletzten, die nach dieser Tragödie ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

- Wir fordern die marokkanischen Behörden auf, die Toten in Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften der Migrant*innen zu identifizieren und die sterblichen Überreste der Opfer an ihre Familien zurückzugeben.

- Wir fordern eine unverzügliche Untersuchung der Ereignisse durch Marokko und Spanien, und zwar durch unabhängige Kommissionen, sowie eine internationale Untersuchung, damit die Umstände dieser menschlichen Tragödie geklärt werden.

- Wir fordern ein Ende der kriminellen Politik der EU, die in Kooperation mit verschiedenen Staaten sowie internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgezogen wird.

- Wir fordern die diplomatischen Vertretungen der afrikanischen Länder in Marokko auf, ihre Verantwortung für den Schutz ihrer Bürger in vollem Umfang wahrzunehmen, statt sich zu Handlungern der Politik zu machen.

- Wir befinden uns in einem kritischen Moment. Das Recht auf Leben ist in Gefahr. Wir appellieren an alle Menschenrechtsorganisationen und Initiativen, die für die Rechte von Migrant*innen kämpfen, nicht tatenlos zuzusehen und Position zu beziehen."

Aus Melilla ein Kommentar der spanischen Juristin und Politologin Irene Graiño Calaza:

Derzeit gibt es 27 tote Migranten und Hunderte von Verletzten (Stand: 25. Juni). Bilder und Videos von AMDH Nador und anderen Organisationen zeigen die enorme Brutalität, mit der die marokkanische Polizei in Zusammenarbeit mit den spanischen Streitkräften gegen die Einreise von Migrant*innen vorgeht. AMDH, Caminando Fronteras, das Kollektiv der subsaharischen Gemeinschaften in Marokko, der Verband zur Unterstützung von Migrant*innen in prekären Situationen und Attac Maroc hatten die Zustände in den Lagern seit Wochen kritisiert.

Präsident Sánchez bedankt sich für die tolle Zusammenarbeit

In der Erklärung der Verbände heißt es, die Eskalation sei eine Folge der erneuten Zusammenarbeit beider Länder bei der Grenzsicherung, wobei die Annäherung zwischen der Regierung Sánchez und dem Regime von Mohammed VI. auf Kosten der Menschen in der Westsahara geht. Die Bilder von AMDH Nador zeigen die willkürliche Gewalt der "gelungenen polizeilichen Kooperation" und deren Folgen: Hunderte von Menschen, auf sich selbst gestellt, verletzt, schutzlos, die niemanden haben, der ihnen hilft, während die "Sicherheits"-Organe beider Staaten sich darin überbieten, es an Menschlichkeit fehlen zu lassen. Noch am Freitagabend bedankte sich der spanische Präsident Pedro Sánchez für das Vorgehen der marokkanischen Polizei in Melilla, die etliche Menschen das Leben kostete, und lobte "die außergewöhnliche Zusammenarbeit mit dem Königreich Marokko".

Die Festung Europa spaltet Migrant*innen in "Erwünschte" und "Kriminelle"

Wieder einmal wird die südliche Grenze zu einem Ort des Schreckens und der Entmenschlichung, einem Ort im Ausnahmezustand. Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrant*innen sind an der Tagesordnung. Das Szenario der Gewaltexzesse, Autoritätsmissbrauch, Straflosigkeit und Kriminalisierung werden von beiden Regierungen unter dem Label "intelligente Grenzpolitik" subsumiert und billigend in Kauf genommen. Die Südgrenze als Einfallstor und Spiegel einer Festung Europa, die Migrant*innen in "Erwünschte" und "Kriminelle" spaltet. Spanien und ganz Europa betreiben eine Politik der Selektion und Exklusion von Migrant*innen mit Hilfe hierarchischer Unterdrückungsfaktoren: Herkunft, Nationalität, Geschlecht und Ethnie. Die Zurückweisung der Migrant*innen aus den Ländern des globalen Südens verläuft entlang den historischen Achsen der Unterdrückung. Die Migrationspolitik der Mitgliedstaaten der EU wird bestimmt von Rassismus und Kolonialismus. Die "Kooperation" zwischen Spanien und Marokko bedeutet im Klartext: Marokko übernimmt für die EU die Rolle des Torwächters und kümmert sich darum, die erste Sicherheitskontrolle an der Südgrenze mit systematischer Brutalität durchzuführen. Die in den letzten Jahren eingeführten Grenzkontroll- und Sicherheitsmaßnahmen sind die tödlichste, egoistischste und unmenschlichste Facette der "Sicherheitspolitik" des globalen Nordens, die für die Menschen

aus dem Süden, Tod, Gewalt und unbeschränkte Verletzung bedeutet.

Es ist an der Zeit, dass der Norden historische Verantwortung übernimmt

Die Menschen aus dem Süden fliehen. Vor Massakern und Kriegen, vor Besatzung, den Folgen der Klimakrise, vor Ressourcenverknappung, extremer Armut und Hunger, für die der Norden direkt verantwortlich ist, weil er ihnen den Zugang verwehrt und sie damit zum Tode verurteilt. Was wir sehen, sind die Auswirkungen der Geschichte, die der Norden zu verantworten hat, auch wenn er nicht gern darüber spricht. Einer Geschichte von extremer Ressourcenplünderung, Vergewaltigung, Kolonialisierung, Extraktivismus, Missbrauch, Unterstützung von Diktaturen und Machteliten, Waffenlieferungen etc., die der Westen hinter Begriffen wie "bilaterale Kollaborations- und Kooperationsabkommen" zu verbergen versucht. Es ist an der Zeit, dass der Norden historische Verantwortung übernimmt und Wiedergutmachung leistet an den Völkern, die systematisch ausgeplündert, unterdrückt und niedergemacht wurden. Als erster Akt der Verantwortung muss eine Migrations- und Asylpolitik umgesetzt werden, die ihren Namen verdient. Menschenrechtsverletzungen gegen Migrant*innen müssen gestoppt und sanktioniert werden. Wie wir sehen, setzt sich die Geschichte von Rassismus und Kolonialismus in den heutigen strukturellen Unterdrückungsmechanismen fort: Die Migrationspolitik arbeitet mit der Kontruktion

des Andersseins, um Menschen aus einigen Ländern willkommen zu heißen, während andere brutal zurückgewiesen werden. Was das bedeutet, zeigen uns die Bilder aus Melilla. Die spanische Aufnahme- und Integrationspolitik muss auf Gleichheit, Nichtdiskriminierung, und den von Spanien eingegangenen Verpflichtungen zu Einhaltung der internationalen Menschenrechte erfolgen. Dass Menschen, die vor Gewalt fliehen, willkommen geheißen werden, darf nicht fallweise und auf der Grundlage einer ausgrenzenden Solidarität entschieden werden, sondern ist gemäß den europäischen und nationalen Rechtsvorschriften und den unterzeichneten internationalen Menschenrechtspakten eine Pflicht für Spanien und die EU. Die Festung Europa verstößt gegen ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und verletzt unter dem Vorwand der gemeinschaftlichen Grenzsicherung ihre eigenen Gesetze.

Die Opfer verdienen es, nicht vergessen zu werden

Was in Melilla passiert, ist extrem heftig. Es ist ein neuer Höhepunkt in der Geschichte der Abschottung, Kriminalisierung der Migration und Auslagerung der Grenzen, die in den letzten Jahren betrieben wurde. Migrationspolitik wird zu einer Politik des Todes; hier passt der von Achille Mbembe geprägte Begriff der Nekropolitik. Menschen, die vor einem Massaker fliehen, erwarten in der Festung Europa noch mehr Massaker, Gewalt und Tod. Es ist dringend erforderlich, die fortschreitende Gewalteskalation der Politik zu stoppen und Verant-

wortung zu übernehmen für das, was passiert. Wir brauchen eine sichere Migrationspolitik, die Menschen, die aus Notlagen fliehen, willkommen heißt. Angesichts der Gewalt in Melilla ist Schweigen eine unerträgliche Haltung, die Mitschuld schafft. Schluss mit der rassistischen und ausgrenzenden Migrationspolitik, die zu Tod und Unsicherheit führt! Die Bilder von AMDH Nador machen wütend. Also erheben wir die Stimme, um diese Menschenrechtsverletzungen und Ungerechtigkeiten anzuprangern

und zu verurteilen. Die Opfer verdienen Anerkennung, Wiedergutmachung, Wahrheit und Gerechtigkeit, und sie verdienen es, nicht vergessen zu werden. Das Massaker an der EU-Grenze darf nicht ungesühnt bleiben.

Übersetzung: Lui Lüdicke

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/flucht-migration/melilla-mindestens-23-menschen-sterben-am-grenzzaun/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

Folgen des Klimawandels

Katastrophale Trockenheit in Italien

Der Po gleicht einer Wüstenlandschaft

von Gerhard Feldbauer, 27. Juni 2022

Mit schockierenden Bildern über die sich ausbreitende Trockenheit, eine Folge des seit Monaten ausbleibenden Regens, wird Italien in diesen Tagen mit erbarmungsloser Härte mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert. Der völlig ausgetrocknete, von aufgebrochener Erde gezeichnete Grund des Po, mit 652 km Italiens längster Fluss und das größte Wasserreservoir des Landes, gleicht einer Wüstenlandschaft. Sein Pegel ist gegenüber dem unteren hydrometrischen Nullpunkt im Vergleich zum 15. August vor einem Jahr um 3,3 Meter gesunken, der Lago Maggiore um einen Meter. In der Lagunenstadt Vene-

dig ist die Situation dramatisch, und auch der Como ist betroffen, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur ANSA.

Der Po ist nur noch ein kleines Rinnsal. Pro Sekunde fließen derzeit nur noch 300 Kubikmeter durchschnittlich durch den Fluss, teilte der Direktor der Flussbehörde, Meuccio Berselli, am 22. Juni auf einer Pressekonferenz mit. Normal seien 1.800 Kubikmeter pro Sekunde. Der Fluss drohe auszutrocknen. Hinzu komme, dass aus den Alpen kaum Schmelzwasser in den Po fließt, weil die ungewöhnlich warmen Temperaturen zu Beginn des Jah-

res für weniger Schneefall als gewöhnlich sorgten. Für Italien werde der Klimawechsel zu einer ausgewachsenen Katastrophe.

In der fruchtbaren, etwa 400 Kilometer langen Po-Ebene in der Lombardei, die mit einem Flächenausmaß von 50.000 km² einen Großteil der norditalienischen Tiefebene bildet, drohen der Landwirtschaft katastrophale Folgen. Hier werden u.a. Getreide, Mais, Zuckerrüben, viele Gemüse- und Obstarten inklusive Wein angebaut. Vor allem aber ist die Pianura Padana rund um die Städte Novara und Vercelli das größte europäische Reisanbauge-

biet. Dafür, dass alles gedeiht, sorgten die Wasser des Po, die jetzt versiegen.

Die Landwirte können kaum noch ihre Felder bewässern, alarmierte der Bauernverband Confagricoltura, der davon ausgeht, dass 30 bis 40 Prozent der Ernte vernichtet sind, außerdem Vieh geschlachtet werden muss. Bereits jetzt summierte sich der Schaden auf mehr als zwei Milliarden Euro. Der Klimawandel ist hier für alle sichtbar, sagte der regionale Verbandschef Ercole Zuccaro. Lange Dürreperioden wechselten sich mit Extremwetter ab. Der zweite Agrarverband Coldiretti berichtete, dass in manchen Gegenden des Landes die landwirtschaftlichen Erträge um die Hälfte zurückgegangen sind. Betroffen davon sei auch die Milchwirtschaft: Wegen der teils ungewöhnlich großen Hitze und zugleich der Futterknappheit aufgrund der Dürre geben die Kühe bis zu 10 Prozent weniger Milch.

Expert*innen weisen darauf hin, dass der direkte Zusammenhang mit dem Klimawandel auf der Hand liegt. Das fange damit an, dass es seit fast vier Monaten nicht mehr geregnet hat. Es geht damit weiter, dass auf den milden, trockenen Spätwinter ein Frühling mit Hitzewellen folgte, die so früh einsetzten wie kaum je zuvor. Unter den Schäden, die der Klimawandel anrichtet, leidet das Po-Delta besonders stark, hielt der Direktor des Konsortiums zum Erhalt des Po-Deltas, Giancarlo Montovani, fest. Die Schäden seien bereits jetzt gewaltig, der Boden hier ist eine Wüste. Hinzu komme, dass der sinkende Pegel dazu führe, dass Salzwasser

aus dem Meer ins Flussbett fließt und die anliegenden, besonders fruchtbaren Böden durchdringe. Mehr als zehn Kilometer sei das Salzwasser bereits in die Po-Ebene vorgedrungen. Im Umkreis von 200 Metern um das Flussbett wachse schon nichts mehr. Von den jährlich produzierten 93 Millionen Kilo Muscheln ersticken 20 Prozent. Die Landwirtschaft werde das, so der Experte, nicht lange durchhalten.

Da Italien 15 Prozent seines Strombedarfs aus der Wasserkraft bezieht, könnte die Dürre sich auch auf die Stromversorgung auswirken. Denn die meisten Staudämme befinden sich in den Alpen und der Po-Region. Die Stauseen sind jedoch nur halb so hoch gefüllt wie im letzten Jahr - und die Betreiber haben nach öffentlichem Druck begonnen, einen Teil des Wassers in die Po-Ebene abzulassen. Vor allem große Industriebetriebe wie der Autobauer Fiat sorgen sich nicht nur um die Wasservorräte, sondern auch um die Stromversorgung.

Auch den Kommunen, und somit den Privathaushalten, geht das Wasser aus. In insgesamt 125 Gemeinden sind laut ANSA die Wassertanks so leer, dass Tanklaster aus anderen Regionen für Nachschub sorgen müssen. Bürgermeister erlassen bereits Verordnungen zur Rationierung und rufen dazu auf, kein Wasser zum Blumengießen oder für die Autowäsche zu verwenden. In vielen Gemeinden darf Wasser nur noch für lebenswichtige Zwecke verbraucht werden. Während der Nacht ist die Versorgung mit Wasser in einigen Städten ganz unterbrochen worden.

Auf Ablehnung und teils scharfe Kritik, vor allem des vom Tourismus lebenden Gewerbes, stieß eine Forderung von Regionalpolitikern und Behördenleitern aus der Po-Ebene, aus dem bei deutschen Touristen beliebten Gardasee Wasser abzuschöpfen und über den Fluss Mincio in den Po zu leiten. Der Gardasee sei selbst nur noch zu rund 60 Prozent gefüllt, damit sei einfach zu wenig Wasser da. Durch den Plan bliebe am Ende nicht nur ein "kranker Po", sondern auch ein "kranker Gardasee" zurück, sagte der Generalsekretär der Vereinigung der Gemeinden am Gardasee, Pierlucio Ceresa. Es wäre somit eher kontraproduktiv, gab die römische *La Repubblica* ihn wieder.

Einige Regionen im Norden haben wegen der anhaltenden Dürre von der Regierung die Ausrufung des Notstandes gefordert. Damit könnten sie, so die *Südtirol News* auf ihrem Online-Portal, freie Hand bei der Ergreifung von Notstandsmaßnahmen zur Bekämpfung der Wasserknappheit erhalten. Landwirtschaftsminister Stefano Patuanelli sagte am Wochenende laut ANSA: "Ich glaube, es ist unvermeidlich, wegen der Trockenheit einen Krisenzustand zu verhängen." Allerdings hat er es nicht eilig. Erst am kommenden Mittwoch will er sich dazu mit den Präsidenten der Regionen treffen. Noch vor dieser Entscheidung hat der Präsident der Lombardei den Notstand bereits ausgerufen, meldete ANSA am Samstag.

*

Quelle:

© 2022 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Spanien

Regierung sagt Lebensmittelverschwendung den Kampf an und nimmt Unternehmen in die Pflicht

von Kathrin Glösel, KONTRAST.at - 9. Juni 2022

Spanien verpflichtet Supermärkte, Händler und Restaurants, ihre Lebensmittelabfälle zu reduzieren. Denn im Schnitt landen 31 Kilo Lebensmittel pro Spanier im Müll. Genießbare Ware soll gespendet werden. Produkte, die sich dem Mindesthaltbarkeitsdatum nähern, werden verbilligt. Unternehmen, die nicht mitmachen, droht eine Geldstrafe.

1,3 Milliarden Tonnen werden weltweit jährlich an Lebensmitteln weggeworfen. Lebensmittelverschwendung ist für etwa 10 % der CO₂-Emissionen [1] verantwortlich, die unserem Klima schaden.

In Spanien landen jedes Jahr 1,36 Millionen Tonnen Lebensmittel, die noch genießbar wären, im Müll. Das sind 31 Kilogramm pro Person. Zu viel, findet die spanische Regierung unter dem sozialistischen Premierminister Pedro Sánchez. Deswegen hat die Regierung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der Strafen für Unternehmen vorsieht, die Lebensmittel-Abfälle produzieren, die sie vermeiden könnten. Wenn das Parlament die Vorlage beschließt, tritt das Gesetz schon Anfang 2023 in Kraft.

Das Gesetz schreibt Unternehmen - zum Beispiel Lebensmittelproduzenten, Supermärkten oder Re-

staurants - vor, Pläne zu erarbeiten, um Lebensmittel-Abfälle zu verringern und umzusetzen. Andernfalls drohen zwischen 2.000 und 60.000 Euro Strafe.

Luis Planas, Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung in Spanien, bezeichnet den Entwurf als "bahnbrechend" [2] und erhofft sich neben effektiver Müllvermeidung auch Sensibilisierung gegenüber dem Wert von Lebensmitteln. Immerhin ist es für ihn auch eine ethische Frage: Während weltweit fast 700 Millionen Menschen [3] an Hunger leiden, landen in reichen Ländern Tonnen an Lebensmitteln auf dem Müll.

"Bitte einpacken" - gratis Sackerl für die Reste

Ein einfacher Weg, zu verhindern, dass Lebensmittel nicht im Müll landet, ist, aus Restaurants Speisen mit nach Hause nehmen zu können. "In Gaststätten, Bars und Restaurants sollen KonsumentInnen das Recht haben, Speisen, die sie nicht verzehrt haben, mit nach Hause zu nehmen, damit sie sie dort essen können", erklärt Planas.

Gäste sollen künftig kostenlos Sackerl bekommen, damit sie Essen mitnehmen können. Eine Praxis, die in Spanien noch nicht üblich ist.

Mehr Zusammenarbeit mit Tafeln und Hilfsorganisationen

Mit dem neuen Gesetz will man zudem Supermärkte und Restaurants verpflichten, mit Hilfsorganisationen wie Tafeln zusammenzuarbeiten. Größere Unternehmen müssen außerdem Pläne für die Spende von Lebensmitteln vor Ablauf ihres Mindesthaltbarkeitsdatums vorlegen.

Lebensmittel in Supermärkten müssen künftig billiger werden, wenn sich das Mindesthaltbarkeitsdatum nähert. Und wenn sie nicht mehr konsumiert werden können, sollen sie zu Tierfutter verarbeitet oder zur Herstellung von Bio-Kraftstoffen verwendet werden.

Bei KonsumentInnen setzt man mit Aufklärung an

Die Regierung hat festgestellt, dass ein Großteil der Lebensmittelabfälle aus Privathaushalten stammt. EU-weit fallen 53 Prozent aller Lebensmittelabfälle bei den KonsumentInnen an.

Doch anstelle von Bußgeldern setzt Spanien hier auf Aufklärungskampagnen, um das Verhalten der Haushalte zu ändern.



Markthalle in Valencia
Foto: Diego Delso
(<http://delso.photo>) Attribution-ShareAlike 4.0 International
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>]

Frankreich als weltweiter Vorreiter - Italien ist nachgezogen

Frankreich war 2016 das erste Land der Welt, das - größeren - Supermärkten verboten hat, Lebensmittel wegzuworfen oder zu vernichten, wenn sie nicht verkauft wurden. Im Laufe der Jahre kamen weitere Vorschriften hinzu. Insbesondere hat man es Händlern verboten, unverkaufte Produkte für den Konsum unbrauchbar zu machen. So war es davor Praxis, dass man Chlor über Mistkübel geleert

hat, damit man weggeworfene Lebensmittel nicht mehr essen konnte. Frankreich hat sich zum Ziel gesetzt, Lebensmittelabfälle bis 2025 um 50 Prozent zu reduzieren.

Auch Italien hat Auflagen für Unternehmen eingeführt, um auf jeder Stufe der Lebensmittelversorgungskette Abfall zu reduzieren. Auch hier liegt der Schwerpunkt auf dem Spenden unverkaufter Produkte. In Italien setzt man allerdings auf Steuererleichterungen statt auf Geldstrafen bei Nicht-Umsetzung.

Anmerkungen:

[1] <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/07/spain-fights-food-waste-with-supermarket-fines-and-doggy-bags>

[2] <https://www.euronews.com/green/2022/06/08/supermarkets-and-restaurants-in-spain-could-face-fines-of-up-to-60-000-for-wasting-food>

[3] <https://www.unicef.de/informieren/aktuelles/presse/2020/un-report-nahrungssicherheit-hunger/221914>

Link zur Erstveröffentlichung:
<https://kontrast.at/spanien-lebensmittelverschwendung/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Presenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@presenza.com
Internet: www.presenza.com/de

Zweierlei Maß ...

"Das Schweigen von Außenministerin Annalena Baerbock zu Ankaras Kriegen gegen seine Nachbarn ist ein Hohn und zeigt die ganze Doppelmoral der angeblich wertegeleiteten deutschen Außenpolitik. Während Russlands Krieg in der Ukraine zu Recht verurteilt wird, hat der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan freie Hand für Bombardements, Besetzungen und Annexionen im Norden Syriens und im Irak. Erdogans Verbrechen an den Kurden, Jesiden, Alawiten und Christen in Syrien dürfen von der Bundesregierung, der EU und der NATO nicht länger hingegenommen werden."

Sevim Dagdelen (Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke für Internationale Beziehungen) [1]

(SB) 27. Juni 2022 - Zweierlei Maß geht deutscher Regierungspolitik leichterding von der Hand, wenn es gilt, je nach Bedarf die Opfer des Krieges krokodilstränenreich zu beklagen oder aber schlichtweg zu ignorieren. Während der russische Angriff auf die Ukraine den Ruf nach härtesten Strafmaßnahmen befeuert, kräht westlicherseits kein Hahn nach dem Toben der türkischen Kriegsmaschine in Nachbarländern, die mit Rückendeckung durch NATO und EU in neoosmanischem Eroberungsstreben Fakten schafft und den kurdischen Gesellschaftsentwurf zu zerschlagen trachtet. Mag Recep Tayyip Erdogan unter seinen Gegnern im In- und Ausland auch

noch so wüten, fällt ihm doch niemand ernsthaft in den Arm, da er sein Regime als Brücke und Puffer zwischen diversen aufeinanderprallenden Wuchten nahezu unentbehrlich zu machen versteht.

Auch in seinem Fall gehen innere und äußere Repression, administrative Gewalt und offene Kriegsführung nahtlos ineinander über, wobei sein expansiver und bellizistischer Furor im Kern derselben Quelle entspringt wie die Konfrontation von Russland und der NATO auf den Schlachtfeld der Ukraine. Die auf Eigentumsordnung, Wachstum und Konkurrenz gestützte profitgetriebene Verwertung ist an ihre Grenzen gestoßen und häuft gigantische Schuldtitel jenseits konkreter Produktionssphären auf. Das Szenario ökonomischer, ökologischer und sozialer Krisen ist derart angeschwollen, dass eine Lösung im Rahmen der herrschenden Verhältnisse unmöglich herbeigeführt werden kann. Um die Blockade der um ihr Wohlergehen wenn nicht gar Überleben kämpfenden Menschen zu brechen und einen neuen Zyklus der Kapitalverwertung durchzusetzen, ist Krieg die Ultima ratio Herrschaft sichernder und fortschreibender Kräfte. Andere Regionen oder Länder unter immensen Opfern zu zertrümmern folgt einer Strategie der Disruption, die als Innovationsoffensive den Phoenix aus der Asche beschwört.

Mag menschliches Schaffen auch heillos an die Wand gefahren sein, bleibt als Urreflex erhoffter Übervorteilung immer noch die Auslöschung des andern und die Zerstörung all dessen, was er aufgebaut hat. Welch überschäumende Euphorie die absurde Hoffnung auf den Sieg in der kommenden Schlacht wachzurufen vermag, zeigt nicht nur die eskalierende Kriegsbegeisterung in erheblichen Teilen der deutschen Bevölkerung, die sich eine Opferbereitschaft verordnen lässt, wie sie noch vor wenigen Monaten undenkbar erschienen wäre. Wenngleich weniger denn je zu erkennen ist, wie das vielgestaltige Verhängnis erodierender Lebensverhältnisse und bedrohter Existenzmöglichkeiten abzuwenden wäre, wird die Perspektive, den Erzfeind in die Knie zu zwingen, zum Königsweg der Befreiung von allem Übel erklärt und als solcher bereitwillig akzeptiert.

Bei diesem Hauen und Stechen geht es natürlich auch um Verdrängungsprozesse beim Zugriff auf schwindende Sourcen des Überlebens und die Wahrung eines Vorsprungs zu Lasten unterworfenen und ausgebeuteter Sphären. In der Staatenkonkurrenz werden Nationalismen beschworen und geopolitische wie kulturelle Ansprüche daraus abgeleitet. Unter der Maßgabe, dass es uns um jeden Preis besser gehen soll als den andern, auf deren Schultern wir selbstverständlich reiten, werden innergesellschaftliche Widersprüche brachial ne-

giert und plant. Nicht zuletzt aber versammeln die Kriegstrommeln das nationale Reservoir vereinheitlichter Kraftanstrengungen unter dem Banner des ideologischen Entwurfs kultureller Überlegenheit und innovativen Fortschritts, wie sie hierzulande im Namen der Menschenrechte und des grünen Kapitalismus eingefordert und vorangetrieben werden.

Krieg als Freischlag aus der Krise

In der Türkei gelingt es dem Erdogan-Regime ein ums andere Mal, seine wankende Vorherrschaft mit jedem weiteren Kriegszug zumindest befristet zu stabilisieren. Kaum geht es gegen die kurdischen Regionen in Syrien und im Irak, die mit dem Terrorverdikt überzogen werden, weil sie sich der türkischen Staatsräson ihrer Auslöschung als kulturell eigenständiger Teil der Bevölkerung mit gewissen Autonomierechten verweigern, läuft die kemalistische Opposition mit fliegenden Fahnen zur kriegstreibenden Regierungspolitik über. Der föderale kurdische Gesellschaftsentwurf ohne Staat, mit Basisdemokratie und Rätestruktur, einer Befreiung der Frauen auf allen Ebenen und der Aufnahme von Menschen jeglicher Herkunft, die sich dem Aufbau dieser Gesellschaft anschließen, ruft den genozidalen Hass des Machthabers auf den Plan. Dem im islamistischen Patriarchat verwurzelten und den türkischen Nationalismus huldigenden Despoten bleibt der Widerstand dieser emanzipatorischen Bewegung ein Stachel im zutiefst reaktionären Fleisch, den er gewaltsam herausreißen will.

Im kommenden Jahr jährt sich die Gründung der türkischen Republik zum hundertsten Mal, was Erdogan mit einem Sieg bei der Präsidentschaftswahl am 24. Juni 2023 zu feiern hofft. Sein langgehegtes Versprechen, er werde das Land bis dahin in den Kreis der wirtschaftlich und politisch einflussreichsten Mächte führen, ist indessen Makulatur. Angesichts immenser ökonomischer Verwerfungen steht das Regime auf tönernen Füßen, ist doch der Lebensstandard dramatisch gesunken. Die Inflation war im Mai mit 73,5 Prozent so hoch wie seit 1998 nicht mehr, wobei Oppositionspolitiker, Ökonomen und Umfragen zufolge auch Verbraucherinnen vermuten, dass sie noch deutlich höher als offiziell angegeben ist. Die Landeswährung Lira hat 2021 im Verhältnis zum Dollar rund 44 Prozent an Wert eingebüßt, und dieser Kursverfall setzte sich in diesem Jahr mit einem weiteren Rückgang von bislang 24 Prozent fort, wodurch die Inflation noch weiter angetrieben wurde. [2]

Die Türkei ist eher ein Schwellenland als ein hochentwickelter Industriestaat, was im internationalen Konkurrenzgefüge zu strukturellen Beschränkungen und Abhängigkeiten führt, die als verschärfte Krisen durchschlagen. Die Aufholjagd mit harten Bandagen hat nur in einigen Sektoren zur Herausbildung einer tragfähigen Entwicklung der Produktivkräfte geführt, vielfach jedoch eine zwangsläufig befristete Scheinblüte wie etwa im Bausektor befördert, dessen Höhenflug den Keim des nachfolgenden tiefen Absturzes in sich trägt. Ein erheblicher Teil des vielbeschworenen türkischen Aufstiegs ist

denn auch ein Konglomerat aus nationalem Pathos von Stolz, Ehre und Weltgeltung samt einem aufgeblähten Militärapparat und Instrumentarium der Repression im Inneren.

Die Zauberformel, du hast nicht viel und bist nicht viel, kannst dich aber mit Stolz einen Türken nennen, der Schmähungen nicht länger unbeantwortet hinnehmen muss, funktioniert immer weniger, wo das zum Leben Notwendige für zahllose Menschen wegbriecht. Armut und Hunger greifen um sich, während die Regierung mit harter Hand Proteste niederhält. In einer repräsentativen Umfrage der Hacettepe-Universität in Ankara gaben 63 Prozent der jungen Leute zwischen 15 und 24 Jahren an, die Zukunft nicht positiv zu sehen, 35 Prozent machten ihr Kreuz sogar bei "völlig hoffnungslos". 72 Prozent der Befragten gaben zudem an, die Türkei verlassen zu wollen, sobald sich eine Möglichkeit biete. [3]

Ungeachtet der anwachsenden Verelendung und Arbeitslosigkeit wie auch der um sich greifenden Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen aus Syrien und des in den Keller gesackten Zuspruchs zu seiner Regierungsführung hat Erdogan vor allen andern Rivalen seine erneute Kandidatur für die Volksallianz aus AKP und der rechtsradikalen MHP offiziell angekündigt. Angesichts dieser sozialen Talfahrt der Mehrheitsbevölkerung ist aus innenpolitischen Gründen eigentlich eine Wiederwahl so gut wie ausgeschlossen, sofern sich die Opposition nicht komplett spalten lässt. Folglich setzt Erdogan auf die außenpolitische Karte, indem er sein Taktieren zwischen NATO und

Russland womöglich als Vermittler im Ukrainekrieg ausreizt, insbesondere aber den ständigen unterschweligen Krieg in den Nachbarländern zu einem weiteren massiven Angriff ausweitet.

Erdogan kündigt die nächste Invasion in Syrien an

In Ankündigung einer weiteren Offensive entlang der südlichen Grenzen sprach der Präsident bereits im Mai davon, eine 30 Kilometer breite Sicherheitszone zu schaffen, um "terroristische Bedrohungen" zu bekämpfen. "Das Hauptziel dieser Operationen werden Gebiete sein, die Angriffszentren auf unser Land sind", stellte er wie immer die tatsächliche Stoßrichtung militärischer Aggression auf den Kopf. Gemeint ist in diesem Fall der Norden Syriens, den die türkischen Streitkräfte bereits dreimal angegriffen haben, um die kurdische Selbstverwaltung und die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG und YPJ) zu zerschlagen: Einmarsch in Jarablus im August 2016, Eroberung der kurdischen Region Afrin im Januar 2018 und zuletzt Besetzung des Gebiets zwischen den Städten Serekaniye und Gire Spi östlich des Euphrats im Oktober 2019, nachdem US-Präsident Trump überraschend seine Truppen dort zurückgezogen hatte. Die Türkei wolle die Orte Tall Rifat und Manbidsch von "Terroristen" der YPG "säubern", legte Erdogan kürzlich nach. Damit wolle er eine "neue Phase" im Bürgerkrieg in Syrien einleiten und "schrittweise" auch andere Regionen miteinbeziehen.

Das Regime in Ankara hat im Kontext seiner Expansionspläne nie mit dem Ziel hinter dem Berg gehalten, einen durchgängigen breiten Streifen im Norden Syriens und des Iraks zu erobern und dauerhaft zu annektieren. Die dort lebenden kurdischen, ezidischen, arabischen, assyrischen, armenischen und turkmenischen Menschen sollen vertrieben und im Zuge eines Bevölkerungsaustausches durch aus der Türkei rückgeführte syrisch-arabische Flüchtlinge sowie islamistische Söldner aus den Reihen der Al Qaida, Al Nusra, HTS (Hayat Tahrir al Sham) oder des IS ersetzt werden. Einer Ankündigung Erdogans von Anfang Mai zufolge sollen eine Million syrische Geflüchtete, die bisher in der Türkei gelebt haben, nach und nach in eigens für sie angelegte "Siedlungen" in die türkisch besetzten Teile Nordsyriens zurückgeführt werden. In den bereits okkupierten Gebieten werden Gehälter in türkischen Lira bezahlt, türkischsprachige Schulen eröffnet und eigene Gouverneure eingesetzt. Es handelt sich also um eine dauerhafte Kolonisierung, mit der auch die Stärkung dschihadistischer Milizen einhergeht, die neben den türkischen Soldaten die Besatzung absichern. Viele von ihnen waren früher Teil der IS-Miliz, die im Untergrund nach wie vor existiert und inzwischen wieder zunehmend in der Lage ist, Angriffe durchzuführen, wie der Sturm auf das IS-Gefängnis in Al-Hassaka im Januar gezeigt hat. [4]

In den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten werden mit Hilfe von Geldern aus Kuwait und Katar im Grunde genommen riesige Lager für rückgeführte Geflüchtete errichtet, die unter türkischer

Kontrolle stehen. Milliarden Euro, welche die EU zur Unterstützung der syrischen Geflüchteten in der Türkei bereitgestellt hat, dürften teilweise auch in die Versorgung dieser "Siedlungen" fließen. Da die angesiedelten Menschen fern ihrer ursprünglichen Wohnorte leben müssen und es ihnen an Erwerbsmöglichkeiten fehlt, werden sie langfristig auf internationale Hilfe angewiesen sein, die sich Erdogan vom Westen bezahlen lässt. Auf diese Weise finanziert und unterstützt die EU also die ethnische Säuberung und den Bevölkerungsaustausch wie auch die dauerhafte türkische Annexion in den südlichen Nachbarländern. [5]

Die auch als Rojava bekannte Selbstverwaltungsregion von Nord- und Ostsyrien wird unablässig in einem Krieg niedriger Intensität von der Türkei und deren dschihadistischen Söldnern angegriffen. Artilleriebeschuss der Zivilbevölkerung gehört dort mittlerweile zum Alltag, Drohnenangriffen fallen ebenso zahlreiche Menschen zum Opfer, Einrichtungen der Infrastruktur werden zerstört, die Wasserversorgung wird unterbrochen. Auf diese Weise forciert Ankara den Druck, um die Selbstverwaltung zu schwächen und die Bevölkerung zu vertreiben. Sollte es zum angekündigten Einmarsch kommen, müssten zwei bis drei Millionen Menschen fliehen. Zudem blieben dann viele Gefängnisse in der Region unbewacht, in denen ehemalige IS-Kämpfer inhaftiert sind, deren Erstarben abermals zur Gefahr für die gesamte Region würde. [6] Dschihadistische Kämpfer der Syrischen Nationalen Armee (SNA), die den Befehlen Ankaras folgen, ziehen bereits

verstärkt umher, skandieren "Gott ist groß", demonstrieren Stärke und Kampfbereitschaft. Diese Söldner hat Erdogan nicht nur in Nord-Syrien, sondern auch in Libyen oder Bergkarabach eingesetzt. Die nächste türkische Invasion scheint unmittelbar bevorzuzustehen.

Türkei braucht grünes Licht der Garantiemächte

Was Erdogan noch zögern lässt, ist der Umstand, dass sich die USA, Russland, Iran und Syrien ungeachtet ihrer sonstigen Differenzen bislang ausnahmsweise einig sind, was ihre Ablehnung einer erneuten türkischen Offensive in Nordsyrien betrifft. Washington kooperiert mit den kurdischen Selbstverteidigungseinheiten im Kampf gegen den IS und verfolgt mit seiner militärischen Präsenz eigene Interessen im Nordosten des Landes, wo 900 US-Soldaten die Ölfelder besetzt halten. US-Außenminister Antony Blinken hat erklärt, Washington unterstütze "den Erhalt der aktuellen Waffenstillstandslinien".

Moskau und Teheran streben an, ganz Syrien wieder unter die Kontrolle der Regierung Assad zu bringen. "Wir hoffen, dass Ankara auf solche Aktionen verzichtet, die zu einer gefährlichen Verschlechterung der ohnehin komplizierten Lage in Syrien führen", sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa. Russland äußerte Verständnis dafür, dass die Türkei ihre Sicherheit bedroht sehe, die Sicherheit in der Region sei aber am besten zu gewährleisten, wenn Einheiten der syrischen Re-

gierung dort stationiert würden, hieß es aus Moskau weiter. Für den Iran, einen wichtigen Handelspartner der Türkei, besteht das Konfliktpotential insbesondere darin, dass die vor allem von radikalen Sunniten gebildete SNA bis auf Raketenreichweite an schiitische Ortschaften heranrücken würde. [7]

Um einen möglichen Angriff der türkischen Armee abzuwehren, haben syrische und russische Streitkräfte ihre Stützpunkte entlang der syrisch-türkischen Grenze verstärkt. Präsident Baschar Al-Assad erklärte, sein Land werde sich einem erneuten Angriff Ankaras entgegenstellen. Patrouillen der russischen Militärpolizei entlang der Grenze wurden verstärkt und am Flughafen von Kamischli Flugabwehrgeschütze installiert. Die russischen Streitkräfte haben gemeinsame Beobachtungsflüge mit der syrischen Luftwaffe demonstrativ verstärkt. Die mehrheitlich kurdisch-arabischen Syrischen Demokratischen Kräfte (SDK) zeigten sich bereit, die Verteidigung im Falle einer türkischen Aggression mit syrischen und russischen Einheiten zu koordinieren. [8]

Es gilt jedoch zu bedenken, dass die türkischen Drohnen im von den USA und Russland kontrollierten syrischen Luftraum unbehelligt unterwegs sind und die Artillerieangriffe trotz des offiziell herrschenden Waffenstillstands nicht unterbunden werden. Man kann Russland und den USA als Garantiemächten für das Waffenstillstandsabkommen mit der Türkei vom Oktober 2019 also durchaus zum Vorwurf machen, ihrer Verantwortung nicht nachzukommen. Sie lassen dem Krieg nied-

riger Intensität seinen Lauf, so dass sich die Frage stellt, was Erdogan ihnen zu bieten hat, um im Gegenzug auch grünes Licht für eine weitere Invasion und Annexion zu bekommen.

NATO-Beitritt spielt Erpressung in die Hände

Der Ukrainekrieg spielt der Türkei in die Hände, die ihren Platz zwischen den Stühlen durch geschicktes Taktieren in eine Position der Stärke verwandeln könnte. Erdogan hat die Steilvorlage aggressiv aufgenommen und klargestellt, dass er dem Beitritt Schwedens und Finnlands in die NATO nur unter der Prämisse zustimmen würde, dass diese Staaten ihre Unterstützung für die Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien aufgeben. Schweden hat zwar erklärt, dass nur humanitäre Unterstützung in Rojava geleistet, aber keine politische Bewegung unterstützt wird, doch die türkische Regierung lässt nicht locker. Solange sie sich nicht entscheidet und somit keine der beiden Seiten verprellt, sondern sie gegeneinander ausspielt, könnte sie von Moskau und Washington Zustimmung zur Intervention in Nordsyrien erwirken.

Erdogan hat sein Veto damit begründet, dass die beiden Länder "Terrororganisationen" wie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unterstützten und Waffenlieferungen an die Türkei ablehnen. Die PKK ist in Schweden und Finnland verboten. Während die Türkei jedoch die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) und deren bewaffnete Arme YPG und YPJ mit der PKK gleichsetzt, sind diese in den

nordischen Ländern nicht verboten - und auch nicht in der EU oder in den USA. Sie waren sogar gefeierte Helden im erfolgreichen Kampf gegen den IS. Als dann die Streitkräfte des NATO-Mitglieds Türkei in die syrisch-kurdischen Gebiete einmarschierten, ließ man sie bekanntlich gewähren, doch stoppten einige Länder, darunter Schweden, Finnland und der NATO-Staat Norwegen, danach Waffenexporte in die Türkei.

Ankaras Forderungskatalog listet in Schweden und Finnland insgesamt 33 Personen auf, deren Auslieferung verlangt wird, darunter Schriftsteller, Medienschaffende und Aktivisten, die sich kritisch über das türkische Regime geäußert haben. Schweden hatte seit den Siebziger Jahren eine vergleichsweise großzügig gestaltete Asylpolitik, so dass auch viele kurdische Dissidenten aufgenommen wurden und derzeit etwa 150.000 Menschen kurdischer Herkunft im Land leben. Zwangsläufig geht nun unter ihnen die Angst um, Schweden könnte seine Haltung ändern, so dass Schutzsuchende kurdischer Herkunft ihren Aufenthaltsstatus verlieren. Der türkische Botschafter in Stockholm hatte zwischenzeitlich sogar Terrorismusvorwürfe gegen die kurdischstämmige Abgeordnete Amineh Kakabaveh erhoben und deren Auslieferung an die Türkei gefordert, obwohl die schwedische Staatsbürgerin nicht einmal familiäre Wurzeln in diesem Land hat, sondern aus den kurdischen Gebieten des Iran stammt. Botschafter Hakki Emre Yunt bezeichnete die Forderung später als "Missverständnis".

Die 1970 im Iran geborene Amineh Kakabaveh wurde mit 13 Jahren Widerstandskämpferin bei den Peschmerga, floh später nach Schweden, dessen Staatsbürgerin sie heute ist, und hat sich als Aktivistin für Feminismus und gegen Rassismus einen Namen gemacht. 2016 war sie "Schwedin des Jahres". Kakabaveh kam als Abgeordnete der schwedischen Linkspartei 2008 ins Parlament, trat 2019 wegen inhaltlicher Differenzen aus der Partei aus, blieb aber als Unabhängige im Riksdag. Ihre Stimme sicherte der Sozialdemokratin Magdalena Andersson im Herbst 2021 die Wahl zur Ministerpräsidentin, wofür die Sozialdemokraten im Gegenzug eine Zusammenarbeit mit der PYD im kurdisch-selbstverwalteten Rojava zusagten. [9]

Die knappen Mehrheitsverhältnisse im schwedischen Parlament hoben Kakabaveh abermals ins Rampenlicht, als ihre Enthaltung Anfang Juni den Misstrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Justizminister Morgan Johansson scheitern ließ. Dabei stellte sie klar, dass sie auf die Einhaltung des Abkommens mit Rojava besteht und man sich den Forderungen Erdogans nicht unterwerfen dürfe. In der Türkei säßen mehr als 15.000 Menschen aus politischen Gründen in Haft, 5.000 davon gehörten der prokurdischen HDP an, darunter gewählte Volksvertreter. Zudem seien fast 100 Journalistinnen und Journalisten inhaftiert. Die Türkei sei einer der aggressivsten Staaten im Nahen Osten, mit Unterstützung der NATO zerstöre ihre Armee Kurdistan. Dagegen verteidigten sich die Kurdinnen und Kurden.

Ungeachtet der Absprache mit Magdalena Andersson zur Unterstützung der kurdischen Bevölkerung habe der schwedische Geheimdienst in Kollaboration mit dem Geheimdienst der Türkei viele Freiheitskämpfer aus Rojava, die nun als politische Flüchtlinge in Schweden leben, als Terroristen gelistet. Deswegen hätten diese Menschen, die mitgeholfen haben, die christliche Minderheit ebenso wie die Eziden zu retten, nun Probleme bei ihrer Einbürgerung in Schweden. Amineh Kakabaveh spricht sich gegen den Beitritt zur NATO aus, die keinen Frieden bringe, sondern die bestehenden Konflikte verschärfe. Schweden solle seine zweihundertjährige Neutralität beibehalten. Was die Welt brauche, sei mehr Friedensdiplomatie. [10]

Tückischer Kettenhund der NATO und EU

Indem Recep Tayyip Erdogan unentwegt den tobenden Kettenhund gibt - unersetzlich in Konfrontation mit den Feinden, doch so unberechenbar, dass er sich unversehens in seine Herren verbeißt -, fährt er den größtmöglichen Zugewinn für den nationalistischen Drang türkischer Staatsräson und expansionistischer Ambitionen ein. Indem er bei jeder sich bietenden Gelegenheit aus dem Ruder läuft und erst durch erhebliche Zugeständnisse zur Rückkehr in die große Meute gelockt werden kann, bedient er nicht nur die Klaviatur des machiavellistischen Staatslenkers, sondern insbesondere auch das Geschäft seiner Schutzmächte, die ihn decken, alimentieren und mit Waffen versorgen. Jeder Staat habe seine Terroristen, die zu ver-

folgen und zu eliminieren sein gutes Recht sei, bringt der türkische Machthaber die grundsätzliche Übereinkunft auf den Punkt, wie mit Staatsfeinden umzugehen sei.

Erdogan ist für die westlichen Mächte gerade deshalb so wertvoll, weil er in aller Offenheit die Drecksarbeit für sie verrichtet und sie die Verantwortung für die dabei verübten Grausamkeiten unter demonstrativem Bedauern auf ihn abwälzen können. Feuert er auf den kurdischen Gesellschaftsentwurf und dessen Widerstand, um ihn in genozidalem Wüten für immer zu brechen und auszulöschen, verrichtet er zugleich das Werk der Kommandohöhen in Washington, Berlin und Brüssel, deren Geheimdienste eng mit dem türkischen MIT zusammenarbeiten. Wann immer sich Kritik regen mag, die Bundesregierung, EU oder NATO nehme Erdogan nicht an die Kandare, hat dieser längst neue Streitfelder eröffnet und Vorwände geschaffen, warum es kontraproduktiv wäre, ihm gerade jetzt in die Parade zu fahren. Er hält uns die Flüchtlinge vom Leib, räumt mit den Kommunisten und radikalen Kurden auf, nimmt die dschihadistischen Halsabschneider als Söldner an die Leine und schafft es dank seiner Kontakte zum Kreml vielleicht sogar, zu gegebener Zeit einen Siegfrieden des Westens in der Ukraine als Vermittler auszuhandeln. Dafür nimmt man nur allzu gern den fehlgeleiteten Vorwurf in Kauf, Erdogan tanze der hiesigen Politszene auf der Nase herum, die allenfalls der Duldsamkeit oder Gleichgültigkeit, doch keinesfalls der Täterschaft zu bezeichni-

gen sei. Solange kurdische Stimmen vergebens anmahnen, dass es der Krieg der NATO ist, den das türkische Regime nach Rojava trägt, greifen Abwehrmaßnahmen gegen die Invasionspläne Ankaras zu kurz.

Anmerkungen:

[1] www.sevimdagdelen.de/voelkerrecht-muss-auch-fuer-nato-partner-erdogan-gelten/

[2] www.tagesspiegel.de/wirtschaft/trotz-hoechster-inflationsrate-seit-1998-tuerkei-laesst-leitzins-unveraendert/28450004.html

[3] politik.watson.de/international/analyse/726848302-tuerkei-erdogans-krieg-gegen-die-pkk-der-antiterrorkampf-im-nordirak

[4] jacobin.de/artikel/der-turkische-nato-krieg-gegen-kurdistan-nordirak-erdogan/

[5] www.heise.de/tp/features/Freiwillige-Rueckfuehrungen-aus-der-Tuerkei-Neues-Gaza-in-Nordsyrien-7103641.html

[6] www.jungewelt.de/artikel/427604.neues-vom-kriegsbuendnis-eine-schutzzone-fuer-islamisten.html

[7] www.express.de/politik-und-wirtschaft/tuerkei-steht-vor-militaeroffensive-greift-erdogan-wirklich-bald-an-100151

[8] www.jungewelt.de/artikel/427869.ankaras-invasionsplaene-bereit-zur-abwehr.html

[9] www.heise.de/tp/features/Regierungskrise-in-Schweden-Nato-Traum-bringt-Kritik-an-Tuerkei-zum-Schweigen-7132271.html

[10] www.jungewelt.de/artikel/428870.kurdischer-freiheitskampf-wenn-jemand-ein-terrorist-ist-dann-erdogan.html

Ersatzkriege um rote Linien ...

(SB) 27. Juni 2022 - Große Teile des Globalen Südens wollen sich nicht in die Kriegsfront der NATO einreihen. Deren Versuch, Russland auf den Schlachtfeldern der Ukraine als strategischen Gegner auszuschalten, tritt mithin als europäischer Krieg hervor. Das ist weniger eine Bedingung des Ortes als einer Geschichte, die in der Blockkonfrontation des sogenannten Kalten Krieges verwurzelt ist. Auch wenn die Russische Föde-

ration nicht mehr die Sowjetunion ist, so hat ihr größter Nachfolgestaat die Funktion des geostrategischen Kontrahenten der westlichen Militärallianz behalten, nicht zuletzt deshalb, weil deren politische Legitimation nicht ohne einen militärischen Gegner auskommt. Vor allem die atomare Bewaffnung Russlands verleiht der Konfrontation Glaubwürdigkeit. Die strategische Parität vor 1991 ist heute auf eine Weise entsichert, dass der

Albtraum der atomaren Vernichtung auch nach dem Erwachen in der alltäglichen Wirklichkeit nicht mehr aufhört.

Dabei hätte diese Zuspitzung vermieden werden können, wenn die Regierungen der NATO-Staaten auf die wiederholten Offerten der russischen Führung, etwaige Eskalationen durch intensivere regionale Zusammenarbeit, Bündnispolitik und Rüstungskontrolle zu reduzieren, eingegangen wären. Mit derartigen Avancen dürfte es auf längere Zeit vorbei sein, nun setzt die Führung in Moskau in imperialer Symmetrie zur NATO auf territoriale Expansion und die Rückeroberung als russisch identifizierter und nach 1991 unabhängig gewordener Regionen. Allein ihr atomares Drohpotential hat bisher verhindert, den Verlautbarungen westeuropäischer Regierungen, es ginge um einen Sieg der Ukraine über den Aggressor, Taten folgen zu lassen, die diese Behauptung wirksam untermauert hätten. In dieser Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit hat sich eine Wunde geöffnet, aus der viel Blut fließt.

Seit vier Monaten verlangt die Führung der Ukraine die Lieferung von mehr und effizienteren Waffen. Dem wird seitens der NATO-Staaten nur bedingt stattgegeben, was deren Behauptung, es gebe nichts Wichtigeres, als die Ukraine bei der Verteidigung des Landes gegen die russischen Invasoren nicht alleine zu lassen, als bloßen Winkelzug der Strategie erkennen lässt, den Angreifer in einen Abnutzungskrieg zu verstricken. Russlands militärische Handlungsfähigkeit soll kontinu-

ierlich geschwächt werden, ohne dafür selbst Verluste in Kauf nehmen zu müssen. Wo der von vielen Regierungen und Medien der NATO-Staaten erhobene Anspruch, den russischen Angriffskrieg vollständig zurückschlagen zu müssen, mit der Moral des "gerechten Krieges" unterfüttert wird, bleibt allerdings die Frage offen, warum für dieses hehre Anliegen keine eigenen Kräfte in die Waagschale geworfen werden.

Wieso ignorieren die VerfechterInnen einer "wertegelenkten" Außenpolitik die im Verlaufe des Konfliktes mit Russland ohnehin erodierende Vorsicht bei der Vermeidung eines Atomkrieges nicht gänzlich, um eine Kriegsentscheidung mit dem Auffahren eigener Truppen und entsprechender Feuerkraft in der Ukraine zu erzwingen? Warum müssen UkrainerInnen sterben, weil die NATO auf Sieg setzt, aber aus diesem Krieg unbeschadet hervorgehen will? Wie lässt sich eine Moral, die die Gerechtigkeit des Himmels anruft und das Böse auf der anderen Seite der Front verortet, mit dem rationalen Kalkül vereinbaren, dass dieser Feind schlicht zu mächtig ist, um sich mit ihm direkt und unvermittelt anzulegen? Wie kann die Gefahr eines Atomkrieges zum einen als Grund dieser Zurückhaltung geltend gemacht werden, während zum andern die roten Linien des Kreml unter bewusst in Kauf genommener Gefahr atomarer Eskalation permanent ausgetestet werden?

Rhetorische Fragen wie diese, die der Disparität von propagandistischer Mobilmachung und realpolitischem Hegemonialstreben

entspringen, lassen zumindest erkennen, dass es der NATO nicht um den Bestand der Ukraine als souveräner Staat oder das Wohlergehen seiner Bevölkerung geht. Die ideologisch überdeterminierte Begründung, mit der die NATO die militär- und informationstechnische Aufrüstung der Ukraine wie die beispiellosen ökonomischen Sanktionen gegen Russland legitimiert, um einen unerklärten Krieg gegen den Angreifer zu führen, macht zudem vergessen, dass Staaten in einem prinzipiellen Konkurrenzverhältnis stehen. Frieden ist keine pastorale Idylle, sondern das Ergebnis von Waffengängen. Staaten sind nicht miteinander befreundet und helfen einander nicht, sie verfolgen konkrete bündnis- und handelspolitische Ziele, die sogar einen Übertritt ins Feindeslager bewirken können. Staaten sind als Rechtssubjekte keine Personen, auch wenn derartige Analogien im internationalen Recht üblich sind. So wie Russland verfolgt die NATO eigene Ziele, während die Bedeutung der Ukraine für beide Seiten nicht über die einer wohlfeilen Beute oder eines Bauernopfers hinausgeht.

Dementsprechend handelt es sich bei den Bevölkerungen um ein abstraktes Subjekt heterogener Art - längst nicht alle RussInnen sind mit der Kriegführung des Kreml einverstanden, längst nicht alle UkrainerInnen wollen ihre leibliche wie wirtschaftlichen Existenz für die Verteidigung des Landes preisgeben, längst nicht alle Menschen in den NATO-Staaten sind der Ansicht, dass es Aufgabe ihrer Regierungen sei, ihre Lebenssicherheit durch imperiale Ambitionen zu gefährden.

Um so systematischer wird die Verwechslung staatlicher Konkurrenzsubjekte, die sogar die Gefahr totaler Vernichtung eingehen, um im Krieg zu obsiegen, mit ihren Insassen inszeniert.

Das heißt nicht, dass sich nicht erhebliche Teile der jeweiligen Bevölkerungen mit ihren Staatsprojekten auch zum Preis ihres Lebens identifizieren können, selbst wenn sie nicht von der nationalen Reichtumsproduktion begünstigt sind, sondern lediglich Bestätigung aus völkischer Identität saugen. Die auf Staaten projizierte Moral wird in dieser spezifischen Identität so fruchtbar wie scharf gemacht. "Wir und die anderen" - was in der Verallgemeinerung der einzelnen Menschen in Volk und Nation abstrakt bleibt, wird beim Sterben im Krieg und beim Malochen in der Fabrik konkret.

Entladen wird sich die im Spagat zwischen moralischem Anspruch und geostrategischer Realpolitik aufgebaute Spannung in einer direkten Konfrontation zwischen NATO und Russland, sollte nicht zuvor der Abstieg von den Höhen selbstgerechter Urteilskraft erfolgt sein. Bezeichnenderweise herrscht in dieser Hinsicht bei den Hauptakteuren USA und Russland Betriebsblindheit vor.

Erstere sind in vielerlei Hinsicht ein gescheiterter Staat - im "Leuchtturm von Freiheit und Demokratie" herrscht ein Klima finsterner Gewalt und weißer Suprematie. Schwarze werden fast routinemäßig von der Polizei erschossen und sind im monströsen Gefängnis Komplex weit überproportional vertreten. Sie haben schlechtere Chancen vor Gericht,

eine deutlich geringere Lebenserwartung als die weiße Mehrheit, leiden am meisten unter der massiven sozialen Ungleichheit und sterben wie andere nichtweiße Minderheiten mit weit größerer Wahrscheinlichkeit an Covid. Das Recht auf straffreie Abtreibung wird gerade abgeschafft, die Präsenz von Schusswaffen verweist auf einen latenten Bürgerkrieg, hunderte von Schulschießereien werden als Beweis für die Notwendigkeit bewaffneter Selbstbestimmung verstanden, Millionen Menschen in den USA hungern, obwohl das Land ökonomisch weltweit führend ist, pro Kopf der Bevölkerung werden am meisten klimaschädliche Emissionen weltweit freigesetzt, dennoch oder gerade deshalb rangieren die USA bei der durchschnittlichen Lebenserwartung auf Rang 48 weltweit. Das Produzieren gefakter Beweise als Vorwand zum Führen von Angriffskriegen ist eine US-amerikanische Spezialität, und der an den Resten der indigenen Bevölkerung verübte innere Kolonialismus findet im äußeren Kolonialismus im Süden der Amerikas sein grausames Pendant.

Dieses Land, dem ein rassistischer und misogyner Präsident Rekordzahlen an Covid-Toten beschert hat, was seinen guten Aussichten auf Wiederwahl ebenso wenig Abbruch tut wie der von ihm ausgegangene Aufruf zur Erstürmung des Capitols wegen angeblichen Wahlbetrugs, gilt als Verkörperung jener Freiheit und Demokratie, die angeblich zur Zeit in der Ukraine gegen Russland verteidigt wird. Gerade daraus, so beispielsweise der US-Politologe John J. Mearsheimer, schöpft Russland die Motivati-

on, der Einschnürung durch die NATO entgegenzutreten. Seiner Ansicht nach wäre weder die Krim annektiert worden noch der Krieg um den Donbass ausgebrochen, wenn die US-Regierung nicht an erster Stelle versucht hätte, die Ukraine in die NATO zu manövrieren [1].

Doch dieses Kriegsmotiv wurde vom Kreml längst durch zwei weitere Begründungen der sogenannten Spezialoperation ergänzt. Zum einen die Denazifizierung der Ukraine, die schon an der Tatsache scheitert, dass rechtsradikale NationalistInnen in Russland wie der Ukraine einen festen, von staatlichen Nachstellungen weitgehend unbelasteten Stand haben. Die Mutmaßung, Russland sei im Anschluss an die Sowjetunion ein antifaschistischer Staat, lässt sich über das Vermächtnis des Zweiten Weltkriegs hinaus, durch die dieser Kampfbegriff seine zentrale Legitimation erhält, ebenso wenig aufrechterhalten wie die Behauptung, Freiheit und Demokratie seien gleichbedeutend mit einem antifaschistischen Grundkonsens. Faschismus und Kapitalismus auseinanderzuidividieren, um ersteres auf eine bloße Gesinnung oder mentale Einstellung zu reduzieren, taugt vielleicht für die Extremismustheorie des Verfassungsschutzes, aber entbehrt jeder historischen Relevanz.

Als der Sekretär des Sicherheitsrates Nikolai Patruschew, der als enger Vertrauter des russischen Präsidenten gilt, vor einem Monat behauptete, dass es die Ukraine "faktisch nicht mehr gibt, dass der genetische Fond des Volkes, sein kulturelles Ge-

dächtnis vernichtet und ersetzt werden durch zügellose Genderkonzeptionen und leere liberale Werte" [2], berief er sich auf jenen biologistischen Volkstumsgedanken und jene patriarchale Ideologie, die zum Markenkern der Neuen Rechten in aller Welt gehören. Mit einer derartigen Ideologie im Gepäck Antifaschismus zu propagieren ist problematisch zumindest dann, wenn damit ein Kriegsgrund benannt wird, knüpft doch der Spenglersche Dekadenbegriff, der derartigen von allen Klassenantagonismen und gesellschaftlichen Widersprüchen bereinigte, kulturalistisch und ethnonationalistisch argumentierenden Verfallstheorien zugrunde liegt, an eine Glorifizierung weißen maskulinen Heldentums an, das alles Schwache und Kranke als verwerflich und überflüssig erachtet. Die vermeintliche "Zügellosigkeit" anderer Menschen und Bevölkerungen zu verurteilen war stets eine Domäne klerikaler Repression, und eine solche Sexualmoral wird auch nicht weniger repressiv, wenn sie von staatlicher Seite in Gebrauch genommen wird. Auch können liberale Werte nicht einfach deshalb verworfen werden, weil sie als Waffe imperialistischer Kriegsführung missbraucht werden. Es bedürfte schon einer fundierten Kritik des Liberalismus, wie er für die marxistische Linke einmal selbstverständlich war.

Eine dritte Begründung, den Krieg in der Ukraine über die Grenzen des Donbass hinaus zu führen und territorialen Geländegewinn anzustreben, hat Wladimir Putin in Anspielung auf den Krieg gegen Schweden von 1700 bis 1721 geliefert. Dort habe der

Zar Peter I. Gebiete für Russland "zurückgebracht und gefestigt", woraus der Schluss gezogen wird: "Wie es aussieht, fällt auch uns die Pflicht zu, zurückzubringen und zu festigen" [3]. Die ihm schon häufiger angelastete Absicht, als russisch identifizierte Gebiete, die sich nach dem Ende der Sowjetunion für unabhängig erklärten, in die Russische Föderation zu reintegrieren, wird mit diesen Worten eher bestätigt denn verworfen. Anscheinend propagiert Putin tatsächlich ein Russland, in dem die Sowjetunion lediglich eine - zudem abträgliche - Phase der Konstitution eines Reiches war, das zu konsolidieren sein Ziel sei.

Derartige Absichten verfolgen auch die USA und EU auf ihrer politischen, technologischen und ökonomischen Bemittlung jeweils adäquate Weise. Das muss nicht mit territorialer Expansion einhergehen, statt dessen bieten finanz- und handelstechnische Strategien genügend Interventionsmöglichkeiten, die eigenen Ziele auch gegen das Gros der Bevölkerungen in schulden- und mangeltechnisch auf Rekolonisierung zugerichteten Ländern des Trikont zu verwirklichen. Aus einer solchen Position darauf abzustellen, Russland zu schwächen oder zu ruinieren, nimmt das Risiko einer kriegerischen Eskalation ebenso in Kauf wie die Durchsetzung einer Flugverbotszone, für die Flugabwehrstellungen auf russischem Territorium zerstört werden müssten, oder die Lieferung weitreichender Waffensysteme. Die NATO bedient sich eines Klimas der Binnenkonkurrenz, das angebliches Zaudern und Zögern als Feigheit vor dem Feind brand-

markt, während diejenigen, die Russland auf diese oder jene Weise herausfordern, als handlungsstark und mutig charakterisiert werden.

Hinter den Schleiern tränenerfüllter Emphase, mit der dem Leiden der ukrainischen Bevölkerung wortmächtig und bilderstark Rechnung getragen wird, herrscht militaristische Willkür. So werden im Donbass zwangsweise einberufene, häufig schlecht ausgebildete wie ausgerüstete Truppen in die Schlacht gegen einen überlegenen Gegner geworfen. Währenddessen spielen die Regierungen der NATO auf Zeit und sorgen dafür, dass die Ukraine weiterkämpft, ohne wirklich Aussicht darauf zu haben, das von ihrem Präsidenten Wolodymyr Selenskyj erklärte Kriegsziel, die Wiederherstellung des Status quo ante vor Annexion der Krim 2014, erreichen zu können. Allem Anschein nach soll der für beide Seiten verlustreiche Krieg auf keinen Fall einem Ende zugeführt werden, das Russland strategischen Landgewinn und seiner Führung Zustimmung aus der eigenen Bevölkerung bescheren könnte.

Die Gnadenlosigkeit, mit der die Leiden der UkrainerInnen billigend in Kauf genommen werden, verraten etwas Generelles über den Umgang von Regierungen mit ihren Bevölkerungen - sie werden als eine Form von Humankapital betrachtet, das nicht nur mit Lohn- und Sklavenarbeit, sondern auch im Kriegsdienst zum freizügigen Verbrauch bereit steht. So herrscht auf allen Seiten der Front die stillschweigende Übereinkunft, dass das für Staat und Nation begeisterte Volk ein

willfähriger Büttel derjenigen ist, die ihre Interessen auch über die Schwelle atomarer Massenvernichtung hinaus im Namen der jeweiligen Staatsprojekte durchsetzen.

Wären die Anliegen der mindestens drei Kriegsparteien ihrer jeweiligen kulturellen, geographischen und politischen Dimension enthoben, anhand derer aus strukturell austauschbarer nationaler Konkurrenz unversöhnliche Gegensätze gezimmert werden, dann wäre eine hochgradige Übereinstimmung in den strukturellen Bedingungen und legitimatorischen Praktiken dieser Staatsapparate zu erkennen. Im Endeffekt bekämpfen sich auf ukrainischem Territorium zwei Nationalismen, deren Unversöhnlichkeit von den Totalitätsansprüchen ihrer SachwalterInnen in den Führungsetagen der Regierungen und Ideologieschmieden genährt wird, ohne für das Gros der Menschen über die Frage hinaus, hinter welcher Fahne sie sich versammeln, viel übrig zu haben.

Das gilt nicht nur für Moskau und Kiew, das wird auch in London, Berlin, Washington und Warschau als unilaterale Weltauffassung gepredigt. KritikerInnen der Behauptung, in der Ukraine würden Freiheit und Demokratie gegen die großmächtigen Ambitionen eines Despoten namens Putin verteidigt, werden ohne Umstände unter dessen Gefolgschaft subsumiert, so sehr sie auch den rechtswidrigen und verbrecherischen Charakter seines Angriffskrieges betonen mögen. Die Freund-Feind-Dichotomie, die das Reklamieren von Meinungsfreiheit zu einer keiner mutwilli-

gen Stigmatisierung standhalten- den Worthülse hat verkommen lassen, definiert den zeitgeschichtlichen Status außerhalb der Ukraine als den des Vorkrieges.

Der Krieg kehrt zurück

Dieser Status verschärft die ohnehin anwachsenden Belastungen, denen nun auch die Bevölkerungen Westeuropas ausgesetzt sind. Der Krieg, jahrzehntelang ferngehalten von den neokolonialistischen Metropolengesellschaften, kehrt nach Hause zurück und legt die Axt an die Wurzel der lieb gewordenen Gewohnheit, den Blutbädern im Globalen Süden zuschauen zu können, ohne selbst tangiert zu sein. Was noch für den ebenfalls europäischen Krieg um den Donbass seit 2014 stimmte, der hierzulande nur auf mäßiges Interesse stieß und dessen Beilegung vor allem von der Ukraine entgegen der Ziele des Minsker Prozesses verschleppt wurde, hat sich mit dem Einmarsch Russlands und der Ausweitung des Krieges auf die ganze Ukraine fundamental verändert.

Die Bevölkerungen der NATO werden für das Anliegen ihrer Regierungen in Haftung genommen, Europa den eigenen Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen, obwohl die Existenz des Nordatlantikkpakt mit dem Ende der Sowjetunion eigentlich obsolet geworden war. Die Möglichkeit, an ihre Stelle regionale Sicherheitsabkommen treten zu lassen, die den militärischen und rüstungsindustriellen Aufwand des sogenannten Kalten Krieges stark reduziert hätten, stieß vor

allem in Washington auf wenig Gegenliebe. Der globale Führungsanspruch der Vereinigten Staaten und damit auch die Rolle des Dollars als Weltgeld wären durch eine solche Entwicklung akut in Frage gestellt worden. Den TransatlantikerInnen in den Hauptstädten der EU oblag es daher, der Dominanz kriegerischer Ordnungspolitik auf dem westlichen Balkan wie weltweit zu neuer Geltung zu verhelfen.

Die kriegsökonomische Mobilisierung der EU-Gesellschaften im Wirtschaftskrieg gegen Russland ist jedoch nicht nur diesem Krieg geschuldet, sie ist auch Ausdruck einer Krise des Kapitals, die spätestens 2008 als Folge unzureichender Wertproduktion und finanzieller Überakkumulation für alle sichtbar in Erscheinung trat. Angetrieben durch die Innovationsoffensive der Digitalisierung aller Verwertungsprozesse erodierte die auf Lohnarbeit basierende Nachfrage, deren Verlust auch durch die Ausweitung der Finanzialisierung und Schuldenwirtschaft nicht aufgefangen werden konnte. Der Kapitalismus ist sich selbst zu produktiv geworden, um seine soziale und gesellschaftliche Reproduktion zu gewährleisten.

Zudem hat die Klimakrise gezeigt, dass die fossile Grundlage seiner Wertproduktion einen Berg an Kosten erzeugt, dessen stetig anwachsende Höhe jedes Wertwachstum als anwachsenden Verlust gegen sich selbst kehrt. Die moderne Version des Mythos des Sisyphos macht glauben, ökonomisches Wachstum ließe sich durch technologische Innovation von seiner stoff-

lichen Verbrauchs- und Zerstörungsdimension entkoppeln. Dafür konnte bis heute nicht der Beweis angetreten werden. Markt und Kapital fachen den Brand der Welt weiter an, und die Hauptlast des fossilen Extraktivismus, der den dazu erforderlichen Brennstoff liefert, müssen die Menschen im Globalen Süden tragen. Die in der kapitalistischen Moderne gezündete Explosion industrieller Produktivkräfte greift auf die Grundlagen des Lebens selbst über, ohne dass den Menschen Besseres einfiele, als das Naturprinzip gegenseitiger Stoffwechselung mit dem Abbrand in Jahrmillionen akkumulierter Brennstoffe in nie gekannte Dimensionen der Zerstörung zu katapultieren, also auch an den Grenzen der Nationen, Staaten und Kontinente blutig zur Anwendung zu bringen.

Mit der kriegsökonomischen Erzwingung grünpolitikarischer Regulative wird den vielen Menschen, die die Notwendigkeit einer Verbrauchsreduzierung prinzipiell einsehen, aber den Klassencharakter der Green Economy noch nicht auf eine Weise verdaut haben, mit der sich an den Klassenkompromiss des fordistischen Kapitalismus anknüpfen ließe, nicht minder Gewalt angetan. An sozialer Konkurrenz als grundlegendes Funktionsprinzip der Arbeitsgesellschaft wird festgehalten, auch wenn deren Reproduktion mangels lebenssichernder Arbeit immer mehr in Frage gestellt wird, es weniger zu verteilen gibt und Verbrauchsreduktionen als Umwelt- und Klimaschutzgründen unumgänglich werden. Was bislang schwer zu vermitteln war, wird unter dem Banner der NATO-Hegemonie

mit neuer staatsbürgerlicher Motivation aufgeladen. Wer wollte noch die herrschende Eigentumsordnung in Frage stellen, wenn die Ausweitung des Krieges in der Ukraine auf Westeuropa droht und alles auf die Frage reduziert wird, wie Russland Einhalt zu gebieten sei?

Da Russland in der Ukraine auf weiteren Geländegewinn über die Donbass-Republiken und die Krim hinaus auszuweichen scheint, hat sich eine unheilige Kumpanei etabliert. Der Krieg produziert Handlungsnotstände am Band, davon profitieren alle Beteiligten, wie die weitere Militarisierung der NATO-Staaten und eine zukünftige Kriegspolitik belegen, die die Bundesregierung programmatisch als "Zeitenwende" bewirbt, obwohl der dafür beanspruchte Anlass keiner ist. Der langfristige Charakter der neuen Aufrüstungspolitik ändert am Verlauf des Krieges in der Ukraine nichts. Es geht um nichts Geringeres als die wiedererlangte militärische Handlungsfähigkeit des Weltkriegsverlierers Deutschland, die schon vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder als positives Ergebnis des Jugoslawienkrieges hervorgehoben und vom ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck als Pflicht zur "Verantwortungsübernahme" propagiert wurde.

Abenddämmerung Europas?

Die ökonomischen Einschränkungen und die Aussicht, von einem Atomkrieg in Mitleidenschaft gezogen zu werden, dessen Schwelle viel niedriger liegt als zur Zeit des sogenannten Kalten Krieges, unterwerfen die Bevöl-

kerungen einer Ratio des Mangels und der Opferbereitschaft, die eigentlich eine wachsende Opposition zur herrschenden Kriegspolitik nahelegt. Zugleich werden die dabei freigesetzten Transformationsenergien dazu genutzt, soziale Kontrolle zu vertiefen, Klassengrenzen zu verwischen und die Atomisierung der Bevölkerung voranzutreiben. Die nationale Sache wird gegen die Hungernden und Flüchtenden des Südens gewendet, das wird auch für die Flüchtenden aus der Ukraine gelten, die bislang unter dem identitären Schutz stehen, als weiße EuropäerInnen zu "uns" zu gehören.

Auf keiner Seite der Front, weder in Russland noch in der EU noch im Globalen Süden haben die Menschen etwas in diesem Krieg zu gewinnen, dafür aber viel und vielleicht alles zu verlieren. Das gilt insbesondere für den Trikont, wo jede Erschütterung der minimalen Lebenssicherung an den Abgrund des Hungers und Todes führen kann. Ob jene VertreterInnen antikolonialer Bewegungen, die diesen weißen, europäischen Krieg als Chance zur Emanzipation von den SachwalterInnen kolonialistischer Ausbeutung und kapitalistischer Globalisierung begreifen, Recht behalten werden, ist vor allem eine Frage der Mobilisierung von unten. So sind die Regierungen subimperial, in die Peripherie industrieller und finanziellierter Wertproduktion gezwungener Staaten ihrerseits tief verstrickt in die Freihandelsstrukturen und Bündnissysteme kapitalistischer Reproduktion.

Von Vorteil für eine solche Entwicklung ist jedenfalls, dass die

Basis jeglicher Produktion, die Erwirtschaftung materieller Güter durch menschliche Arbeit, wieder verstärkt in den Blick gerät. Das Problem zerreisender Lieferketten, von Krieg und Embargopolitik unterbrochener Handelsbeziehungen, das Fehlen eines tragfähigen Akkumulationsmodells nach der weltweiten Rationalisierung der Lohnarbeit durch die informationstechnische Innovationsoffensive und das klimaschutzbedingte Auslaufen fossiler Industrien werfen die Menschen zurück auf Formen der sozialen Reproduktion, deren Stärken in kollektiver Selbstor-

ganisation, feministischem sozialen Widerstand und antikapitalistischer Mobilisierung liegen. Hier lässt sich etwa an die Aktivitäten der Gruppe E.A.S.T. (Essential Autonomous Struggles Transnational) anknüpfen. "Kämpfe um soziale Reproduktion sichtbar machen - innerhalb, gegen und über den Krieg in der Ukraine hinaus" [4] ist der Titel eines der Texte, die auf der Plattform Transnational Social Strike angeboten werden und auf einen dritten Weg unterhalb der in einen tödlichen Kampf verstrickten Lager der Kriegsparteien verweisen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.russiamatters.org/analysis/causes-and-consequences-ukraine-crisis>

[2] <https://www.jungewelt.de/artikel/428745.krieg-und-kriegsgr%C3%BCnde-speziale-spezial-operation.html>

[3] a.a.O.

[4] https://www.transnational-strike.info/2022/06/21/kampfe-um-soziale-reproduktion-sichtbar-machen-innerhalb-gegen-und-uber-den-krieg-in-der-ukraine-hinaus/?fbclid=IwAR3xklbw5bjrSV0qjT0QLZfgd09buD02idlExv7_ITeOKVXvKWIZa4sKos

POLITIK / Krieg

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Europäer befürchten

illegalen Waffenfluss aus Ukraine

von Alexander Männer - EuroBrics, 14. Juni 2022

Mit dem Beginn der russischen Intervention in der Ukraine hat der Westen Kiew seine militärtechnische Unterstützung zugesichert und begann praktisch sofort damit, massenhaft Waffen in das Krisenland zu exportieren. Seitdem wurde westliches Kriegsgerät im Wert mehrerer Milliarden Euro an die Ukrainer übergeben. Dies könnte sich allerdings zu einem immensen Problem für Europa

entwickeln, falls die gelieferten Waffen illegal in die europäischen Länder gelangen und die dortige Sicherheitslage gefährden würden.

Das Problem mit illegalen Waffen in und rund um die Ukraine ist nicht neu. Die ehemalige Sowjetrepublik gilt seit 2014 als ein Bürgerkriegsland, in dem mit einer Vielzahl von verschiedenen tödlichen und komplexen

Waffensystemen gekämpft wurde. Nach den zahlreichen Misserfolgen der ukrainischen Armee im Krieg gegen die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk wurde die Führung in Kiew jahrelang aktiv von den USA und anderen NATO-Mitgliedern massiv ausgerüstet und praktisch mit Lieferungen von Kriegsgerät in Milliardenhöhe eingedeckt. Insbesondere zwischen dem Ende

des vergangenen Jahres und vor dem Beginn der russischen Militärintervention haben westliche Staaten zusätzlich eine Vielzahl von Waffen in die Ukraine geliefert.

Mit dem Beginn des Krieges am 24. Februar hat der Westen Kiew seine militär-technische Unterstützung zugesichert und begann wenig später damit, massenhaft Waffen in das Krisenland zu exportieren. In den vergangenen drei Monaten wurde westliches Kriegsgerät im Wert von mehreren Milliarden Euro an die Ukraine übergeben.

Dieses Vorgehen könnte sich allerdings als ein weitreichender Fehler herausstellen und sich künftig zu einem immensen Problem für Europa entwickeln. Denn die gelieferten Waffen könnten illegal in die europäischen Länder gelangen und die dortige Sicherheitssituation verschlimmern.

Davor haben auch diverse Experten lange gewarnt. Wenn nämlich Waffenlieferungen in die Ukraine ohne weitere Kontrolle über den Einsatz dieser Waffen von statten gehen, dann würde das zu großen Problemen führen, und zwar nicht unbedingt nur in der Ukraine.

Die Rede ist nicht von schweren Waffen wie Panzern, sondern von tragbaren, jedoch nicht weniger tödlichen Systemen wie Luftabwehr- oder Panzerabwehrraketen sowie Kamikaze-Drohnen. Diese können - im Gegensatz zu Haubitzen oder gepanzerten Fahrzeugen - ohne großen Aufwand nach Europa geschleust werden.

Europol und Interpol schlagen Alarm

Offenbar hat man solche Gefahren inzwischen auch in der Europäischen Union erkannt, wo sogar erhebliche Sicherheitsbedenken über rigorose Waffenlieferungen existieren. Anfang Juni hatte die europäische Polizeibehörde Europol [1] als erste große Einrichtung davor gewarnt, dass die Waffen aus der EU an die Ukraine langfristig in falsche Hände geraten könnten.

Wie die Europol-Direktorin Catherine De Bolle diesbezüglich der "Welt am Sonntag" mitgeteilt hatte, müsse eine Situation wie vor 30 Jahren im Jugoslawienkrieg verhindert werden und deshalb plane man, eine internationale Arbeitsgruppe einzurichten, um Strategien dagegen zu entwickeln, so De Bolle.

Damals waren unzählige Waffen aus dem Konfliktgebiet auf dem Balkan illegal in andere europäische Länder gegangen und viele dieser Waffen werden "auch noch heute von kriminellen Gruppen genutzt".

Wichtig anzumerken ist, dass die ehemaligen Konfliktparteien deutlich weniger Waffen erhalten hatten, als die heutige Ukraine, und dass einige Regionen des ehemaligen Jugoslawiens nach Angaben von Sicherheitsbehörden europäischer Staaten nach wie vor wichtige Waffenlieferanten für die europäische Kriminalität seien.

Angesichts dessen ist es nicht überraschend, dass auch die internationale Kriminalbehörde Interpol die Gefahr einer Zunah-

me des illegalen Waffenhandels wegen des Ukraine-Krieges sieht. So prognostizierte Interpol-Chef Jürgen Stock laut einem Artikel der britischen Zeitung "The Guardian"[2], dass die in das osteuropäische Krisengebiet gelieferten Waffen in der globalen Schattenwirtschaft und in den Händen von Kriminellen landen könnten.

Ähnliche Entwicklungsmuster hätte man schon in Teilen Afrikas und in der Balkan-Region beobachten können, heißt es. Dort hätten organisierte Verbrecher die unübersichtliche Lage und die hohe Verfügbarkeit von Waffen versucht auszunutzen.

Stock meint, dass Kleinwaffen aktuell die Hauptsorge seien. Deshalb forderte er die 195 Mitgliedsstaaten von Interpol zu einer intensiven Nutzung verfügbarer Datenbanken auf, die beim Aufspüren von Waffen helfen könnten, die etwa in einem anderen Land gestohlen worden seien.

Umgang mit Kriegsgerät in der Ukraine

Ein Aspekt, der die Befürchtungen der Europäer bestärkt, ist der Umstand, dass die Ukraine bereits in Folge des seit 2014 geführten Bürgerkrieges im Donbass sich unter anderem in einen Umschlagplatz für Waffenhandel verwandelt hatte. In der Ukraine selbst haben die unzähligen Waffen, die sich damals plötzlich in den Händen von vielen Bürgern befanden und unkontrolliert den Besitzer wechseln konnten, zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. Jah-

relang galt die ehemalige Sowjetrepublik als Lieferant von Waffen und militärischer Ausrüstung auf dem internationalen Schwarzmarkt.

Gegenwärtig gibt es noch andere Gründe dafür, dass die rigorosen Waffenlieferungen aus westlichen Ländern in der aktuellen Situation langfristig nicht nur in der Ukraine, sondern auch in europäischen Ländern Probleme verursachen könnten.

Ein Hauptgrund ist, dass die ukrainische Führung nach der russischen Invasion beschlossen hatte, Waffen teilweise unkontrolliert in der Bevölkerung zu verteilen. Allein in Kiew sollen nach Medienangaben Ende Februar mehr als 25.000 Schusswaffen [3] an Bürger [4] ausgegeben worden sein. Dies hatte unter anderem dazu geführt, dass kriminelle Banden im Grunde mitbewaffnet wurden. Als Folge hat man heute in den meisten Fällen einfach keine Möglichkeit zu bestimmen, wohin diese Waffen letztendlich gegangen sind.

Aber auch die kontrollierte Bewaffnung von regulären Streitkräften, freiwilligen Kampfgruppen und anderen Einheiten in der Ukraine ist durchaus fragwürdig, weil Teile der ukrainischen Verteidigungskräfte nicht gerade viel Vertrauen einflößen. Unter denen, die im Zuge der Kampfhandlungen Schusswaffen und andere Waffensysteme von dem ukrainischen Verteidigungsministerium erhalten haben, befinden sich offenbar Mitglieder von Banden, nationalistische Organisationen und andere kriminelle Elemente. Ein

Beleg dafür ist die grassierende Kriminalität, die in der Ukraine nach der Verteilung von Waffen eingesetzt hatte.

Darüber hinaus gibt es Hinweise dafür, dass eine Großzahl von Schusswaffen und tragbaren Waffensystemen entweder aus Armeebeständen entwendet worden ist oder im Kriegsgebiet einfach "verschwand". Dies könnte damit zusammenhängen, dass ein Teil des vom Westen gelieferten Kriegsgeräts im Internet dem Anschein nach weiterverkauft werden soll. Dem Portal Blick [5] zufolge sollen einige der für die Ukraine bestimmte Waffen bereits im Darknet aufgetaucht sein. Die Rede ist von Panzerabwehrraketen, automatischen Waffen, Munition, Drohnen und sogar Minen. Eine Javelin-Panzerabwehrrakete etwa soll für 30.000 US-Dollar angeboten worden sein. Von diesen komplexen Waffensystemen, die zu Tausenden an die Ukraine übergeben wurden, seien einige bereits im Darknet erhältlich.

Anmerkungen:

[1] <https://www.n-tv.de/politik/Europol-sorgt-sich-um-in-die-Ukraine-gelieferte-Waffen-article23361661.html%20>

[2] <https://www.theguardian.com/world/2022/jun/02/ukraine-weapons-end-up-criminal-hands-says-interpol-chief-jurgen-stock>

[3] https://rp-online.de/politik/ausland/ukraine-krieg-kiew-verteilt-25000-automatische-waffen-an-einwohner_aid-66647503

[4] https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_91804596/ukraine-erlaubt-zivilisten-den-gebrauch-von-schusswaffen.html

[5] <https://www.blick.ch/ausland/pentagon-spricht-von-russischer-desinformationskampagne-ukrainer-sollen-nato-waffen-im-darknet-verkaufen-id17552128.html>

Link zur Erstveröffentlichung:
<http://eurobrics.de/?module=articles&action=view&id=2032>
 Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
 Pressenza - Büro Berlin
 Reto Thumiger
 E-Mail: redaktion.berlin@pressenza.com
 Internet: www.pressenza.com/de



pressenza
 INTERNATIONAL PRESS AGENCY

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Francia Márquez. Von der Umweltaktivistin zur Vizepräsidentin

Francia Márquez ist Anwältin, zweifache Mutter und seit ihrer Jugend aktiv im Kampf gegen den ungebremsten Extraktivismus der Bergbauunternehmen.

(Bogotá, 21. Juni 2022, *Ecupres*) - Francia Márquez wurde 1981 in einem Dorf namens Yolombó im Department Cauca geboren. Hier haben große Bergbaufirmen das Sagen; wirtschaftliche Abhängigkeit und soziale Kämpfe bestimmen den Alltag. Einen Teil des Familieneinkommens bestritt die Mutter durch ihre Tätigkeit als Hebamme in der örtlichen Gesundheitsversorgung, Francias Vater arbeitete in den Minen, und auch sie selbst hatte ihren ersten Job als traditionelle Goldschürferin. Danach begann sie als Hausangestellte zu arbeiten und wurde mit 16 Jahren zum ersten Mal Mutter. Trotzdem schaffte sie es, sich an der Universität von Santiago de Cali einzuschreiben und ein Jura-Studium zu absolvieren.

Eine Geschichte des militanten Widerstands gegen Extraktivismus

Währenddessen nahmen Umweltschäden in ihrer Heimatregion zu. Hunderte von Menschen in der Umgebung ihres Dorfs wurden zwangsumgesiedelt. Diese beiden Faktoren bezeichnete Márquez später als Auslöser für ihr politi-

sches und soziales Engagement: Die Vergabe von Bergbautiteln an Unternehmen in aller Welt beförderte einen umweltschädlichen Extraktivismus, dazu mehrten sich Menschenrechtsverstöße. 2009 setzte Márquez sich für den Fluss Ovejas ein und forderte, das Gewässer vor der Verschmutzung durch den Bergbau zu bewahren. Viele weitere Aktionen folgten und brachten ihr öffentliche Anerkennung und verschiedene Auszeichnungen ein, darunter der Goldman-Preis, der als Umweltnobelpreis gilt. 2014 nahm sie an einem interkulturellen Runden Tisch teil, bei dem der kolumbianischen Regierung die Forderung vorgelegt wurde, den illegalen Bergbau und die Vergabe von Bergbautiteln ohne vorherige Konsultation in den Gebieten indigener Gemeinschaften zu unterbinden. Die von ihr geäußerten Korruptionsvorwürfe machten sie zur Zielscheibe paramilitärischer Attacken.

Zunehmende Bedrohung durch Paramilitärs

Als sie im selben Jahr gewaltsam von ihrem Wohnort vertrieben wurde, organisierte Márquez zusammen mit etwa 70 weiteren Afrokolumbianerinnen den "Marsch der Turbane". Die Aktion war aus der Initiative "Schwarze Frauen für die Bewahrung des Lebens und der angestammten Gebie-

te" hervorgegangen. Der Marsch setzte sich am 17. November in Bewegung und zog 600 Kilometer weit von Suárez bis in die Hauptstadt Bogotá, wo die Aktivistinnen ein energisches Vorgehen gegen den illegalen Bergbau forderten. Während der Friedensgespräche zwischen der Regierung Santos und der Führung der FARC reiste Márquez ebenfalls nach Kuba. 2015 nahm sie an einer Gemeindeversammlung im Norden von Cauca teil, die sich für den Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen engagierte und die kolumbianischen Regierung aufforderte, gegen die ständigen Bedrohungen vorzugehen. Ihre wachsende Bekanntheit als antirassistische Aktivistin und militante Vertreterin der Landbevölkerung brachte ihr zunehmend Angriffe und Drohungen ein. 2019 verübten Paramilitärs sogar ein Attentat auf Márquez, die zu dem Zeitpunkt als Gemeinderätin im Dorf La Toma de Suárez tätig war.

Ein Symbol der Hoffnung für alle Marginalisierten

Bei der Präsidentschaftswahl schreckten Vertreter des konservativen Spektrums nicht davor zurück, Márquez' Eignung für das Amt der Vizepräsidentin in Frage zu stellen: Eine Frau, und noch dazu eine Afrokolumbianerin, sei wohl kaum die passende Besetzung für den Posten. Wie um ihren

Kritikern zu trotzen, kandidierte Márquez in den für ihre Region typischen farbenfrohen Kostümen und zog mit ihrem rhetorischen Geschick die Wähler*innen, vor allem die jungen, in ihren Bann. Márquez entwickelte sich zu einem politischen Phänomen, einem Symbol der Hoffnung für die Marginalisierten, die in der Politik traditionell an den Rand gedrängt und vergessen werden. Auch einen weiteren Kritikpunkt, der ihr während des Wahlkampfes immer wieder angetragen wurde, ihre mangelnde Erfahrung in der parteipolitischen Arena, wusste sie geschickt zu kontern: "Immer wieder wird mir vorgeworfen, ich besäße nicht die nötige Erfahrung, um Gustavo Petro zu begleiten und dieses Land zu regieren. Da frage ich mich doch: Warum hat ihre

Erfahrung es uns nicht möglich gemacht, in Würde zu leben? Warum hat ihre Erfahrung uns so viele Jahre dieser Gewalt ausgesetzt, die mehr als acht Millionen Menschen das Leben gekostet hat? Warum hat ihre Erfahrung nicht allen Kolumbianern ein Leben in Frieden beschert?"

Wo immer ihr auch seid ...

Einen Teil ihrer ersten Rede als neugewählte Vizepräsidentin widmete Francia den sozialen Bewe-



*Francia Márquez,
neugewählte Vizepräsidentin Kolumbiens*

Foto: Berriath, CC BY 3.0

*[<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>],
via Wikimedia Commons*

Quelle: "Francia Marquez,

Kolonbiako aldaketa haizearen ikurra"

https://www.youtube.com/watch?v=MISxDUw_Lfk

gungen und Kämpfen von Minderheiten. "Wir Frauen werden das Patriarchat in unserem Land besiegen, wir werden uns für die Rechte der LGBTIQ+-Gemeinschaften einsetzen, für die Rechte unserer Mutter Erde, die Rechte des großen Hauses. Um dieses große Haus, unser großes Haus müssen wir uns kümmern, um die biologische Vielfalt, und gemeinsam werden wir den strukturellen Rassismus besiegen." Ihren Erfolg bei der Präsidentschaftswahl widmete sie "allen sozialen Führungspersönlichkeiten, die in diesem Land

ermordet wurden, den Jugendlichen, die ermordet wurden, die verschwunden sind, den Frauen, die vergewaltigt wurden, die verschwunden sind. All jenen, von denen ich weiß: Ihr seid bei uns in diesem Augenblick, diesem für Kolumbien so bedeutenden historischen Moment."

URL des Artikels:
<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/francia-marquez-von-der-umweltaktivistin-zur-vizepraesidentin/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*



Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Ecuador

Keine Annäherung zwischen indigenen Protestbewegungen und Regierung

von Mayra Caiza



Leonidas Iza, Sprecher der indigenen Bewegungen und Präsident des Dachverbands der indigenen Nationen Ecuadors (CONAIE)

Foto: Fernando Lagla / Asamblea Nacional del Ecuador, CC BY-SA 2.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/>], via Wikimedia Commons

Indigene Proteste gehen weiter. Die Reaktionen der Regierung auf ihre Forderungen betrachten die Protestierenden als unzureichend.

(Quito, 19.6.2022, mutantia) - Seit Samstag, dem 18. Juni 2022 herrscht in den ecuadorianischen Provinzen Pichincha (mit der

Hauptstadt Quito), Cotopaxi und Imbabura der Ausnahmezustand. Auch mit einigen eher halbherzigen Zugeständnissen vonseiten des rechtskonservativen Präsidenten und Bankbesitzers Guillermo Lasso sieht das Panorama für Verhandlungen und Annäherung an die demonstrierenden indigenen Volksbewegungen derzeit mager aus. Möglicherweise wird das Parlament den Ausnahmezustand jedoch wieder aufheben, ein Votum zur Prüfung der Legitimität dieser Maßnahme erbrachte eine absolute Mehrheit. Die Entscheidung wird am 20.6. erwartet. Währenddessen sind die Freiheits- und Grundrechte massiv eingeschränkt. Gleichzeitig

haben die Gewaltspirale und die Kriminalisierung der indigenen Bewegungen stetig zugenommen. Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstrant/innen sowohl in Quito als auch in den Anden-Provinzen gab es zahlreiche Verletzte.

Der Sprecher der indigenen Bewegungen und Präsident des Dachverbands der indigenen Nationen Ecuadors (CONAIE), Leonidas Iza, hatte bereits am 16.06. erklärt, dass der landesweite Streik für unbegrenzte Zeit fortgesetzt würde, bis es von Seiten der Regierung Lassos eine Antwort auf die zehn Forderungen der Indigenen und der anderen sozialen Bewegungen gibt. Sowohl CONAIE als auch der Zusammenschluss der Evangelikalischen Indigenen (FEINE) wiesen darauf hin, dass die Zentralregierung seit einem Jahr auf "Antworten auf die Forderungen des Volkes" wartet. Bislang waren mehrere Versuche des Dialogs gescheitert, Iza betont, die Regierung "hört, aber sie hört uns nicht wirklich zu". Iza selbst war am Montag, den 13.6. festgenommen, am Folgetag jedoch unter Auflagen wieder freigelassen worden. Hintergrund des Konflikts sind vor allem die extremen Preissteigerungen für Benzin und Grundnahrungsmittel wie z.B. Speiseöl.

Die zehn Forderungen der indigenen Bewegungen sind:

1. Senkung und Einfrieren der Treibstoffpreise, Diesel auf 1,50 US-Dollar per Galone und Normalbenzin auf 2,10 US-Dollar.

(Hier merkt die Regierung an, sie habe den Preis seit sechs Monaten nicht mehr angehoben. Dies entspricht jedoch nicht der Wahrheit, da das Benzin nunmehr 2,55 US-Dollar kostet.)

2. Ein einjähriges Moratorium und Neuverhandlungen bezüglich der Schulden von Haushalten mit Niedrig-Einkommen, inklusive Reduzierung der Zinssätze bei privaten und staatlichen Banken und Kooperativen.

(Laut Regierung wird hier zurzeit an einem Schuldenerlass-Plan für die staatliche BANEcuador gearbeitet. Eine konkrete Reaktion gibt es hierzu derzeit jedoch nicht.)

3. Faire Preise für landwirtschaftliche Produkte von Kleinbauern und Produzent/innen.

(Hierzu verlautebarte die Regierung lediglich, sie "arbeite daran".)

4. Arbeit und Beschäftigung. Investitionen zur Beendigung der weiteren Prekarisierung der Arbeitsbedingungen und zur Förderung der Volkswirtschaft der unteren Einkommensschichten. Begleichung der Schulden der Regierung bei der staatlichen Sozialversicherungsbehörde IESS.

(Der zuständige Minister verwies diesbezüglich auf bereits geschaffene Arbeitsplätze und betonte, auch mit der Schuldentilgung habe man bereits begonnen.)

5. Umsetzung von kollektiven Rechten wie der interkulturellen zweisprachigen Bildung, indigene Gerichtsbarkeit, vorherige freie und informierte Zustimmung bei Großprojekten auf indigenen Territorien.

(Hierzu hat der Präsident am Freitag einen Erlass verabschiedet, der das Budget für die interkulturelle zweisprachige Bildung verdoppelt. Die Gelder waren jedoch vorher drastisch gekürzt worden.)

6. Moratorium für die Erweiterung der Aktivitäten im Bergbau und in der Erdöl-Förderung, Aufhebung der diesbezüglichen Dekrete 95 und 151.

(Hierzu hat sich die Regierung noch nicht geäußert, sondern betonte nur den "Kampf gegen den illegalen Bergbau".)

7. Schluss mit der Privatisierung von Schlüsselsektoren wie der Banco del Pacífico, der Sozialversicherungsbehörde IESS, der Telefongesellschaft CNT und anderen.

(Die Regierung verneint, dass es überhaupt Privatisierungen gegeben habe und dass dies nicht auf ihrer Agenda steht.)

8. Kontrolle und Regulierung der Preise von Grundnahrungsmitteln auf den Märkten, um den rasanten Preissteigerungen entgegenzuwirken.

(Auch hierzu gibt es noch keine konkrete Reaktion vonseiten des Präsidenten.)

9. Bildung und Gesundheit. Ein Sofortprogramm zur Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der öffentlichen Krankenhäuser. Verbesserter Zugang zu höherer und akademischer Bildung.

(Ebenfalls keine abschließenden Äußerungen der ecuadorianischen Regierung. Erwähnt wurden im Zusammenhang mit dieser Forderung die Wiederöffnung von Schulen nach der Pandemie und die Einführung von kleinen Landschulen.)

10. Sicherheit: Eine Politik zur Eindämmung der Gewaltdelikte, der Auftragsmorde, Kriminalität, Entführungen und des organisierten Verbrechens.

(Auch hier ließ die Regierung lediglich verlauten, dass sie sich mit den Bürgermeistern im Land zur Erarbeitung diesbezüglicher Strategien getroffen hat.)

Sämtliche Entgegnungen der Regierung wies die CONAIE als völlig unzureichend zurück. Am 19.6. näherten sich vom Norden und Süden indigene Gruppierungen der Hauptstadt Quito, um den Präsidenten zur Umsetzung der genannten Punkte zu zwingen; einen "Dialog" lehnen sie mittlerweile ab.

Übersetzung: Christian Cray

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/keine-annaeherung-zwischen-indigenen-protestbewegungen-und-regierung/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Ecuador

Tote und Verletzte bei Protesten

Der von Indigenen angeführte landesweite Streik in Ecuador geht weiter, eine Verhandlungslösung ist noch nicht in Sicht. Inzwischen gab es Tote und Verletzte.

(Medellín, 21. Juni 2022, *colombia informa/poonaal*) - Am neunten Tag des landesweiten Streiks in Ecuador, der am 13. Juni begonnen hat, ist ein junger Kichwa-Indigener in der Provinz Pastaza durch eine von Sicherheitskräften verschossene Tränengasgranate getötet worden. Das teilten Menschenrechtsgruppen mit. Zuvor waren bereits fünf Menschen bei den Protesten in Quito von einer Brücke gestürzt, wobei ein junger Mann starb. Zudem wurden mindestens 74 Menschenrechtsverstöße bei der jüngsten Protestwelle [1] verzeichnet, die vom indigenen Dachverband CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) und weiteren Organisationen aus Protest gegen die neoliberale Politik des ecuadorianischen Präsidenten Guillermo Lasso angeführt wird.

Nach dem Tod des Indigenen [2] in der Stadt Puyo in der Amazonasprovinz Pastaza kritisierten indigene und soziale Organisationen einen übermäßigen und ihrer Ansicht nach unverhältnismäßigen Einsatz

von Gewalt seitens der Sicherheitskräfte. Diese hätten zum Teil direkt auf die Demonstrant*innen geschossen. Angesichts der Vorfälle in Ecuador mit zahlreichen Festnahmen forderten sie eine Stellungnahme internationaler Menschenrechtsorganisationen.

Am 21. Juni verschoss die ecuadorianische Nationalpolizei in der Hauptstadt Quito Tränengas im Universitätsviertel. Dieses gilt als Ruhe- und Erholungszone [3] für die Protestierenden, was jedoch von der Regierung nicht anerkannt wird. Damit seien tausende Menschen in Gefahr gebracht worden, beklagten Studierendenvereinigungen. Sie sprachen von schwerer Repression seitens Polizei und Militär, durch die bislang sechs Menschen Augenverletzungen und 18 Personen andere schwere Verletzungen erlitten hätten.

Tausende Indigene in Quito

Gleichzeitig erreichen weiterhin tausende Indigene [4] die Hauptstadt Quito. Sie kommen aus den Provinzen Chimborazo, Cotopaxi und Tungurahua, um die Proteste gegen die Regierung Lasso sowie den landesweiten Streik zu unterstützen. Auch die Bewohner*innen

mehrerer Viertel im Norden und Süden der Hauptstadt sind auf den Beinen. Die Protestierenden kritisieren, dass der verhängte Ausnahmezustand keine Kriegserklärung gegen die Gemeinschaften sein dürfe. Die Proteste dürften kein Grund sein, um die Armee auf die Straßen zu schicken.

Unterdessen drohte Verteidigungsminister Luis Lara den indigenen Organisationen, die den Streik anführen. Diese würden die Demokratie in "ernste Gefahr" bringen, doch das Militär werde nicht dulden, dass die verfassungsgemäße Ordnung im Land zerbrochen werde. Am 20. Juni hatte Präsident Lasso den Ausnahmezustand von zunächst drei auf weitere sechs Provinzen Ecuadors [5] ausgedehnt.

Die Protestierenden fordern unter anderem, die Kraftstoffpreise zu senken sowie einzufrieren und die Preise für Lebensmittel des täglichen Bedarfs zu kontrollieren. Die CONAIE fordert außerdem einen Stopp der Erdölförderung und des Bergbaus in bestimmten Regionen des Landes und protestiert gegen Privatisierungsprojekte. Trotz Dialogversuchen [6] zwischen der konservativen Regierung und den Protestierenden ist es bislang nicht zu einer Einigung gekommen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/landesweite-proteste-und-blockaden-trotz-ausnahmezustand/>

[2] https://twitter.com/RadioPurpura_Ec/status/1539412556716154880

[3] <https://www.pressenza.com/es/2022/06/ecuador-noveno-dia-de-movilizacion/>

[4] <http://www.servindi.org/actualidad-noticias/21/06/2022/ecuador-paro-nacional-convocado-por-indigenas-se-instala-en-quito>

[5] <https://www.brasildefato.com.br/2022/06/21/presidente-do-equador-decreta-novo-estado-de-sitio-em-seis-regioes-durante-greve-geral>

[6] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/keine-annaeherung-zwischen-indigenen-protestbewegungen-und-regierung/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/tote-und-verletzte-bei-protesten/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Guter Kompromiss? - Entwurf für die neue Verfassung vorgelegt

von Noam Titelman

Der neue Verfassungstext befindet sich in einer letzten Anpassungsphase, doch die Rechte mobilisiert bereits jetzt für ein "Nein" im Referendum am 4. September - eine Analyse.

(Santiago de Chile, 23. Mai 2022, open democracy/poonal).- Mitte Mai hat der chilenische Verfassungskonvent den ersten Entwurf für die neue Verfassung vorgelegt. Der Text durchläuft nun eine sogenannte Harmonisierungsphase, in die einzelnen im Verfassungskon-

vent beschlossenen Artikel miteinander in Einklang gebracht werden. Doch in den vergangenen Monaten hat der Verfassungskonvent in der Bevölkerung an Vertrauen verloren. Und obwohl der Entwurf moderater ausfällt als bisher angenommen, hat die politische Rechte bereits ihre Kampagne gegen den neuen Verfassungstext und die Regierung unter Gabriel Boric begonnen.

Am 4. September entscheiden die Chilen*innen in einem Referen-

dum endgültig über die neue Verfassung. Dabei haben sie zwei Optionen zur Auswahl: das Apruebo ("Ja zur neuen Verfassung" oder Rechazo ("Nein"). Bekommt das Apruebo mehr als die Hälfte der Stimmen, tritt die neue Verfassung in Kraft - gewinnt das Rechazo, so bleibt die alte Verfassung aus Zeiten der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet gültig. Doch hinter beiden Wahlmöglichkeiten steckt eine lange Geschichte und mehr als ein "Ja" oder "Nein".

Chile auf dem Weg zu einer neuen Verfassung

Das Referendum über die neue Verfassung ist das Ergebnis einer breiten politischen Vereinbarung, die die soziale Revolte vom Oktober 2019 eindämmen sollte. Diese breite soziale Bewegung ohne zentrale Sprecher*innen oder Organisation hatte eine klare Botschaft der Kritik an die chilenische Elite und vor allem an die Politik der letzten 30 Jahre gesendet.

Der nach der Wahl der Mitglieder des Verfassungskonvents eingeleitete verfassungsgebende Prozess war äußerst intensiv - schließlich galt es, die Frist von einem Jahr für das Schreiben der neuen Verfassung einzuhalten. In der politischen Vereinbarung, die dem Prozess zugrunde liegt, wurde auch festgelegt, dass der vom Konvent erarbeitete Text im Rahmen eines Referendums mit einfacher Mehrheit angenommen werden muss. Für dieses Referendum herrscht zum ersten Mal seit Jahren wieder Wahlpflicht in Chile.

Misstrauen gegenüber dem Verfassungskonvent

Doch viele Chilen*innen stehen der Arbeit des Verfassungskonvents und damit auch dem nun vorgelegten Entwurf für eine neue Verfassung skeptisch gegenüber. Dieses negative Urteil ist zum großen Teil auf die verschiedenen Auftritte einiger Konventmitglieder während der Debatte zurückzuführen. Was auf den ersten Blick malerisch und eindrucksvoll erschien, hat ein gewisses Unbehagen ausgelöst. Andererseits hatten mehrere Vertre-

ter*innen im Konvent extremistische, aufsehenerregende und rein symbolische Vorschläge unterbreitet, die schließlich im Konvent nicht die nötige Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder erreichten. So schlug etwa ein Konventsmitglied vor, alle Staatsgewalten aufzulösen und durch Versammlungsorgane zu ersetzen.

Die Medien haben die Wirkung dieser performativen Handlungen und ausgefallenen Vorschläge verstärkt, auch Desinformationskampagnen in den sozialen Netzwerken trübten das Bild des Verfassungskonvents.

Die politischen Lager des Apruebo und Rechazo haben sich bereits formiert

Nun, da der Abstimmungsprozess im Verfassungskonvent vorerst abgeschlossen ist, beginnen die Vorbereitungen für das Referendum am 4. September. Die politischen Kräfte haben sich bereits den Lagern Apruebo oder Rechazo zugeordnet. Der vorgeschlagene Text spiegelt immerhin die Vorstellungen von zwei Dritteln des Konvents wider - ein viel breiterer Kompromiss, als die öffentliche Debatte es oft darstellt.

Im Lager der Befürworter*innen scheint ein gewisser Konsens darüber zu bestehen, dass es mehr Stimmen braucht, die in der Bevölkerung für die breiten Kompromisse des Verfassungstext werben. Vor allem aber gilt Einigkeit darüber, dass der Text selbst die Grundlagen für die Diskussion vorgeben sollte - jetzt, wo die Arbeit des Konvents abgeschlossen ist.

Gegner*innen der neuen Verfassung erwecken das Gespenst von "Chilezuela" wieder zum Leben - haltlos, wie sich im Verfassungsentwurf zeigt

Die Gegner*innen des verfassungsgebenden Prozesses haben sich derweil zum großen Teil auf ein Narrativ konzentriert: den Vergleich Chiles mit Venezuela. So klingt die Angstmache vor einem "Chilezuela" aus den letzten beiden Präsidentschaftswahlen noch immer nach. Verschiedene Themen der alten Verfassung, etwa die Autonomie der Zentralbank oder die Eigentumsrechte, wurden als Vorteile des Erbes der Pinochet-Diktatur dargestellt.

Es scheint jedoch ein gewisser Konsens darüber zu herrschen, dass der vorgeschlagene Verfassungstext nichts mit den Gespenstern gemein hat, die über den Konvent geweckt wurden. Dies gibt man selbst bei Morgan Stanley zu, einem multinationalen Finanzinstitut, das als internationale Investmentbank tätig ist. Prognosen des Instituts zufolge würde eine Annahme des Verfassungstextes keine Auswirkungen auf die makroökonomische Leistung des Landes haben. Eine Ablehnung würde stattdessen zu viel mehr Unsicherheit und Instabilität führen und Chiles Attraktivität für Investor*innen verringern.

Und anders als von vielen erwartet, kam die Hauptkritik an dem vom Verfassungskonvent vorgeschlagenen Produktionsmodell von links nicht aus Bereichen, die dem "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" nahestehen, sondern aus dem umweltpolitischen Spektrum.



Schweigeminute auf der Eröffnungssitzung des Verfassungskonvents am 4. Juli 2021 für all die Menschen, die ihr Leben im Kampf für ein besseres Chile verloren haben (von hinten stehend: Jaime Bassa und Elisa Loncón).

Foto: Cristina Dorador, CC BY 4.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>], via Wikimedia Commons

Der Entwurf ist da - und wie geht es weiter?

Nach fast zehnmonatiger Arbeit, die nicht ohne Spannungen und Rückschläge verlief, übergab der Verfassungskonvent am 16. Mai symbolisch den ersten Entwurf der neuen Verfassung. Der Text, der noch die Harmonisierungskommission durchlaufen muss, enthält 499 Artikel und behandelt eine breite Palette von Themen, die das Ergebnis der Beratungen von sieben thematischen Ausschüssen sind. Jeder ihrer Vorschläge musste von zwei Dritteln der Konventsmitglieder bestätigt werden, um in den Entwurf aufgenommen zu werden. So wurde es in der politischen Vereinbarung für Frieden und eine neue Verfassung vom November 2019 festgelegt.

Nun, da der erste Entwurf fertig ist, bleibt noch die Arbeit der letz-

ten Kommissionen zu erledigen. Neben dem Harmonisierungsausschuss wurde ein Ausschuss für Übergangsbestimmungen eingesetzt, der die Bedingungen und Formen des verfassungsrechtlichen Übergangs festlegen soll. Außerdem wurde eine Präambelkommission eingesetzt, die für das Verfassen der nicht verbindlichen Einleitung der Magna Carta zuständig ist. Mit anderen Worten das, was manche die "Poesie" der Verfassung nennen.

Bislang wurden zwei Vorschläge für Präambeln vorgelegt, von denen jedoch wahrscheinlich keine das Licht der Welt erblicken wird, da sie weder in den Kommissionen noch im Plenum die nötige Mehrheit erhalten. Die erste, die von einigen rechten Konventsmitgliedern formuliert wurde, beginnt wie folgt: "Wir Chilenen, mit dem Ziel, den Weg zu einem gerechteren Heimatland fortzu-

setzen, in dem Gott als Quelle der inneren Würde anerkannt wird...".

Der zweite Vorschlag, den eine Gruppe unabhängiger Konventsmitglieder entwickelt hat, gab schon eher den Ton der Debatte an: "Wir sind die Natur. Das waren wir schon immer... Die heutige Zeit lädt seit der Geste vom Oktober dazu ein, uns als Gleiche in der Vielfalt anzuerkennen... Wir sind Menschen, die ihr Schicksal gestalten, mit unterschiedlichen Perspektiven, ohne Unterscheidungen von Geschlecht oder Glauben...".

Ist die Hoffnung auf einen echten Wandel in Gefahr?

Die unabhängigen Konventsmitglieder, die diese Fassung der Präambel verfasst haben, sind in den Medien sehr präsent und vertreten die feministischen, Um-

welt- und indigenen Bewegungen des Landes. Es handelt sich um Vertreter*innen von Bewegungen, denen es gelungen ist, die Geschichte der sozialen Revolte im Oktober 2019 zu verkörpern und durch regelmäßige Mobilisierungen auf der Plaza Italia, die seitdem Plaza Dignidad ("Platz der Würde") heißt, eine starke soziale Legitimität sowie eine deutlich größere Medienpräsenz erreicht haben. Damit stehen sie für die Idee des Wandels und der Abkehr vom neoliberalen Modell, das die Politik der Militärdiktatur sowie die 30 Jahre seit der Rückkehr zur Demokratie bestimmt hat. Es gibt nichts Mächtigeres als solch eine Idee, deren Zeit gekommen ist. Das Problem ist jedoch, dass sich die Zeiten ändern.

Meinungsumfragen zufolge ist die Bereitschaft zur Annahme des Verfassungstextes stetig gesunken. Ende Mai zeigten alle Umfragen einen leichten Vorteil für das Rechazo. Darüber hinaus zeigen die Umfragen, dass der Hauptgrund für diese Haltung in einer negativen Beurteilung der Arbeitsweise des Konvents liegt: 55 Prozent der Befragten geben Misstrauen gegenüber den Mitgliedern des Verfassungskonvents als Hauptgrund für ihre Ablehnung an. 40 Prozent der Befragten sind generell nicht mit den angenommenen Vorschlägen einverstanden.

Umweltkommission konnte am wenigsten Beschlüsse im Plenum verabschieden

Stark diskutiert sind vor allem Aspekte, die in den Kommissionen für Umwelt, Naturrechte, natürliche Ressourcen und Wirt-

schaftsmodell Thema waren. Die Umweltkommission schnitt im Plenum des Verfassungskonvents am schlechtesten ab: Nur ein gutes Fünftel ihrer Vorschläge wurde im Plenum angenommen. So sieht der neue Verfassungstext nun zwar eine stärkere Regulierung von umweltschädlichen wirtschaftlichen Aktivitäten vor - geplant ist zum Beispiel ein besonderer Schutz für Gletscher. Für vieles andere hingegen konnte im Verfassungskonvent kein Konsens erzielt werden, sodass viele Aspekte der Umweltagenda von der Gesetzgebung künftiger Regierungen abhängig sein werden.

Im US-amerikanischen Medium Bloomberg, das sich vor allem mit Wirtschafts- und Finanzthemen beschäftigt, hieß es, bei dem Entwurf für die neue Verfassung handele es sich um einen "vernünftigen Text", in dem keine negativen Aspekte für Bergbauinvestitionen mehr enthalten seien. Viele sehen jedoch genau darin die Probleme in Bezug auf die Umwelt.

Vor allem die, die den Verfassungsentwurf ohnehin ablehnen, werden sich in ihrer Kritik vor allem auf die wirtschaftlichen Fragen konzentrieren - das abgedroschene Bild des "Chavista" wird nicht verschwinden. Es ist jedoch zu erwarten, dass die wichtigere Debatte nicht aus dieser Richtung kommen wird. In der Tat hat sich die Diskussion in wirtschaftlicher Hinsicht weniger auf das konzentriert, was in den Verfassungstext aufgenommen wurde, als vielmehr auf das, was weggelassen und künftig durch Gesetze geregelt wird, etwa die Befugnisse im Bergbau.

Im Gegensatz zu den Fachkommissionen "Umwelt, Naturrechte, natürliche Ressourcen" und "Wirtschaftsmodell" erzielten die Kommissionen "Politisches System" und "Staatsformen" mit 34 bzw. 48 Prozent der angenommenen Artikel bessere Ergebnisse im Plenum. Was das politische System betrifft, so ging es vor allem um das Gesetzgebungssystem. Der Grundkonflikt drehte sich um die Möglichkeit, das so genannte "Spiegelgesetzgebungssystem" zu ändern, bei dem zwei Kammern jedem Gesetzentwurf zustimmen müssen und beide als Ausgangs- oder Revisionskammer fungieren können.

Änderungen im Aufbau der Legislative und bei der Staatsform

Die Zweidrittelmehrheit des Verfassungskonvents hat sich nun für ein asymmetrisches Zweikammersystem entschieden. Dabei ist vorgesehen, dass Gesetzesentwürfe künftig in einer politischen Kammer entstehen und die zweite Kammer in der Praxis als Revisionskammer für fast alle Gesetzentwürfe fungiert. Beide Kammern würden eine zentrale Rolle bei der Besetzung von Behörden und bei der Behandlung von Verfassungsbeschwerden spielen.

In Bezug auf die Staatsform sieht der Entwurf die Schaffung eines Regionalstaats mit einem höheren Maß an Dezentralisierung vor. Der Vorschlag wurde von einem Querschnitt durch die politischen Kräfte einschließlich mehrerer Mitglieder der Rechtsparteien unterstützt.

Obwohl diese Reformvorschläge von großer Bedeutung sind, glauben nur wenige, dass diese Themen die Wähler*innen im Referendum mobilisieren werden. Nur ein Prozent der Befragten, die für eine Ablehnung stimmen würden, gaben beispielsweise Änderungen in der Legislative als Hauptmotiv an. Die Stärkung der chilenischen Regionen wird außerdem eher von den Befürworter*innen der neuen Verfassung begrüßt.

Vieles bleibt offen - und damit künftiger Gesetzgebung überlassen

Eine Reihe relevanter Reformen wurde also in die neue Verfassung aufgenommen, doch gibt es zahlreiche Punkte, auf die keine zwei Drittel des Verfassungskonvents einigen konnten. Nun müssen künftig Gesetze darüber bestimmen. So wurde beispielsweise das Wahlsystem nicht in der Verfassung verankert. Auch die Regelung zur Festlegung eines Quorums für Verfassungsreformen scheiterte im Plenum.

Die Kommission für Grundrechte erzielte eine etwas höhere Erfolgsquote als die Umweltkommission und erhielt für 24 Prozent ihrer Artikel Unterstützung im Plenum. Die Frage der sozialen Grundrechte stand im Mittelpunkt mehrerer Mobilisierungen in den letzten zehn Jahren, darunter der sozialen Revolte ab Oktober 2019. Es ist in der Tat die Frage, in der die derzeitige Verfassung am stärksten ausgeprägt ist.

Die bisher gültige Verfassung aus Diktaturzeiten spiegelt das Subsidiaritätsprinzip wider und garantiert das Recht, zwischen der Er-

bringung von Grundversorgungsleistungen zwischen privaten und staatlichen Anbietern zu wählen. Sie garantiert jedoch nicht, dass diese Rechte in der Praxis tatsächlich erfüllt werden - etwa bei bezahlbarer Bildung, im Gesundheitswesen oder der Rentenpolitik. Deshalb räumt der Entwurf für eine neue Verfassung dem Staat eine größere Rolle ein. So lässt er die Erbringung privater Dienstleistungen weiterhin zu, sieht aber vor, dass der Staat auf die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen reagieren muss. Die Einzelheiten des Zusammenspiels von privater und öffentlicher Vorsorge wurden jedoch wiederum einem künftigen Gesetz überlassen.

Keine "linke" Verfassung?

Kurz gesagt wurden für viele dieser komplexen Themen in Bezug auf das Wirtschaftsmodell, die demokratischen Institutionen und die sozialen Rechte keine Zweidrittelmehrheit erreicht, weswegen viele Reformen es nicht in den Entwurf für eine neue Verfassung geschafft haben. In diesem Sinne haben sich die Befürchtungen der Rechten über eine mögliche "linke Verfassung" mit einem Programm zur Zentralisierung der Macht im Staat als unbegründet erwiesen. Dennoch ist die Dekonzentration von Macht zu einem wichtigen Thema im Konvent geworden.

Einige Aspekte des Verfassungsentwurfs haben dennoch den Widerstand von Teilen der Gesellschaft und insbesondere der Rechten hervorgerufen und daher zu erheblichen Streitigkeiten geführt.

Feminismus und Plurinationalität

So konzentriert sich die Kampagne des Rechazo vor allem auf zwei Themen: den Feminismus und den Plurinationalismus. Im ersten Artikel des neuen Verfassungstextes wird Chile als "sozialer und demokratischer Rechtsstaat" sowie als "plurinationaler, interkultureller und ökologischer Staat" festgeschrieben. Chile soll außerdem eine Republik mit einer "paritätischen Demokratie" werden.

In der neuen Verfassung ist das Recht auf Abtreibung verankert, eines der wichtigsten Anliegen der feministischen Bewegung in Chile und der jüngsten Linksbewegungen und -regierungen in Lateinamerika. Außerdem garantiert der Verfassungsentwurf die Geschlechterparität in den meisten Gremien des Staates. Gleichzeitig definiert er Chile als plurinationalen Staat, erkennt einige kollektive Rechte für indigene Gemeinschaften an und führt ein System der indigenen Justiz ein. Dies führte Umfragen zufolge zu einigem Missmut. So gaben 72 Prozent der Befragten einer Umfrage des Instituts CADEM an, eher ein Konzept der "multikulturellen Ein-Nationen-Gesellschaft" zu befürworten. Demgegenüber sprachen sich nur 26 Prozent für ein Konzept der "plurinationalen Gesellschaft" aus.

Wie in anderen Teilen der Welt hat der Vormarsch der feministischen Bewegung und vor allem das Recht auf Abtreibung heftige Reaktionen hervorgerufen, insbesondere bei der extremen Rechten. Das Thema ist laut Mei-

nungsumfragen jedoch nicht so umstritten wie die Plurinationalität.

So ist es dem Rechazo-Lager gelungen, eine Unterstützungsbasis in gesellschaftlichen Bereichen aufzubauen, die für eine konservative Auffassung der chilenischen Identität stehen und sich durch den Begriff der Plurinationalität bedroht fühlen. In den sozialen Netzwerken bezeichnen sie sich als "die Patrioten". An dieser Stelle sei nicht zu vergessen, dass der extrem rechte Kandidat José Antonio Kast erst vor wenigen Monaten die erste Runde der Präsidentschaftswahlen gewonnen hat und es ihm in der zweiten Runde gelungen ist, eine sehr hohe Zahl von Wählern zu gewinnen: 44 Prozent. Der rechte Diskurs mit seiner religiösen, familiären und patriotischen Botschaft wird also in den folgenden Monaten erheblichen Einfluss auf die Verfassungsfrage haben. Und es besteht kaum ein Zweifel daran, dass Kast bei der Ablehnungskampagne im Hinblick auf das Referendum eine führende Rolle spielen wird.

Chile als integrativer Staat?

Die chilenische Verfassung von 1980 hat keine Präambel, sondern enthält nur wenige Hinweise auf die vom Pinochet-Regime erlassenen Dekrete. Obwohl die Präambeln rechtlich gesehen nicht der wichtigste Teil des Verfassungstextes sind, spricht die Tatsache, dass die Junta es nicht für nötig hielt, eine allgemeine Vision der Gesellschaft zu formulieren, Bände. Auch die vorherigen Verfassungen von 1823, 1833 und 1925 enthielten keine Präam-

beln. Alle chilenischen Verfassungen sind aus Bürgerkriegen oder Staatsstreichern hervorgegangen, bei denen die siegreiche Seite ihre Position durchsetzte und daher keine Notwendigkeit sah, den Text mit einer Präambel zu rechtfertigen.

Die neue chilenische Verfassung wird eine Präambel haben. Schließlich handelt es sich um einen Text, den gewählte Vertreter*innen der chilenischen Gesellschaft verfasst haben und über den alle Chilen*innen im September abstimmen werden. Sicherlich gibt es Dinge, die man hätte besser machen können, und es gibt Artikel, die höchstwahrscheinlich von der verfassungsgebenden Gewalt reformiert werden müssen. Vor allem dank der Zwei-Drittel-Regel ist die neue Verfassung über die performativen und symbolischen Gesten hinaus zu einem Ort der Begegnung geworden. Ein Ort mit demokratischen Ursprüngen, der Extrempositionen überwunden hat.

Siegt das Apruebo, so ist danach die Rolle des Kongresses entscheidend

Andererseits ist klar, dass ein Sieg des Apruebo die Frage nach der Umsetzung der neuen Verfassung nicht allein lösen würde. Der derzeitige Kongress, in dem die Rechte und die Mitte wesentlich stärker vertreten sind als im Konvent, wird bei der Umsetzung und Reform der neuen Charta eine wichtige Rolle spielen. In den kommenden Wochen wird sich herausstellen, wie viel Macht dem Kongress in diesem Übergangsprozess übertragen wird. Der Erfolg des Prozesses wird in hohem

Maße davon abhängen, ob der Konvent den Parlamentarier*innen die Mittel an die Hand gibt, diese Verbesserungen vorzunehmen.

Doch abgesehen von den materiellen Änderungen am Text wird die große Herausforderung darin bestehen, weite Teile der Chilen*innen von der neuen Verfassung zu überzeugen. Eine demokratische Verfassung muss in der Lage sein, die marginalisierten und verlassen Teile der Gesellschaft, die in den Demonstrationen vom Oktober 2019 zum Ausdruck kamen, aber auch diejenigen, die sich den traditionellen Identitäten des Landes zugehörig fühlen, einzubeziehen.

Verfassung muss weiterhin politische Kompromisse ermöglichen

Das heißt: Ein Land, das nicht nur durch Kriege, Eroberungen oder Ausgrenzungen definiert ist. Ein Chile, das ein Land des Sozial- und Rechtsstaates sein kann. Ein Land, das eine Solidargemeinschaft ist, die sich um alle ihre Mitglieder kümmert und sie schützt. Eine demokratische Verfassung darf nicht eine Gruppe von Siegern über eine andere stellen, sondern muss das Feld für politische Auseinandersetzungen und Aktionen unter Achtung der Menschenrechte offenlassen.

In diesem Sinne wäre die Kommission für die Verfassungspräambel vielleicht gut beraten, sich für einen Text zu entscheiden, der weniger von den eigenen Identitäten geprägt ist. Es gibt viele Ideen, aber vielleicht lohnt es sich, einen Blick auf das Beispiel der

südafrikanischen Verfassung zu werfen: "Wir nehmen daher durch frei gewählte Vertreter diese Verfassung als oberstes Gesetz an, um die Spaltungen der Vergangenheit zu überwinden und eine Gesellschaft zu errichten, die auf demokratischen Werten, sozialer Gerechtigkeit und grundlegenden Menschenrechten beruht".

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/guter-kompromiss-entwurf-fuer-die-neue-verfassung-vorgelegt/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

"Das Referendum wird nicht über Social Media gewonnen"

von Ute Löhning

Interview mit Karina Nohales von der feministischen Organisation Coordinadora Feminista 8 de Marzo über die politische Lage und das Verfassungsreferendum im September.

(Berlin, 12. Juni 2022, ila) - Karina Nohales ist Mitglied der feministischen Dachorganisation Coordinadora Feminista 8 de Marzo (CF8M) in Chile. Außerdem arbeitet sie für Alondra Carrillo, die für die CF8M im Verfassungskonvent sitzt. Im Interview spricht Nohales über die aktuelle politische Lage und die Vorbereitungen auf das Verfassungsreferendum am 4. September [1].

*

Ende 2021 haben Feministinnen und andere soziale Bewegungen sich trotz inhaltlicher Kritik im Wahlkampf stark für Gabriel Boric vom Linksbündnis "Apruebo Dignidad" engagiert. Dabei ging es um die Abwehr des extrem rechten Gegenkandidaten José Antonio Kast, aber auch um eine linke Perspektive und um die Unterstützung des verfassungsgebenden Prozesses. Boric und seine Regierung haben ihre Ämter am 11. März angetreten. Wie ist Deine Einschätzung zur politischen Lage heute?

Wir sind besorgt über die Entwicklung in Chile und über die Schwierigkeiten der neuen Regierung. Es gibt nach wie vor Repression gegen Demonstrationen von

Schüler*innen und Studierenden. Es fehlt an kritischen Stellungnahmen der Regierung, Boric hatte eine Reform der Carabineros (militarisierte Polizei) versprochen, aber da ist bisher nichts passiert.

In der Region Araucanía hatte die neue Regierung den Ausnahmezustand aufgehoben und nun wieder verhängt [2]. Sie hat keinen Plan, wie der Konflikt mit den Mapuche politisch zu lösen ist. Dabei ist seit vielen Jahren klar, dass dazu tiefgreifende und mutige Maßnahmen nötig sind. Allerdings hat die Regierung dafür auch keine Mehrheit im Parlament und ich bin auch nicht sicher, ob es in der chilenischen Bevölkerung ausreichenden Rückhalt dafür gibt, den Mapuche ihr Land zurückzugeben. Denn

das würde bedeuten, gegen Eigentümer*innen großer Ländereien vorzugehen.

Besonders beunruhigend ist, dass es der politischen Rechten gelungen ist, ihrem neoliberalen Narrativ wieder eine gewisse Vorherrschaft im Denken der Massen zu verschaffen. Die neoliberale Ideologie war in Chile immer latent vorhanden, aber wir hatten in der Kritik am Neoliberalismus in den letzten Jahren sehr große Fortschritte erzielt.

Du beziehst dich auf die aktuelle Kampagne der Rechten gegen die neue Verfassung?

Genau, es gibt eine Kampagne der großen Medien, die Fake News lancieren, wie dass niemand mehr ein eigenes Haus besitzen dürfte oder dass der Verfassungskonvent die Rentenfonds enteignen will. Damit haben sie in der Bevölkerung Angst geschürt. Das ist nicht wahr, es gab nie einen Vorschlag zur Enteignung. Aber es ist sehr schwer, diese Lügen zurückzudrehen, weil wir keine Medien mit solch großer Reichweite haben.

Wie siehst du die Chancen für das Referendum über die Annahme des Entwurfs für die neue Verfassung?

Wir wissen, dass es unendlich viel schwieriger sein wird, das Abschlussreferendum zu gewinnen, als es beim ersten Referendum 2020 der Fall war. Wir wissen auch, dass es nicht ausreicht, nur knapp zu gewinnen, sondern dass wir eine starke Mehrheit brauchen. Sonst werden wir eine unerträgliche Situation politischer Instabilität erleben, die den aktuellen Verfassungsprozess untergra-

ben wird. Das Rechtsbündnis "Chile Vamos" ist sowieso darauf eingestellt, die neue Verfassung sofort wieder zu demontieren.

Die inhaltliche Arbeit des Verfassungskonvents ist fast abgeschlossen. Wie werdet ihr als CF8M nun vorgehen?

Als Teil der sozialen Bewegungen werden wir zu einer Kampagne in viele, vor allem arme Gegenden ausschwärmen. Denn es entspricht unserer Überzeugung, direkt zu den Menschen zu gehen und mit ihnen zu sprechen, und das Referendum wird am Ende nicht über Social-Media oder das Fernsehen gewonnen. Wir müssen erklären, was in der neuen Verfassung steht und was die Veränderungen bedeuten. Manche Leute wissen nicht, warum, wie und auch nicht, wo sie wählen sollten. Deshalb nehmen wir sogar Computer mit, um mit den Menschen zusammen im Internet ihr Wahllokal zu suchen. Das Referendum ist seit Jahren die erste Abstimmung mit verpflichtender Teilnahme. Es ist unsicher, wie diejenigen abstimmen werden, die in den Jahren seit Beginn der sozialen Revolte nicht gewählt haben.

Wen wollt ihr vor allem ansprechen?

Wir haben schon bei der Mobilisierung für die Stichwahl um die Präsidentschaft zwischen Boric und Kast gesehen, dass die sozialen Bewegungen erfolgreich waren. Die Wahlbeteiligung stieg damals im Vergleich zur ersten Wahlrunde um acht Prozent, das sind etwa 1,2 Millionen Stimmen, die sich zugunsten von Boric auswirkten. Dabei waren es vor allem junge Frauen in den Städten, die wir zur Wahl

bewegen konnten und Menschen in den ärmsten Gegenden und den 'Opferzonen', den Gebieten, die unter massiven Umweltzerstörungen leiden. Als Feministinnen werden wir mit öffentlichen Veranstaltungen im ganzen Land zeigen, dass ein Traum durch Chile weht, und dass das auch ein feministischer Traum ist. Wir Frauen spielen eine Schlüsselrolle für das Referendum und werden mit unseren Stimmen die Verfassung von Pinochet zu Grabe tragen.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/tagespolitik/demokratischer-neuanfang-oder-weiter-mit-pinochets-diktaten/>

[2] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/regierung-verlaengert-ausnahmezustand-im-gebiet-der-mapuche/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/tagespolitik/das-referendum-wird-nicht-ueber-social-media-gewonnen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Honduras

Mord an Berta Cáceres - Erster Schritt in Richtung Gerechtigkeit

von Andrea Lammers

Ein Mittäter des Mordes an Berta Cáceres wurde zu 22,5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Angehörige kritisieren das Gericht und fordern Ermittlungen gegen die Auftraggeber.

(Tegucigalpa, 22. Juni 2022, *amerika21*) - 22 Jahre und sechs Monate Gefängnis für den ehemaligen Geschäftsführer des honduranischen Energieunternehmens Desarrollos Energéticos SA (Desa), David Castillo, lautet der Urteilsspruch der ersten Strafkammer des Obersten Gerichtshofes in Tegucigalpa am 20. Juni. Castillo, Ingenieur und ehemaliges Mitglied des militärischen Geheimdienstes, wurde vor fast einem Jahr als Mittäter des Mordes an der bekannten Aktivistin für indigene Rechte Berta Cáceres [1] im März 2016 verurteilt [2]. Die Festlegung und Verkündung des Strafmaßes war jedoch immer wieder verzögert worden.

Victor Fernández, Anwalt der Nebenklage, würdigte das Urteil als "kleinen Sieg" und ersten Schritt auf einem langen Weg zur Gerechtigkeit. Das juristisch mögliche Strafmaß [3] habe zwischen 20 und 25 Jahren betragen, das Gericht habe einen Mittelweg gewählt. Castillo, der sich seit knapp viereinhalb Jahren in Haft befindet, muss zwei Drittel seiner Stra-



'Gerechtigkeit für Berta' - das wird seit über sechs Jahren gefordert
 Bild: Luis Alfredo Romero, CC BY-SA 4.0
[\[https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/\]](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/),
 via Wikimedia Commons

fe verbüßen, er kann also in gut zehn Jahren freikommen.

Das Urteil erfüllt die Erwartungen der indigenen Gemeinden nicht

Der von Berta Cáceres mitgegründete Zivile Rat der indigenen und Volksorganisationen von Honduras (COPINH) zeigte sich unzufrieden mit dem Urteil: Es erfülle die Erwartungen der indigenen Lenca-Gemeinden an ein gerech-

tes Urteil nicht, heißt es in einer ersten Pressemitteilung. Der Rat beklagt zudem, dass die Staatsanwaltschaft immer noch nicht gegen die Hinterleute des Verbrechens ermittelt und fordert vom Staat weiter umfassende Maßnahmen in Richtung Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien dafür, dass sich ein derartiges Verbrechen nicht wiederholen könne.

Miriam Miranda, Koordinatorin der afroindigenen Garífuna-Orga-

nisation Ofraneh und langjährige Weggefährtin von Berta Cáceres, äußerte sich gegenüber amerika21 erbost und entsetzt über das Strafmaß. Bertha Zúniga, Tochter von Berta Cáceres und Nachfolgerin als Vorsitzende des COPINH, betonte bei einer Pressekonferenz am Montag, dass nach über sechs Jahren zähen Ringens mit der Justiz ein Etappenziel erreicht und die Möglichkeit für einen noch weit schwereren Kampf eröffnet sei: die strafrechtliche Verfolgung der Auftraggeber des Mordes an Berta Cáceres wegen ihres Widerstandes gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca.

Hinweise auf bedeutende Rolle der Unternehmerfamilie Zablah und des Finanzchefs Atala

Der Prozess gegen David Castillo hatte zahlreiche Hinweise auf die mutmaßliche Verwicklung der Miteigentümer des Unternehmens Desa aus der einflussreichen Unternehmerfamilie Atala Zablah und von Desa-Finanzchef Daniel Atala Midence

ergeben. Da das ausführliche schriftliche Urteil nicht verlesen, sondern den Prozessbeteiligten auf mitgebrachte USB-Sticks überspielt wurde, ist noch nicht klar, wie die Würdigung der Beweise und des Kontextes genau ausfällt. Die äußerst knappe Urteilsbegründung, die vorgetragen wurde, benennt zwei Chatgruppen, an denen Vorstandsmitglieder der Desa beteiligt waren, und in denen der Mordplan gegen Berta Cáceres mit Castillo besprochen wurde. Die Akten zu dem Fall bleiben weiter unter Verschluss, um weitere Ermittlungen möglich zu machen, so das Gericht.

Organisationen des Internationalen Forums für Menschenrechte in Honduras betonten, dass zu den notwendigen Garantien für die indigenen Lenca-Gemeinden in Honduras auch die Aufhebung der Konzession für das Wasserkraftwerk Agua Zarca gehöre. Deren illegales und von Betrug und Unterschlagung geprägtes Zustandekommen wird derzeit in einem parallelen Prozess [4] ge-

gen Castillo und weitere Angeklagte verhandelt.

COPINH versucht weiter, auch die an dem Projekt beteiligten Banken in die Verantwortung zu nehmen und demonstrierte am Montag nicht nur vor dem Gerichtsgebäude, sondern auch vor der Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftsintegration.

Anmerkungen:

[1] <https://www.npla.de/thema/umwelt-wirtschaft/bertha-caceres-gedenken-gerechtigkeit-einfordern/>

[2] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/weiterer-schuld-spruch-im-mordfall-bertha-caceres/>

[3] <https://www.npla.de/thema/memoria-justicia/mord-an-bertha-caceres-hoehchststrafe-fuer-david-castillo-gefordert/>

[4] <https://amerika21.de/2021/08/253462/honduras-betrugsprozess-agua-zarca>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/mord-an-bertha-caceres-ein-erster-schritt-in-richtung-gerechtigkeit/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>



Frösteln

Sternübersäer,
nachtschwarzer Schliff,
staubig verwehter,
eiskalter Griff.

(Helmut Barthel)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Wien

Zahl der Hinrichtungen weltweit gestiegen

von Helmut Ortner, 25. Mai 2022

Ein aktueller Bericht von Amnesty International [1] zur weltweiten Anwendung der Todesstrafe für 2021 zeigt eine besorgniserregende Zunahme von Hinrichtungen und Todesurteilen. Insgesamt sind 579 Menschen hingerichtet worden - 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Eine Bilanz des Grauens.

Erhängen, Enthaupten, Giftinjektion oder Erschießen: mindestens 579 Menschen in 18 Ländern wurden nach Angaben von Amnesty International im Jahr 2021 auf diese Weise hingerichtet. Das ist ein Anstieg um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr, als 483 Exekutionen registriert wurden. Knapp ein Viertel der 2021 hingerichteten Personen waren Frauen. "Nach dem niedrigsten Stand von Hinrichtungen im Corona-Jahr 2020 wurden 2021 wieder deutlich mehr Menschen durch Staaten hingerichtet. Verantwortlich dafür ist weiter die kleine Gruppe unbelehrbarer Staaten, die an diesen grausamen und unmenschlichen Tötungen festhält, unter anderem Iran und Saudi-Arabien, die staatliche Exekutionen im letzten Jahr stark ausgeweitet haben", sagt Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland. Dieser Trend setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2022 fort.

Die Länder mit den höchsten bekannt gewordenen Hinrichtungs-



Hinrichtungskammer in einem Gefängnis in Florida

Foto: Dept. of Corrections, Please provide photo credit to: Florida Department of Corrections/Doug Smith., Public domain, via Wikimedia Commons

zahlen sind nach Amnesty-Angaben China, Iran, Ägypten [2], Saudi-Arabien und Syrien [3]. Allerdings sind in der Statistik zahlreiche Todesurteile nicht berücksichtigt, von denen Amnesty International annimmt, dass sie verhängt und vollstreckt wurden. Was die aktuellen Zahlen betrifft, ist für den größten Teil des Anstiegs der Iran verantwortlich. Dort stieg die Zahl der Hinrichtungen von mindestens 246 im Jahr 2020 auf mindestens 314 im Jahr 2021 - ein Anstieg von 28 Prozent.

Auch in Saudi-Arabien verdoppelte sich die Zahl der Hinrich-

tungen von 27 im Jahr 2020 auf 65 im Jahr 2021. Die Regierung von Mohammed bin Salman geht mit aller Härte gegen politische und religiöse Meinungsäußerungen vor, mindestens 3.000 politisch Inhaftierte sitzen derzeit in Saudi-Arabien nach Schätzungen von Amnesty International in Gefängnissen des Landes. Todesurteile werden weiterhin vollstreckt. Allein an einem einzigen Tag waren im März diesen Jahres 81 Menschen exekutiert worden. Ein barbarischer Rekord.

Neben der steigenden Hinrichtungszahl in Saudi-Arabien waren auch in folgenden Staaten erheb-

lich mehr Exekutionen zu beobachten: Somalia (von 11 stieg die Zahl auf 21), Südsudan (von 2 auf 9) und Jemen (von 5 auf 14). In Belarus (1), Japan (3) und den Vereinigten Arabischen Emiraten (1) wurden nach Hinrichtungsstopps im Vorjahr erneut Todesurteile vollstreckt. Die Zahlen sind bis auf jene aus Japan Mindestangaben, die Dunkelziffer dürfte höher liegen.

Und wie in den Jahren zuvor, fehlen in dieser Bilanz des Grauens die Angaben aus China, Nordkorea und Vietnam, wo vermutlich tausende Todesurteile vollstreckt wurden. Die Regierungen dieser drei Staaten halten Angaben zur Todesstrafe unter Verschluss und behandeln sie als Staatsgeheimnis. Eine unabhängige und genaue Überprüfung ist unmöglich. Doch Amnesty International geht davon aus, dass in China nach wie vor weltweit die meisten Hinrichtungen stattfinden. Menschenrechts-Beobachter gehen von Tausenden aus.

Stark gestiegen ist auch die Zahl der ausgesprochenen Todesurteile. Weltweit wurden beinahe 40 Prozent mehr Todesurteile verhängt als 2020. In 56 Staaten verurteilten Gerichte mindestens 2.052 Menschen zum Tode. Der Anstieg war besonders markant in Bangladesch (von 113 auf 181), Indien (von 77 auf 144) und Pakistan (von 49 auf 129), außerdem in Ägypten (von 264 auf 356), der Demokratischen Republik Kongo (von 20 auf 81), dem Irak (von 27 auf 91), Jemen (von 269 auf 298), Myanmar (von 1 auf 86) und Vietnam (von 54 auf 119). Dabei handelt es sich bis auf Indien um Mindestzahlen.

Amnesty International schätzt, dass die Todesstrafe in zahlreichen Staaten als Instrument der staatlichen Repression gegen Minderheiten und Demonstrierende eingesetzt wurde. So stellte etwa die Militärregierung in Myanmar unter dem herrschenden Kriegsrecht Zivilpersonen vor Militärgerichte, wo sie in Eilverfahren zum Tode verurteilt wurden und keine Rechtsmittel einlegen konnten. Ägyptische Behörden verurteilten viele Menschen in unfairen Gerichtsverfahren vor Staatssicherheitsgerichten zum Tode und griffen auch auf Folter und Massenhinrichtungen zurück. Im Iran - so stellt Amnesty fest - wurden überdurchschnittlich viele Todesurteile gegen Angehörige ethnischer Minderheiten ausgesprochen, u. a. wegen vage formulierter Anklagepunkte wie "Feindschaft zu Gott".

Doch es gibt in dieser globalen Schreckens-Bilanz auch positive Anzeichen. Einige Staaten schafften die Todesstrafe ab, wie etwa Sierra Leone, Kasachstan und Papua-Neuguinea. Die malaysische Regierung kündigte an, im dritten Quartal 2022 geplante Rechtsreformen zur Todesstrafe zu vorzulegen. In der Zentralafrikanischen Republik und in Ghana wurden rechtliche Prozesse zur Abschaffung der Todesstrafe eingeleitet.

Auch in den die USA, wo während der Trump-Jahre wieder zahlreiche Hinrichtungen stattfanden, gibt es positive Entwicklungen. So schaffte der Bundesstaat Virginia 2021 als 23. Staat (und als erster Südstaat) die Todesstrafe ab. Im Bundesstaat Ohio wurden das dritte Jahr in Folge alle geplanten Hinrichtungen verschoben oder ausgesetzt. Zudem

gab die neue US-Regierung im Juli bekannt, dass sie alle Hinrichtungen auf Bundesebene (die unter Trump gerade in seinem letzten Amts-Wochen vollstreckt worden waren) bis auf weiteres aussetzen würde.

Quelle:

Amnesty International:
Todesstrafe weltweit 2021
<https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-05/Amnesty-Bericht-Todesstrafe-weltweit-2021-auf-Englisch.pdf>

Anmerkungen:

[1] <https://www.amnesty.de/todesstrafe-hinrichtungen-weltweit-amnesty-bericht-2021>

[2] <https://www.spiegel.de/thema/aegypten/>

[3] <https://www.spiegel.de/thema/syrien/>

Helmut Ortner (1950) ist Beiratsmitglied der Giordano-Bruno-Stiftung. Er hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, die in über 14 Sprachen erschienen sind. Zuletzt: "Ohne Gnade - Eine Geschichte der Todesstrafe", mit einem Nachwort von Bundesrichter a. D. Prof. Dr. Thomas Fischer, Nomen Verlag Frankfurt.

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

Kaum Annäherung an Karlsruher Urteil

Hauptstadtsymposium der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) und kontroverse Orientierungsdebatte im Bundestag über assistierten Suizid

von Christa Schaffmann - 22. Juni 2022

(SB) - Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 26. Februar 2020 entschieden, dass § 217 Strafgesetzbuch, der bis Anfang 2020 die "geschäftsmäßige Suizidhilfe" verbot, verfassungswidrig und nichtig ist. Jeder Mensch - freiverantwortliches Handeln vorausgesetzt - hat das Recht auf einen selbstbestimmten Tod, und das unabhängig davon, ob er schwer krank ist. Und da der Suizid nicht verboten ist, kann auch die Hilfe beim Suizid nicht strafbar sein. Im Karlsruher Urteil wurde kein neues Gesetz gefordert. Doch der Gesetzgeber entschied sich dafür und trat damit Debatten los, die den Karlsruher Richtern nicht gefallen dürften. Den krassesten Beitrag lieferte die DGPPN beim Hauptstadtsymposium am 21. Juni 2022, bei dem sie Eckpunkte für eine Neuregelung der Suizidassistenz vorstellte.*) Sie fordert nun, dass "das Verfahren zur Prüfung der Freiverantwortlichkeit, also der Selbstbestimmtheit, Dauerhaftigkeit und Ernsthaftigkeit des Suizidwunsches, und die Überwachung der Einhaltung prozeduraler Vorgaben durch das zuständige Amts- und Betreuungsgericht gewährleistet werden." Das Vorliegen der Voraussetzungen für die Freiverantwortlichkeit müsse



Die aktuellen politischen Diskussionen über eine künftige Regelung des assistierten Suizids lassen kaum eine Annäherung an das Karlsruher Urteil erkennen.

*Foto: 2013 by Manos Bourdakis, CC-BY-SA-3.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>],
via Wikimedia Commons*

in zwei Untersuchungen, Mindestabstand von drei Monaten, durch zwei unabhängige Fachärztinnen oder -ärzte, von denen mindestens eine Person über die Facharztbezeichnung für Psychiatrie und Psychotherapie verfügt, festgestellt werden.

Soweit war bisher nicht einmal der restriktivste der drei vorliegenden Gesetzentwürfe gegangen. Die DGPPN plädiert zudem

für eine obligatorische "umfassende und mehrzeitige suizidpräventiv ausgerichtete fachärztliche Beratung und Aufklärung hinsichtlich möglicher Entscheidungsalternativen und Behandlungsoptionen". Bei Fehlen einer terminalen Erkrankung empfiehlt sie eine Wartezeit von sechs Monaten. Ein lange gereifter Entschluss - und darum handelt es sich fast ausnahmslos bei den Menschen, die um einen assistier-

ten Suizid bitten - wird, wenn man der DGPPN folgt, in Frage gestellt, der Suizident zu aufwendigen ärztlichen Untersuchungen durch mehrere Fachärzte gezwungen und zu Beratungsgesprächen genötigt, in denen die Suizidprävention ein Ziel ist. Man darf gespannt sein, wie die Verfasser der bisher vorliegenden Gesetzentwürfe darauf reagieren. Selbst wenn sie der DGPPN nicht folgen, dürften sich all die gestärkt fühlen, die sich eh schon ein großes Stück vom Karlsruher Urteil entfernt haben.

Die vorliegenden Gesetzentwürfe wurden beim Hauptstadtsymposium in Kurzform vorgestellt. Kirsten Kappert-Gonther berichtete, dass sie und ihre Co-Autoren parallel zu ihrem Entwurf einen Antrag zur Suizidprävention vorgelegt hätten. Sie begründete das so: "Wenn wir diese Debatte über assistierten Suizid führen, müssen wir uns auch ehrlich machen bezüglich der Lage der Suizidprävention in Deutschland." Diese sei nicht gut aufgebaut. "Viele Menschen finden nicht die adäquate Hilfe, wenn sie sich suizidal fühlen; es gibt beispielsweise keine 24-Stunden-Hotline, wo ein Suizident anrufen kann, es gibt nicht an allen Brücken Gitter, die hoch genug sind, um einen Suizid zu verhindern, um nur wenige Beispiele zu nennen." Der Antrag wird am 24. Juni 2022 im Bundestag vorgestellt.

Eine Orientierungsdebatte über die Gesetzentwürfe zum assistierten Suizid hatte am 18. Mai 2022 stattgefunden. Wer diese und die dazu in den vergangenen Monaten abgegebenen Erläuterungen und Kommentare einzelner Abgeordneter zu diesem Zeitpunkt be-

reits kannte, konnte in der Debatte zeitweilig den Eindruck gewinnen, dass auch unter jenen, die das Karlsruher Urteil über das Recht jedes Bürgers auf ein selbstbestimmtes Sterben einschließlich der Inanspruchnahme von Hilfe nicht begrüßt haben, mindestens verbal eine Annäherung an dessen Inhalt stattgefunden hat. So wurde dieses Recht mehrfach betont, ebenso eine ergebnisoffene Beratung, eine Rückkehr zu 2014 (als der 2020 vom BVerfG gestrichene § 217 beschlossen wurde, der Assistenz verbot) ausgeschlossen.

Dass hinderte Helge Lindh (SPD), Ansgar Heveling (CDU/CSU), Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) jedoch nicht, erneut ein Netz staatlich anerkannter Beratungsstellen zu fordern, die Suizidwillige vollumfänglich beraten müssten, was auch - so Lindh - suizidpräventiv sein könne. "Wir wollen Anwälte der Sterbewilligen sein", sagte er. Fatal, dass man sich einen Anwalt normalerweise selbst sucht, wenn man das für nötig hält und ihm vertraut.

Suizidprävention wurde auch von anderen Abgeordneten in den Mittelpunkt gestellt, obwohl es bei dem Gesetz ja um die zum Suizid Entschlossenen geht, die Unterstützung auf ihrem letzten Weg wünschen. Lang und breit wurde über den Druck gesprochen, unter dem Suizidwillige in vielen Fällen stünden, weil sie ihren Angehörigen Kosten ersparen wollten, sowie über Menschen, die eigentlich nicht sterben, sondern sich "in einer psychischen Krise eine Pause wünschten", so Kappert-Gonther. Für sie sei es ein Horrorszenario, wenn es irgendwann mehr Suizidassistenz-

Angebote als Präventions-Angebote geben würde. Offenbar erwartet sie das Ende des Sozialstaats, denn dessen Aufgabe wäre es, das zu verhindern. Nachdrücklich forderte sie deshalb eine Verankerung des künftigen Gesetzes im Strafrecht.

Dass manche der angesprochenen Probleme, die zu einem Suizidwunsch führen können - Armut, Personalmangel in Pflegeeinrichtungen, zu wenig Palliativ-Angebote und Hospiz-Plätze - durchaus die Aufmerksamkeit des Parlaments verdienen, ist unstrittig. In diese Orientierungsdebatte gehörten sie jedoch nicht.

Widerspruch kam daher u.a. von Katrin Helling-Plahr (FDP). Sie forderte die Achtung des Karlsruher Urteils. Dazu gehöre aus ihrer Sicht eine liberalere Lösung außerhalb des Strafrechts und mehr Respekt gegenüber den Suizidwilligen. Man sollte sie nicht bedrohen, sich nicht über sie stellen, stattdessen echte Anlaufstellen für sie schaffen, ihnen die Beratung durch vertraute Ärzte gestatten, statt sie dazu zu zwingen, anonyme Behörden aufzusuchen. Ihr Fraktionskollege Benjamin Strasser betonte, dass das Karlsruher Urteil den Rahmen des Diskurses grundsätzlich verändert habe: Es gehe nicht mehr um das "Ob" von assistiertem Suizid, sondern um das "Wie".

Auch Petra Sitte (Die Linke) betonte die durch Karlsruhe sehr deutlich gemachte freie Entscheidung jedes Menschen darüber, was für ihn ein lebenswertes Leben sei. Wer sein Leben selbstbestimmt beenden wolle, der solle dies in Würde und auch mit Unterstützung tun können. Zu viele

Hürden, wie andere Gesetzentwürfe sie aufbauten, widersprechen dem Geist von Karlsruhe, denn "ein Recht, das sich in der Praxis nicht ausüben lässt, ist kein Recht", so Sitte. Ihre Fraktionskollegin Kathrin Vogler hat sich dagegen der Gruppe um den SPD-Abgeordneten Lars Castellucci angeschlossen, deren Entwurf die meisten Hürden für ein selbstbestimmtes Sterben aufbaut. Vogler wähnt ein "Marktsystem von Anbietern" für Suizidassistenz. Castellucci selbst betont, er wolle assistierte Suizide ermöglichen, aber nicht fördern. Im Detail kommt das Ermöglichen aber sehr kurz in seiner Rede, die sich vor allem um den Lebenswillen dreht, den es zu unterstützen gelte, um Hilfe zum Leben und nicht zum Sterben, um momentane Sterbewünsche, die sich Organisationen angeblich zunutze machten, was man verhindern müsse.

Martina Stamm-Fibig (SPD) wies darauf hin, dass die Realität Menschen mit verschiedenen Gründen für einen selbst gewählten Todeszeitpunkt umfasst. Es sei nicht die Aufgabe des Bundestages, diese Gründe zu bewerten bzw. darüber zu entscheiden. Das Parlament solle im Karlsruher Urteil eine Chance zum Sterben in Würde sehen und das Recht darauf nicht durch behinderndes Verhalten untergraben.

Thomas Seitz (AfD) nutzte die Chance, seine Partei als besonders verfassungstreu - jedenfalls beim Thema "selbstbestimmtes Sterben", darzustellen. Nach den während der Pandemie entstandenen "Auswüchsen" staatlicher Eingriffe, böte sich endlich die Chance, den Bürgern wieder mehr Freiheit zu gewähren, selbst

zu entscheiden, ob man das eigene Leben für lebenswert hält, und ihnen für den Freitod auch das beste verfügbare Mittel Natrium Pentobarbital (NaP) zur Verfügung zu stellen. Seine Fraktionskollegin Beatrix von Storch teilt diese Auffassung nicht.

Im krassen Gegensatz zur Mehrheit der Redner behauptete Marc Biadacz (CDU/CSU), es dürfe bei der Debatte nicht allein um das Recht des Individuums gehen. Der Tod sei keine Privatangelegenheit, er betreffe auch Angehörige, Freunde und überhaupt ginge es um den Umgang der Gesellschaft mit Leben und Tod. Der Staat müsse Menschen und ihr Leben schützen. Damit bewegte Biadacz sich jenseits des Urteils vom Bundesverfassungsgericht. Sein Fraktionskollege Thomas Rachel verlangt von den Suizidenten sogar, sie sollten Rücksicht auf das medizinische Personal nehmen und ihren Sterbewunsch daraufhin prüfen, ob er für dieses zumutbar sei. Sein Ziel ist es, dass Menschen nicht durch die Hand anderer, sondern an deren Hand sterben. Für Erich Irlstorfer (CDU/CSU) hat jedes Leben einen Wert. "Der Mensch stirbt, wenn Gott ein Leben vollendet hat", so sein Standpunkt.

Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte daran, dass es keinen Auftrag der Karlsruher Richter gegeben habe für ein neues Gesetz und somit auch nicht für dessen strafrechtliche Verankerung. Der Regelbedarf sei bereits erfüllt, wenn selbstverantwortliches Handeln vorliegt und keine Tötung auf Verlangen stattfindet. Man sollte es den Sterbewilligen weder zu schwer noch zu leicht

machen. Der von ihr zusammen mit anderen Abgeordneten vorgelegte Gesetzentwurf weise deshalb zwei mögliche Wege: In einer medizinischen Notlage sollte die Beratung zu Alternativen und die Beurteilung (freiverantwortliches Handeln) durch zwei Ärzte ohne langen Aufschub zur Entscheidung und damit zur Verschreibung des Medikaments führen. In anderen Fällen, in denen ein glaubhafter Sterbewunsch vorliegt, sollten Ärzte des Vertrauens zugelassen sein.

Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen) betont in seiner Rede, es gebe keine Pflicht zu leben. An manchen Gesetzentwürfen und den darin aufgebauten Hindernissen kritisiert er vor allem den strafrechtlichen Aspekt und die Rolle des Staates sowie die Rolle durch ihn eingesetzter Ärzte und Berater, die der Sterbewunsch eines Menschen aus seiner Sicht solange nichts angehe, so lange dieser selbstbestimmt handelt.

Unter mehreren Abgeordneten ist die Sorge, geldgierige Menschen in der Pharmaindustrie und in Sterbehilfe-Organisationen könnten künftig an assistierten Suiziden Milliarden verdienen. Das sagt viel über das Bild aus, das sich einige Abgeordnete davon machen, wie jemand zu dem Wunsch nach einem assistierten Suizid kommt, wie wenig man diesen Menschen zutraut, überlegt zu handeln, wie sehr man ihnen unterstellt, mal schnell einer (übrigens nicht vorhandenen, weil verbotenen) Werbung zu folgen und sich dann das Leben zu nehmen, als handele es sich darum, ob man am Wochenende zum Fußballspiel geht oder einen Spaziergang im Wald macht. Auch

die "väterliche Sorge" darum, dass der Suizid zum Trend werden könne, zur neuen Normalität, wurde ins Feld geführt.

Nina Scheer (SPD) denkt ganz anders über den Begriff "Normalität". Sie fürchtet, dass die lebensfremden Visionen von massenhaften Suiziden dazu führen werden, dass Karlsruhe den ganzen Prozess noch einmal aufrollen muss und erneut für lange Zeit ein Sterben in Würde durch einen assistierten Suizid unmöglich gemacht wird. Man könne noch so viele soziale oder medizinische Maßnahmen ergreifen - es werde immer Menschen geben, die ihr Leben selbstbestimmt beenden wollen. Das war und ist Normalität. Sie ist damit

nah bei all den Medizinerinnen, die angesichts der wachsenden Möglichkeiten zur Lebensverlängerung schon seit mehr als zehn Jahren über noch eine andere Form der Normalität nachdenken, publizieren und sie praktizieren: Sterbehilfe durch Unterlassen. Alles, wirklich alles zur Erhaltung des Lebens zu tun, wird schon längst nicht mehr von allen Ärzten als sinnvoll angesehen und auch von vielen Patienten in Frage gestellt.

Die endgültige Entscheidung ist für den Herbst geplant. Auch der Ethikrat hat seinen Kommentar erst für den Herbst angekündigt.

*) <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/>

3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/Stellungnahmen_WP19/Suizidassistenz/Dt._Gesellsch._fuer_Psychiatrie_u.Psychotherapie_Psychosomatik_u._Nervenheilkunde_e.V._bf.pdf

Über die Autorin:

Christa Schaffmann ist Diplomjournalistin und arbeitet seit zehn Jahren als freie Autorin und PR-Beraterin, nachdem sie zehn Jahre Chefredakteurin von Report Psychologie, der Fach- und Verbandszeitschrift des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen, war.

Am Lebensrand - der assistierte Suizid ...

Gesetzentwürfe zeugen von beunruhigendem Menschenbild

Interview mit Dr. Martin Goßmann, Leiter des Ärzteteams beim Verein Sterbehilfe

Das Gespräch führte Christa Schaffmann - März 2022

(SB) - Schattenblick: Sie haben im Rahmen Ihrer gutachterlichen Tätigkeit als Sozialmediziner seit 1994 mit mehreren Tausend Menschen gesprochen - über ihre Krankheiten, deren Ursachen, deren Behandelbarkeit und die Prognose; auf dieser Basis sind Sie als Gutachter für den Verein Sterbehilfe tätig. Worin besteht dort Ihre Aufgabe?

Martin Goßmann: Ich leiste im engeren Sinn keine Sterbehilfe, verabreiche also keine zum Tod führenden Medikamente, sondern konzentriere mich auf die Begutachtungen der Sterbewilligen, die zum Verein kommen. Warum trenne ich diese beiden Aufgaben? Während ich ein Gutachten erstelle, will ich gar nicht darüber nachdenken, ob ich - zum Beispiel von

meiner Sympathie oder Antipathie geleitet - möchte, dass die Person das so genannte Grüne Licht später nutzt oder nicht; ich erhalte mir so meine gutachterliche Unvoreingenommenheit und behalte dabei den Gutachtauftrag im Fokus, nicht meine persönliche Vorliebe.

Schattenblick: Sind Ihnen im Verlauf der Jahre viele Menschen

begegnet, denen Sie die Freiverantwortlichkeit nicht bescheinigen konnten?

Martin Goßmann: Nein. Das liegt aber nicht an großzügiger Handhabung, sondern daran, dass der Verein, bevor er überhaupt einen Gutachter hinzuzieht, ein ausführliches Gespräch mit dem zur Selbsttötung Entschlossenen führt. Sollten dabei bereits Zweifel auftauchen, kommt es gar nicht zur Begutachtung. Mir begegnet also eine selektierte Klientel.

Schattenblick: Was sind das für Menschen, die Ihnen dort begegnen? Sind es bestimmte Schichten, Altersgruppen, philosophisch Interessierte?

Martin Goßmann: Es ist keine typische Schicht, die sich eher für einen assistierten Suizid als für das Warten auf einen natürlichen Tod entscheidet. Dass es sich dabei überwiegend um ältere Menschen handelt, liegt einfach daran, dass diese häufiger schwer krank sind. Bildung, Geschlecht und auch die finanzielle Lage spielen keine entscheidende Rolle.

Schattenblick: Was erwarten bzw. erhoffen die Suizidenten von Ihnen?

Martin Goßmann: Sie erhoffen vor allem eine vorurteilsfreie Begegnung; sie möchten nicht beraten werden, ob sie zu Recht ihr Leben beenden wollen; sie wollen vor allem verstanden und mit ihrer Entscheidung respektiert werden; und sie sind häufig sofort entlastet, wenn sie erfahren, dass sie das Grüne Licht bekommen;

sie bekommen damit die Hoheit über sich zurück, die eine Krankheit und die Angst vor ihren Komplikationen manchmal zu übernehmen scheint. Und mit dieser Sicherheit, dass letztlich sie darüber entscheiden, wieviel sie



Dr. Martin Goßmann, Leiter des Ärzteteams beim Verein Sterbehilfe, ist Neurologe und Psychiater, Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychoanalytiker. Er hat eine palliativmedizinische Weiterbildung besucht.

Foto: © by Marcel Gisler

aushalten wollen, sind sie sogar in der Lage, mehr zu ertragen, als es ihnen vorher erschien; und viele nutzen dann das Grüne Licht gar nicht, leben aber besser mit der Sicherheit, die es ihnen verleiht.

Schattenblick: Erinnern Sie sich an Komplikationen oder belastende Ereignisse in Verbindung mit Ihrer Tätigkeit?

Martin Goßmann: Insgesamt bin ich bewegt davon, welchen beeindruckenden Menschen ich begegne und welche berührenden Berichte ich von Ihnen zu hören bekomme. Ich höre dabei natürlich traurige Geschichten und begegne

ne Menschen mit zum Teil sehr schweren Krankheiten, die auch entstellend sein können; in einzelnen Fällen hatte ich den Impuls zu sagen "wir machen das gleich heute oder morgen, Sie müssen das nicht weiter ertragen ... !" Ein

Impuls, dem ich nicht nachgegangen bin, aber der mich zum Nachdenken bringt. Ich erinnere mich an einen Mann, dessen Frau sehr krank war und bei der ich den Impuls auch gehabt hatte; es war ihm dann nach einigen Wochen ein Bedürfnis, nochmal mit mir zu sprechen und uns trotz seiner Trauer zu danken, dass sie "es geschafft hatte". Und ich erinnere mich an eine sehr kranke Frau, die nur noch etwas mehr als 40

Kilo wog und vorhatte, noch ihren baldigen Geburtstag im Kreise der Familie zu feiern und dann ihr Leben zu beenden; als ich erfuhr, dass sie einige Monate später ohne Suizid gestorben war, war ich froh. Für sie und für ihre Familie.

Schattenblick: Gab es auch Fälle, in denen Sterbewillige nicht krank waren, sondern lebensmüde oder lebenssatt, wie es auch genannt wird?

Martin Goßmann: In all den Jahren vor 2015 und nach dem Karlsruher Urteil 2020, in denen ich in der Sterbehilfe engagiert war, ist mir selber nur ein Fall begegnet, der nicht im Zusammenhang mit einer schweren Erkrankung stand. Es handelte sich um eine 84-jährige Frau, die sich unabhängig von ihrem Gesundheitszustand entschlossen hatte zu sterben. Sie hatte ein gutes Leben, eine nette Familie. Und

dennoch hatte sie entschieden, dass der Punkt gekommen ist, an dem sie sterben möchte. Sie blickte zufrieden auf ihr bisheriges Leben zurück, sah aber sehr klar eine unausweichliche Verschlechterung vor sich. "Alles, was jetzt noch kommen kann, wird nicht so, wie ich leben möchte." Sie dachte dabei nicht nur an mögliche Krankheiten, sondern auch daran, dass sie ihr großes Haus würde irgendwann verlassen müssen, weil die Arbeit zu viel werden würde. Durch ihre Familie wurde keinerlei Druck ausgeübt. Sie plante noch eine große Geburtstagsfeier und wollte dann gehen. Ihre erwachsene Tochter kam zum Gespräch dazu und meinte nur: "Versuchen Sie bloß nicht, es meiner Mutter auszureden; sie hat immer gemacht, was sie wollte und für richtig hielt; sie ist eine emanzipierte Frau." Es gab für mich keinen Grund, ihr die Sterbehilfe zu verweigern, weil sie offenkundig wusste, was sie wollte, was sie entschied und warum sie es tat.

Schattenblick: Welche Mittel stehen dem Verein bei der Sterbehilfe zur Verfügung, welche nicht?

Martin Goßmann: Natriumpentobarbital (NaP) steht in Deutschland noch nicht zur Verfügung, obwohl es statistisch gesehen das sicherste und damit am besten geeignete Mittel wäre. Es gibt eine Klage mit dem Ziel der Freigabe durch das Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM); dieses müsste das unter das Betäubungsmittelgesetz fallende Präparat freigeben. Das tut das Amt nicht, u.a. mit dem Argument, dass NaP sehr gut geeignet wäre, um sich umzubringen. Ein Produkt in den Verkehr

zu bringen, nur damit sich Menschen damit das Leben nehmen können, sei unvereinbar mit den Aufgaben des BfArM. Medizinprodukte müssten gesund machen. Außerdem gebe es ja Alternativen für die Selbsttötung. Das ist zynisch. Natürlich gibt es Alternativen: man kann sich Insulin spritzen, sich vor einen Zug werfen, aus dem Fenster springen, sehr viele Schlafmittel nehmen, sich strangulieren. Aber warum sollte man Menschen das zumuten, die mit vollem Recht über ihren Tod und das dafür verwendete Mittel entscheiden wollen? Und vor allem: warum will man den Sterbewilligen das am besten geeignete Mittel vorenthalten? Weil es andere pharmakologische Mittel gibt? Das tun wir doch sonst auch nicht in der Medizin. Ist das womöglich ein Versuch, es ihnen schwerer zu machen als nötig - ein Versuch, offiziell das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes anzuerkennen, aber es dann nicht wirklich konsequent umzusetzen?

Schattenblick: Wie stehen Sie zu den aktuell vorliegenden Gesetzentwürfen aus dem Parlament?

Martin Goßmann: Sie scheinen mir mehr darauf ausgerichtet zu sein, den assistierten Suizid zu erschweren, statt ihn jedem freiverantwortlich handelnden Suizidenten zu ermöglichen.

Schattenblick: Bedarf es Ihres Erachtens überhaupt einer gesetzlichen Regelung, und wenn ja, in welchem Umfang?

Martin Goßmann: Der bürokratische Aufwand erscheint mir zu hoch. Das beginnt mit den geforderten zwei Ärzten und setzt sich

in den vorgeschriebenen Beratungen fort. Ich wüsste nicht, warum es zwei Ärzte braucht. Wofür? In den Kliniken entscheiden sich jeden Tag Patienten dafür, schwerwiegenden Eingriffen zuzustimmen und keiner fragt, ob sie das auch entscheiden können, geschweige denn, dass zwei Ärzte hinzugezogen würden. Mir ist bei meinen Begutachtungen kein einziger Mensch begegnet, der nicht genau wusste, worüber er entscheidet und warum er das tut; da musste niemand vor sich selbst geschützt oder vor übereilten Entscheidungen bewahrt werden. Auch den zum Teil langen Wartezeiten, bis ein Suizident endlich die Erlaubnis zum assistierten Suizid bekommen soll, stehe ich kritisch gegenüber. Die Menschen, die ich gesprochen habe, haben sich alle schwer damit getan, im Verlaufe einer ernsthaften Auseinandersetzung den endgültigen Entschluss zu fassen, ihr Leben wirklich zu beenden; eine darüber hinausgehende Wartezeit zur Überprüfung der Nachhaltigkeit dieser existenziellen Entscheidung war nie notwendig. Wie gesagt: da war nie ein voreiliges Entscheiden oder Handeln erkennbar. Aber vielleicht liegt das daran, dass ich den Menschen dann begegne, wenn sie bereits Mitglied beim Verein geworden sind und ihrer Entscheidung eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema vorausging.

Schattenblick: Stützen die Erfahrungen aus den zurückliegenden zwei Jahren nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Annahme, dass damit sehr viel mehr Menschen sich für einen assistierten Suizid entscheiden, und erwarten Sie, dass es in Zukunft noch viel mehr werden?

Martin Goßmann: Ich erwarte nicht, dass sich jetzt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Menschen in Form des assistierten Suizides das Leben nehmen werden, die darüber nicht angemessen nachgedacht haben und es eigentlich nicht wollen; das würde weder zu meinem Menschenbild noch zu meiner Erfahrung passen. Von denen, die ich derzeit begutachte, höre ich angesichts dieser neuen Gesetzentwürfe, dass es schwer genug sei, sich wegen einer leidvoll ertragenen Erkrankung aus dem Leben zu verabschieden und dass sie niemanden brauchen, dem gegenüber sie das rechtfertigen müssen; dass sie niemanden brauchen, der für sie darüber befindet, ob das, was sie entscheiden, das Richtige für sie ist. Keinen Politiker, keinen Psychiater und keinen Pfarrer.

Schattenblick: Und doch fürchten Kirchenvertreter, viele Ärzte und auch Verfasser nicht nur des jüngsten Gesetzentwurfes, den bis auf die AfD Vertreter aller Fraktionen unterstützen, genau das.

Martin Goßmann: Ich verstehe nicht, weshalb viele Kirchenvertreter aber auch Verfasser der Gesetzentwürfe offenbar glauben, dass - nachdem Sterbehilfe vom Bundesverfassungsgericht als ein Recht anerkannt wurde - Menschen in Scharen den assistierten Suizid einer Operation, einer anderen Krankenhausbehandlung oder einem langsam eintretenden Tod im Hospiz vorziehen werden. Das findet in der Realität nicht statt! Was für ein Menschenbild liegt solchen Annahmen zugrunde? Ich treffe nicht auf Leute, die leichtfertig mit ihrem Leben umgehen, weder in meiner Arbeit als Arzt noch als Gutachter beim

Verein Sterbehilfe. Der Normalbürger denkt nicht so, er muss nicht vor sich selbst geschützt werden, weder durch den Gesetzgeber noch durch Ärzte. Es soll ja Länder geben, in denen Politiker glauben, Filme über Schwule führten zu einer wachsenden Zahl schwuler Männer; ein Phänomen - so die Annahme - werde verbreitet indem man es publik macht bzw. ließe sich kontrollieren, indem man es nicht publik macht. Ich hoffe nicht, dass in Deutschland ein Parlament auf diesem Niveau Entscheidungen trifft.

Schattenblick: Wird die Weiterentwicklung der Medizin, die Möglichkeit, das Leben immer länger zu erhalten, wenn auch nicht unbedingt die Lebensqualität, nicht vielleicht dazu führen, dass - unabhängig von der Gesetzgebung - mehr Menschen über einen selbstbestimmten Todeszeitpunkt nachdenken werden?

Martin Goßmann: Es trifft zu: Menschen leben immer länger, nicht alle genießen das. Ich bin kein Hellseher, aber so viel ist klar: Veränderungen in der Wissenschaft und der Gesellschaft haben auch Einfluss auf die einzelnen Menschen und ihre Entscheidungen. Aber heißt das dann, dass mehr Leute sterben wollen, weil es erlaubt oder womöglich gesellschaftsfähig geworden ist? Heißt es nicht vielleicht, dass mehr Menschen in Würde sterben können, die es auch vorher wollten, denen es aber durch einen Paragraphen verwehrt war, der endlich - weil verfassungswidrig - gestrichen wurde und nun hoffentlich nicht durch die Hintertür neuer vom Gesetzgeber geschaffenen Regularien wiederbelebt wird?

Schattenblick: Haben die jahrelangen Erfahrungen von Sterbehilfeorganisationen Eingang in vorbereitende Gespräche für die Erstellung von Gesetzentwürfen gefunden?

Martin Goßmann: Nein. Ich bedauere sehr, dass weder Sterbehilfe-Organisationen noch ausgewählte Mitarbeiter dieser Organisationen von Medizinrechtlern und/oder Abgeordneten in die Vorbereitung von Gesetzentwürfen einbezogen worden sind. Diese Organisationen haben viel Erfahrung. Anders als die Verfasser, anders als die meisten Ärzte, haben wir mit vielen Menschen gesprochen, die ihr Leben beenden wollten. Uns meinte man 2015 verbieten zu müssen und wurde nun durch das Karlsruhe Urteil eines Besseren belehrt. Aber werden daraus die richtigen Schlüsse gezogen? Ich finde, nein.

Schlimmer als die Tatsache, dass man uns nicht befragt, ist aber die Einstellung gegenüber den Suizidenten. Ich frage mich oft, wieso viele Ärzte meinen, besser als diese entscheiden zu können, ob jemand leben muss oder sterben darf. Ich erwarte aber, dass ihre Zahl immer geringer werden wird. Das Arzt-Patienten-Verhältnis hat sich in den zurückliegenden 100 Jahren sehr verändert - weg vom paternalistischen Modell, bei dem viele Krebspatienten noch eine Chemotherapie bekamen und diese auch nicht infrage stellten, obwohl sie dadurch in sehr vielen Fällen nicht länger lebten. Die Idee, dass der Patient ein Entscheidungspartner ist, setzt sich nur schrittweise durch. Das ist bis zu einem gewissen Punkt auch nachvollziehbar. Ärzte ha-

ben den Beruf ergriffen, um Menschen gesund zu machen. Deshalb fällt es ihnen schwer zu akzeptieren, dass Patienten z.B. eine Weiterbehandlung nicht mehr wollen und das Recht haben, diese abzulehnen, ja, sogar entscheiden dürfen zu sterben. Nur weil viele Mediziner das zumindest teilweise akzeptieren, konnte sich die Palliativmedizin entwickeln. Gerade den sehr engagierten Palliativmedizinern jetzt zu sagen: Haltet doch mal inne, hört doch mal auf, immer noch etwas vermeintlich Gutes für eure Patienten zu tun und damit ihr Leben zu verlängern, hilft ihnen, es zu beenden - das ist eine Änderung des Auftrags. Ich verstehe, dass das für viele schwer ist, aber es ändert nichts an der Rechtslage.

Schattenblick: Heißt das, Sie sind gegen Versuche, aus dem Gesetz zum assistierten Suizid ein Suizidpräventionsgesetz zu machen?

Martin Goßmann: Ich bin ja nicht dagegen, dass die medizi-

nische Versorgung in Kliniken und Heimen verbessert wird, dass Palliativstationen ausgebaut werden und mehr Hospize zur Verfügung stehen. Aber erstens ist das nicht Gegenstand dieses Gesetzes oder sollte es jedenfalls nicht sein. Und zweitens frage ich mich, was wir machen, solange es noch an Personal und Einrichtungen mangelt? Den Menschen das Recht auf den selbstgewählten Tod vorenthalten? Palliativstationen sind eine Möglichkeit für Menschen. Aber man darf diese Möglichkeit für sich selbst auch ausschließen. Egal, wie viele Palliativstationen und Hospize es irgendwann vielleicht geben wird - sie werden nicht verhindern, dass einige Menschen trotzdem selbstbestimmt ihr Leben beenden wollen. Die entscheidende Frage bei der Debatte über ein neues Gesetz zum assistierten Suizid ist nicht, ob wir genug Palliativstationen haben. Die Frage ist, wie man jemandem, der im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte und

zur Selbsttötung entschlossen ist, diesen Schritt ermöglicht und ihn dabei unterstützt. Daran, dass das sein Recht ist, lässt das Karlsruher Urteil nicht den geringsten Zweifel. Und auch nicht an dem Recht, dabei Hilfe in Anspruch zu nehmen. Es ist wunderbar, dass es Hospize und Palliativstationen gibt und dass wir in einem Land leben, in dem niemandem vorgeschrieben werden kann, wie er sterben wird. Das war, ist und bleibt Privatsache, für die es meines Erachtens keinen Regelungsbedarf gibt.

Über die Autorin:

Christa Schaffmann ist Diplomjournalistin und arbeitet seit zehn Jahren als freie Autorin und PR-Beraterin, nachdem sie zehn Jahre Chefredakteurin von Report Psychologie, der Fach- und Verbandszeitschrift des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen, war.



*Ein einleitender Text zum Sachstand sowie weitere Beiträge der Autorin zum Thema "Assistierter Suizid" in Form von Gesprächen mit Expert*Innen verschiedener Berufs- und Interessengruppen sind im Schattenblick unter dem kategorischen Titel "Am Lebensrand - der assistierte Suizid ..." zu finden unter:*

Schattenblick → INFOPOOL → MEDIZIN → REPORT → BERICHT
http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip_medicin_report_bericht.shtml

Schattenblick → INFOPOOL → MEDIZIN → REPORT → INTERVIEW
http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/ip_medicin_report_interview.shtml

Foto: 2013 by Manos Bourdakis, CC-BY-SA-3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/], via Wikimedia Commons

Kontinentale Inselverdrängung ...



Springflut auf dem Roi-Namur-Atoll, Marshallinseln, ca. 2017
Foto: Peter Swarzenski, USGS, Public domain

(SB) 27. Juni 2022 - Die flachen pazifischen Inselstaaten sind einer wenig beachteten, niederschweligen Form von Krieg ausgesetzt. In naher Zukunft wird ihr Lebensraum durch die Machenschaften anderer Länder vernichtet.

Auch wenn es im allgemeinen als Kollateralschaden der vorherrschenden, auf Verstoffwechslung natürlicher Güter ausgerichteten

Produktionsweise gilt, faktisch werden eben dadurch die fundamentalen Lebensvoraussetzungen der Menschen angegriffen und ganze Staaten von der Landkarte getilgt. Die Wohlstandsregionen der Welt führen einen nicht erklärten Krieg gegen den Globalen Süden, indem sie allen Hinweisen auf einen beschleunigten Meeresspiegelanstieg zum Trotz keine nennenswerten Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Statt dessen werden unverdrossen fossile Energieträger verbrannt, wird eine kunstdüngerintensive Landwirtschaft gefördert und für den Konsum tierischer Eiweiße koh-

lenstoffbindender tropischer Regenwald gerodet.

Einige der pazifischen Inselstaaten liegen nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Heute schon werden bewohnte Teile der Inseln von Sturmfluten überschwemmt; die Menschen stehen dann knietief bis hüfthoch im Wasser. Unbewohnte Atolle sind bereits untergegangen. Bis Mitte des Jahrhunderts und damit noch innerhalb einer Generation dürften auch bewohnte Inseln komplett untergehen. In den anschließenden Jahrzehnten folgen weitere Inselgebiete, müssen noch mehr



Bis zu fünf Meter hohe Wellen in Verbindung mit einer Springflut haben am 2. März 2014 große Teile der Marshallinseln unter Wasser gesetzt. Foto: Peter Swarzenski, USGS, Public domain

Lebensräume auf dem "blauen Kontinent" oder "pazifischen Kontinent", wie er von einigen Einheimischen selbstbewusst genannt wird, aufgegeben werden. Möglicherweise werden ganze Inselstaaten aufhören zu existieren, da sie über keine besiedelbare Landfläche mehr verfügen, sondern nur noch über Wasser. Ob dann beispielsweise flächengroße Staaten wie Australien bereit sein werden, nicht nur Klimaflüchtlinge aufzunehmen, sondern diesen auch noch Autonomiestatus innerhalb eines an sie abgetretenen Territoriums zuzuerkennen, damit sie ihre Kultur bewahren können, ist zweifelhaft.

Im Februar 2021 haben die im Pacific Islands Forum zusammengeschlossenen Staaten eine Deklaration verabschiedet, in der sie sich dafür aussprechen, dass die Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) erhalten bleiben sollten, auch wenn deren Größe nicht mehr durch aus dem Meer ragende Landflächen gedeckt werde. Die Frage lautet allerdings, ob sich die Fischereiflotten anderer Länder an die alten Grenzen halten werden, wo es doch heute

schon regelmäßig zu Verletzungen der Souveränität der Inselstaaten kommt.

Das Verhalten der wirtschaftlich und militärisch mächtigen Staaten gegenüber den Völkern des blauen Kontinents hat sich in wesentlichen Belangen seit dem Zeitraum von 1946 bis 1996 nicht geändert, als die USA, Frankreich und Großbritannien im Pazifikraum 305 Kernwaffen gezündet hatten. Ganze Inseln waren auseinander gesprengt, andere hochgradig radioaktiv kontaminiert worden. Der einzige Unterschied zu einem kriegerischen Angriff mit Kernwaffen bestand darin, dass die Inselbewohnerinnen und -bewohner vor der Zerstörung und Verstrahlung ihrer Heimat evakuiert wurden. Und selbst diese Aussage muss deutlich eingeschränkt werden. Denn wenn Menschen auf die verstrahlten Inseln zurückgeschickt werden und daraufhin unter typischen Strahlenkrankheiten leiden, wie beispielsweise die Bewohnerinnen und Bewohner des Bikini-Atolls, die mehrere Male evakuiert wurden, nachdem sie zuvor in die vermeintlich ungefährliche Strahlen-

hölle zurückgeschickt worden waren, dann könnte man solche Untaten sehr wohl als einen schleichenden Nuklearangriff auf die Insulanerinnen und Insulaner auffassen.

Nun also die globale Erwärmung. Ob das 21. Jahrhundert ein Zeitalter des nuklearen Schlagabtauschs werden wird, ist offen. Wohingegen es als sicher gilt, dass der Meeresspiegel steigen wird. Mit der Zunahme der Treibhausgasemissionen geht ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur einher. Meistens wird dieser Wert an dem Beginn der regelmäßig erhobenen Klimadaten oder an der Abschätzung des Klimas aus der vorindustriellen Zeit bemessen. Im Klimaschutzabkommen von Paris aus dem Jahr 2015 haben die beteiligten Staaten zugesagt, die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 2 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit steigen zu lassen, möglichst sogar unter 1,5 Grad Celsius zu bleiben.

Das sind jedoch ungenügende, da global gemittelte Werte, in denen die Extreme einander rechnerisch ausgleichen. Will man plausibel voraussagen, in welcher Geschwindigkeit der globale Meeresspiegel in den nächsten Jahren

und Jahrzehnten steigen könnte, müssen die einzelnen Regionen unter die Lupe genommen werden.

Zwar steigt der global gemittelte Meeresspiegel nicht nur an, sondern sogar beschleunigt an - vor zehn Jahren lag er bei rund drei Millimeter, jüngsten Erhebungen zufolge beträgt der Anstieg bereits vier Millimeter pro Jahr -, aber der pazifische Inselstaat Vanuatu verzeichnet ein Anschwellen des Ozeans um jährlich sechs Millimeter. Das wirkt vielleicht nicht dramatisch, aber erstens kommen offenbar einige besonders bedrohte pazifische Inselstaaten bereits nach zwei Jahren in den Zentimeterbereich, und zweitens werden die Sturmfluten daraufhin deutlich höher ausfallen.

Das Niveau des Meeresspiegels wird zum einen von der physikalischen Ausdehnung der Ozeane in Folge der Erderwärmung, zum anderen vom Volumen der Schmelzwasser bestimmt. Überdurchschnittlich schnell erwärmt sich gegenwärtig die Arktis. Das hat dramatische Folgen für die gesamte Erde, denn wenn die landgestützten Eismassen von Grönland schmelzen und dadurch zusätzlich die Oberfläche des Eispanzers tieferen und wärmeren Luftschichten ausgesetzt wird, könnte es geschehen, dass sich der Prozess irgendwann selbst verstärkt und Tausende, wenn nicht Zehntausende von Jahren nicht mehr umgekehrt werden kann. Möglicherweise wurde dieser Schwellenwert bereits erreicht, oder es steht kurz davor, dass der unaufhaltsame Prozess in Gang gesetzt wird.



"Bollwerk" gegen die Flut ... aus Sandsäcken errichtete Mauer, Kiribati, 29. März 2009, Foto: Jodie Gatfield/AusAID, CC BY 2.0, via Wikimedia Commons

Grönland, das den größten Anteil am gegenwärtigen Meeresspiegelanstieg hat, wird von der Forschung inzwischen intensiv beobachtet. Mit überraschenden Ergebnissen. Jahr für Jahr werden zuvor unerkannte oder in ihrer Folgeschwere unterschätzte Phänomene entdeckt, die darauf hindeuten, dass der kilometerdicke Eisschild instabiler ist als angenommen. Bereits im Dezember 2018 berichtete ein Forschungsteam im Journal "Nature", dass das Grönlandeis "jenseits der normalen Messwerte" schmilzt. Die Eisschmelze sei "beispiellos". Habe die Menge an abfließendem Schmelzwasser im vergangenen Jahrhundert um etwa ein Drittel über dem Wert der vorindustriellen Zeit gelegen, sei man in diesem Jahrhundert bereits bei einem 50 Prozent größeren Schmelzwasservolumen angelangt. Als Hauptursache des Trends gelten die höheren Temperaturen im Sommer.

Diese Alarmmeldung ist erst vier Jahre alt, doch schon wurden die Rekordwerte nochmals übertroffen. Im vergangenen Jahr erlebte Grönland eine bis dahin nie dagewesene Hitzewelle. Am 28. Juli wurde an der ostgrönländischen Wetterstation Nerlerit eine neue Höchsttemperatur von 23,4 Grad Celsius registriert. 60 Prozent der Oberfläche des Eisschildes waren angeschmolzen.

An der Schichtstruktur von Eisbohrkernen aus eben dieser Region lässt sich ablesen, dass in den letzten 2000 Jahren nur neun solcher großflächigen Schmelzereignisse aufgetreten waren, drei davon in der zurückliegenden Dekade (2012, 2019, 2021). Am höchsten Punkt des 3216 Meter mächtigen Eispanzers hat es sogar geregnet, ein Phänomen, das die dort arbeitenden Forscherinnen und Forscher noch nie zuvor beobachtet hatten. Tatsächlich hat es dort seit Beginn der Wetteraufzeichnungen noch nie geregnet. Niederschlag kam immer nur als Schnee herunter. Inzwischen hat der Eisschild Grönlands 25 Jahre in Folge mehr Masse verloren, als durch Niederschläge hinzugekommen ist.



*Fünf bis zehn Meter breite Flüsse auf Grönland, 21. Juli 2012
Foto: M. Tedesco/CCNY, NASA ICE, CC BY 2.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>] via Flickr.*

Im vergangenen Jahr war Grönland ungewöhnlich warmen Luftmassen, sogenannten atmosphärischen Flüssen, ausgesetzt. In gi-

gantischen Sturzbächen schoss das Schmelzwasser durch Spalten, Risse und Löcher, grub sich Tunnel bis zum Untergrund und

hat diesen ausgekolkt. Die normalerweise mit dem gefrorenen Untergrund verbackene Gletscherbasis wurde angelöst. Messungen am Grund des westgrönländischen Jakobshavn-Gletschers haben ergeben, dass die herabstürzenden Schmelzwasser eine 100 mal höhere Aufschlagsenergie erzeugen als vermutet. Was bedeutete, dass der Gletscher am Boden ähnlich viel Schmelzwasser wie auf seiner Oberfläche verloren hat.

In den bisherigen Klimamodellen könnte diese subglaziale Schmelzrate erheblich unterschätzt worden sein, berichtete im Februar dieses Jahres eine Forschungsgruppe um Poul Christoffersen von der englischen University of Cambridge in den "Proceedings" der US-Nationalen Akademie der Wissenschaften ("PNAS"). Die ermittelte Schmelzrate sei "völlig beispiellos", hieß es. Aufgrund der globalen Erwärmung und der Gletscherschmelze könne sich die Energiemenge durch das herabfallende Wasser noch vervielfachen, warnt die Forschungsgruppe.

Wieder dieses Wort "beispiellos" bei der Schilderung von Klimaänderungen. Und selbst das ist nicht mehr der aktuelle Stand der Beobachtungen. Die grönländischen Küstengletscher, die nicht mit dem Eisschild verbunden sind, unterliegen einer noch schnelleren Schmelzrate. Die über 20.000 "peripheren Gletscher", wie sie genannt werden, die rund vier Prozent der Fläche Grönlands einnehmen, haben einen Anteil von elf Prozent am Schmelzwasser der Insel. Das meldete Mitte Juni 2022 ein internationales Forschungsteam unter anderem vom National Geologi-

cal Survey of Denmark and Greenland (GEUS). Gehen aber die peripheren Gletscher verloren, verändert sich die Albedo. Wo zuvor die hellen Flächen mit Eis und Schnee das Sonnenlicht reflektiert haben, wird dieses nun vom dunklen, felsigen Untergrund absorbiert. Das beschleunigt die Gletscherschmelze.

Der in den letzten Jahrzehnten registrierte Meeresspiegelanstieg bewegt sich auf dem Niveau der jeweiligen Worst-case-Szenarien, wie sie der Weltklimarat (IPCC) alle fünf bis sieben Jahre in seinen Sachstandsberichten veröffentlicht hat. Man kann also annehmen, dass auch in Zukunft die dramatischsten Werte, für die bis dahin eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit angenommen wurde, zum neuen Mittelwert werden.

Müssen die jüngsten Beobachtungsdaten zur Eisschmelze von Grönland - oder auch zum beschleunigten Auftauen der methanreichen Permafrostböden Sibiriens und der wachsenden Fließgeschwindigkeit der antarktischen Gletscher, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll - in den Ohren der Bewohnerinnen und Bewohner des pazifischen Kontinents nicht wie Kriegsmeldungen klingen? Denn die Gewissheit wächst, dass viele Menschen ihre Heimat in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts verlieren, vielleicht sogar eher.

Die Marshallinseln liegen nördlich des Äquators und bestehen aus mehr als 1100 Inseln die sich auf 29 Atolle verteilen. Die Bevölkerungszahl liegt bei 59.000. In dem Weltbankreport "Mapping



Die Klimaaktivistin und Poetin Kathy Jetnil-Kijiner von den Marshallinseln hält eine Rede auf einer Klimademonstration während der COP23 in Bonn.

Foto: © 2017 by Schattenblick

the Marshall Islands" vom Oktober 2021 wird festgestellt, dass die Marshallinseln zu den ersten gehören, die ihren Nationenstatus verlieren werden. Im Jahr 2050 würden voraussichtlich bis zu 96 Prozent der Hauptstadt Majuro überschwemmt, fast die Hälfte aller Gebäude seien dem Untergang geweiht.

Einmal angenommen, die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland wüssten mit unerschütterlicher Gewissheit, dass ihr Staat in drei Jahrzehnten zu existieren aufhörte. Und sie wüssten ebenfalls, dass die Ignoranz anderer Staaten verantwortlich für die existentielle Bedrohung ist. Wie verhielten sich dann die Menschen, denen von kleinauf vermittelt worden war, dass es keine Alternative zur Ordnung der menschlichen Gesellschaft in

Nationalstaaten gibt? Wären sie bereit, weiterhin den Anordnungen der staatlichen Repräsentanten Folge zu leisten oder würden sie die Staatlichkeit in Frage stellen? Wären nicht Unruhen eine naheliegende Folge?

Wenn aber ein Staat in seiner Existenz bedroht ist, hat er dann nicht das Recht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihm notwendig erscheinen, um sich zu schützen? Das fragen die Philosophen Kyle Fruh (Duke Kunshan University, China) und Marcus Hedahl (US Naval Academy) in "The Southern Journal of Philosophy" (September 2019), und sie beantworten diese Frage mit Ja. Dabei berufen sie sich auf die Rechtsauffassung vom "gerechten Krieg", um zu begründen, dass die vom Meeresspiegelanstieg bedrohten Staaten das Recht ableiten dürften, "einseitig" schnell wirksame Maßnahmen des Geoengineerings zu ergreifen. Obgleich international umstritten wäre das ein Akt "der gerechten Selbstverteidigung gegen eine ungerechtfertigte,

wenn auch unbeabsichtigte Aggression".

Zu den schnell wirksamen Maßnahmen des Geoengineerings zählen Vorhaben, die unter dem Titel Solar Radiation Management (SRM) zusammengefasst werden. Eines dieser Konzepte sieht vor, dass regelmäßig große Mengen an Schwefelpartikeln in der Stratosphäre versprüht werden. Diese würden dann das Sonnenlicht reflektieren, noch bevor es die Erdoberfläche erreicht. Vergleichbar mit Schwefelpartikeln, die schon mal bei Vulkanausbrüchen - wie beispielsweise beim Ausbruch des philippinischen Pinatubo 1991 - bis in die Stratosphäre gelangen können und die Einstrahlung verringern.

So eine Abschattung der Erde würde nicht nur die globale Durchschnittstemperatur senken, sondern auch massive Kollateralschäden erzeugen. Beispielsweise könnte das Monsunsystem gestört werden, mit der Folge, dass in Teilen Asiens die Niederschlagsmengen abnehmen und daraufhin geringere Ernten eingefahren werden. Wirtschaftliche Verluste bis hin zu Hungersnöten wären die wahrscheinlichen Folgen. Das Konfliktpotential einseitig ergriffenen Geoengineerings wäre also gewaltig. Aus solchen Gründen führen Menschen Kriege.

Das wissen auch Fruh und He Dahl. Wenn sie dennoch davon sprechen, dass sich die flachen Inselstaaten auf das Recht des "gerechten Kriegs" berufen dürfen, um sich vor dem Untergang zu schützen, zeigt - jenseits der womöglich abstrakt wirkenden naturwissenschaftlichen Beobach-

tungsdaten -, das Ausmaß der Not, in der sich die Marshallinseln und andere Staaten des Blauen Kontinents befinden.

Deren Regierungen jedenfalls lassen keinen Zweifel daran aufkommen. Stellvertretend sei hier aus der Rede von Inia Batikoto Seruiratu, Minister für Verteidigung, Nationale Sicherheit und Polizeiwesen, auf dem 19. Regionalen Sicherheitsgipfel des Shangri-La-Dialogs am 12. Juni 2022 in Singapur zitiert:

"In Fidschi sind wir nicht durch geopolitische Konkurrenz bedroht. Auf unserem blau-pazifischen Kontinent gelten Maschinengewehre, Kampffjets, graue Schiffe und grüne Bataillone nicht als unsere primäre Sicherheits Sorge. Die größte Einzelgefahr für unsere Existenz ist der Klimawandel. Er bedroht unsere Hoffnungen und Träume vom Wohlstand. Vom Menschen ver-

ursacher, verheerender Klimawandel."

Eine zivilgesellschaftliche Klimaschutzbewegung, die auch nur annähernd so radikal wäre, wie die Gegenseite an Radikalität aufbringt und die Lebensvoraussetzungen im Pazifikraum zerstört, so dass Hunderttausende Menschen zu Flüchtlingen werden, hat sich bislang nicht entwickelt. Die Pacific Climate Warriors beispielsweise bemühen sich zwar, das Thema Klimawandel und Bedrohung der Existenz der pazifischen Inselstaaten auf internationalen Konferenzen, wie sie Jahr für Jahr im UN-Verhandlungsprozess veranstaltet werden, anzusprechen, aber Appelle sind stets nur so wirksam, wie die Adressaten bereit sind, sie zu befolgen. Es mangelt nicht an Informationen über die Klimawandelfolgen, sondern an der Bereitschaft, etwas dagegen zu unternehmen.

U M W E L T / I n t e r n a t i o n a l e s

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Chile

Opferzonen. Gewinnmaximierung um jeden Preis

von Veronica Rossa

Viele Bewohner*innen der Region Quintero-Puchuncaví empfinden Resignation. Doch nicht alle wollen die Vergiftung von Mensch und Umwelt tatenlos hinnehmen.

(Santiago de Chile, 20. Juni 2022, poonal) - Rauchende Schlote, riesige Fabriken, dunkle Abgaswolken, Kohlestücke werden immer wieder mit den Wellen an den Strand gespült: Die Region Quin-

tero-Puchuncaví etwa zwei Autostunden von der chilenischen Hauptstadt Santiago entfernt, ist eine sogenannte Zona de Sacrificio, eine Opferzone. Rund um den Industriehafen Ventanas haben sich verschiedene Unternehmen der Schwerindustrie angesiedelt.

Laut Enrique Aliste [1], Professor für Geographie an der Universidad de Chile, bezeichnet der Begriff Zona de Sacrificio ein Gebiet, das für wirtschaftliches Wachstum geschaffen wurde - ungeachtet sämtlicher Umweltschäden. In fünf Regionen Chiles finden sich solche Landstriche, wo die Natur der Industrie überlassen wird. Die entstehenden Schäden werden für das wirtschaftliche Wachstum des Landes in Kauf genommen. "Am allerstärksten leidet die Gesundheit der Menschen. Und auch die Gesundheit der Flora und Fauna, die Schäden für das Ökosystem, sind schrecklich", sagt María Teresa Almarza mit Nachdruck. Mit den Mujeres de Zonas de Sacrificio en Resistencia [2], einer aktivistischen Frauengruppe in Puchuncaví, setzt sie sich gegen die Ausbeutung der Natur und die Umweltverschmutzung ein. Manche Schadstofffaktoren wie Arsen seien seit Jahren in der Region vorhanden, so Almarza, sowie unterschiedliche chemische Stoffe und Schwermetalle aus dem gesamten Periodensystem.

Wirtschaftswachstum auf Kosten von Gesundheit und Natur

2018 wurde die gesundheitliche Belastung der Bewohner*innen rund um Quintero besonders deutlich. Nach dem Austreten gif-



Raffinerie und Schmelzbetrieb in Las Ventana

Foto: Rodrigo Fernández, CC BY-SA 4.0

*[<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>],
via Wikimedia Commons*

tiger Gase mussten hunderte Menschen im Krankenhaus behandelt werden, zeigten Vergiftungserscheinungen wie Schwindel, Kopfschmerzen, Erbrechen. Die Betroffenen fühlen sich oft machtlos. María Teresa Almarza will sich jedoch nicht ergeben: Mit Veranstaltungen, Informationen und politischer Arbeit wollen die Mujeres de Zonas de Sacrificio in der Region etwas verändern. Dabei stoßen sie jedoch an viele Grenzen. María Teresa erklärt: "Hier hat sich eine Art Subsystem innerhalb des Landes gebildet, in dem das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit

und das Recht, in einer umweltfreundlichen Umgebung zu leben, nicht respektiert werden. Man kann sagen, dass es sich um ein Gebiet handelt, das einiger fundamentaler Rechte beraubt ist". Geographie-Professor Aliste, der sich in seiner Forschung seit vielen Jahren mit den Industrieregionen und deren Auswirkungen beschäftigt, stimmt der Umweltaktivistin darin zu, dass die Unternehmen eine große Macht besitzen und betont, dass sich diese Situation im ganzen Land wiederholt: "und zwar überall dort, wo die Natur in irgendeiner Weise geschädigt wird." Im Norden

kam es etwa zu einer Zunahme von Krebserkrankungen im Zusammenhang mit einer Mülldeponie mit Bergen von Unrat, in denen sich bleihaltiges Material ansammelte. Auch in diesem Fall wurden die Rechte der Menschen nicht gewahrt.

Machtlos gegen die Industrie

Die industrielle Konzentration hat enorme Auswirkungen auf Menschen und Umwelt. Viele Bewohner*innen haben sich mit der Situation jedoch abgefunden, erzählt María Teresa. Andere leugnen die Kontamination oder wollen nicht mehr über das Thema sprechen, die Aktivistin bezeichnet es sogar als "gesellschaftliches Tabu". Ein Gefühl der Machtlosigkeit hält viele Menschen davon ab, sich gegen die Vergehen der Unternehmen zu engagieren. Für viele sind die industriellen Ansiedlungen zudem der Arbeitsplatz und somit ihre Existenzgrundlage. Professor Aliste weiß, dass daraus eine sehr komplexe Dynamik entsteht. Die Menschen kommen wegen der Arbeit - eben diese Arbeit führt aber im Laufe der Zeit zu einer enormen Verschlechterung der Umweltqualität. Ein Teufelskreis. Und Konsequenzen für die Umweltvergehen müssen die Unternehmen nicht unbedingt fürchten, denn die Klagen der Bewohner*innen werden nicht gehört, selbst wenn Regeln zur Reinhaltung von Luft und Wasser nicht beachtet werden. "Tendenziell wird zugunsten des Unternehmens entschieden, oder die Unternehmen haben günstige Bedingungen", sagt Professor Aliste. Nicht nur öffentliche, sondern

auch private Unternehmen werden gegenüber der Bevölkerung bevorzugt. Öffentliche Unternehmen haben noch einige zusätzliche Privilegien, etwa in Bezug auf Emissionsstandards. Für das nationale Kupferunternehmen CODELCO gelten beispielsweise etwas höhere Emissionsgrenzen, so der Experte. Und: "Die wenigen existierenden Normen sind durchlässig", ergänzt María Teresa.

Doppelte Belastung in der Pandemie

Die gesundheitliche Belastung der Bewohner*innen der Region Quintero-Puchuncaví ist seit Jahren hoch. Zu Beginn der Corona-Pandemie war die Sorge vor einer erneuten Katastrophe somit groß, erzählt María Teresa. "Denn - stellen Sie sich vor - wir atmen hier bereits jeden Tag schmutzige Luft mit Feinstaub, in dem schwere Mineralien verteilt sind. Deswegen sind unsere Atemwege durch diese Verschmutzung anfälliger als die der restlichen Bevölkerung."

Wie durch ein Wunder wurde die Region vor einer schlimmeren Katastrophe jedoch bewahrt, die Auswirkungen der Pandemie waren trotz der doppelten Belastung nicht höher als im Rest des Landes. "Aber es hätte zu einer Katastrophe führen können." María Teresa will sich dieser Situation nicht länger aussetzen. Sie hofft darauf, dass die neue Verfassung, die gerade in Chile ausgearbeitet wird, ihre Situation verbessert. Auch Enrique Aliste hofft auf eine Veränderung und möchte sich dafür auch mit seiner Universität und seiner Forschung einsetzen.

Auch wenn die Zonas de sacrificio eine große politische Herausforderung sind, ist ihm klar, dass sich in den Regionen etwas verändern muss.

Ein onda-Beitrag zum Anhören zu diesem wichtigen Thema ist zu finden unter:

<https://www.npla.de/thema/arbeitsgesundheit/doppelte-opfer-zonas-de-sacrificio-in-zeiten-der-pandemie/>

Anmerkungen:

[1] <http://www.fau.uchile.cl/facultad/estructura/cuerpo-academico/geografia/enrique-aliste-almuna>

[2] <https://twitter.com/muzosare>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/allgemein/opferzonen-gewinnmaximierung-um-jeden-preis/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

Ein Unkraut ...

(SB) 27. Juni 2022 - Wer kennt es nicht, das Gänseblümchen? Überall auf Rasenflächen, in Parkanlagen, auf Weiden oder an Bahndämmen wächst diese kleine Blume in großer Zahl. Bis heute pflücken viele Kinder Gänseblümchensträuße oder flechten Blumenkränze aus ihnen. Auch das Orakel-Spiel "Liebt-mich-liebt-mich-nicht" dürfte weithin bekannt sein. Dieses kleine Blümchen birgt eine Reihe ungeahnter Fähigkeiten, von denen viele Menschen, ob alt oder jung, oft nur wenig wissen. Im Folgenden bemühen wir uns, das zu ändern.

Gänseblümchen lässt sich nicht unterkriegen

Dem einen oder anderen ist sicherlich schon einmal aufgefallen, dass die Gänseblümchen bereits kurz nach dem Rasenmähen die Grünfläche wieder bevölkern. Betrachten wir diese mehrjährige Pflanze etwas genauer: Unterirdisch befindet sich das Rhizom, der Wurzelteil, in dem die Nährstoffe gespeichert werden. Von ihm gehen viele feine Wurzelhaare aus, die in alle Richtungen in den Erdboden wachsen. Oberirdisch ist eine Blattrosette angelegt, deren Blätter von März bis November grünen.

Dort werden immer wieder neue Blüten gebildet, so dass nicht eine einzelne Gänseblumenblüte aus einer Pflanze hervorgeht,



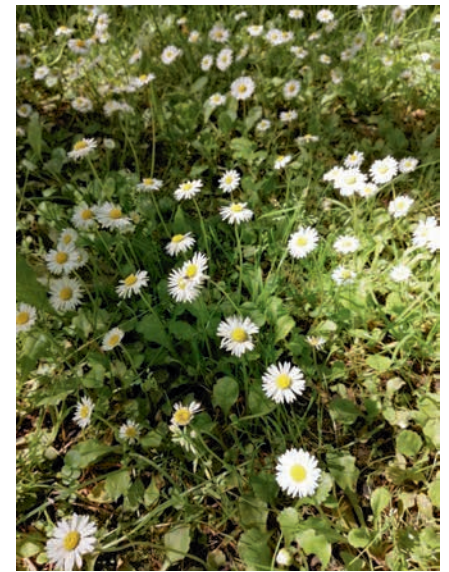
Gänseblümchen mit Wurzel und Blüte

Grafik: © 2022, by Schattenblick

sondern mehrere, und zwar in verschiedenen Wachstumsstadien. Es gibt voll aufgeblühte, noch kleine geschlossene, halbhohe Blüten oder winzige Knospen. Wenn nun der Rasenmäher darüberfährt, erwischen die Messer die dicht und flach am Boden wachsenden Blattrosetten nicht. So können die bereits angelegten Blüten rasch heranwachsen.

Auch scheint es dem Gänseblümchen kaum etwas auszumachen, wenn es von Menschen oder Vieh getreten wird. Es richtet sich einfach wieder auf. Wie das angehen kann? Eine mögliche Erklärung wäre folgende: Der kurze, dünne und behaarte Stängel hat einen besonderen Aufbau. Die Außenwände sind etwas fester, innen verlaufen lange, dünne Pflanzenfasern. Tritt nun Mensch oder Tier auf das Blümchen, so verhindert die star-

ke Außenwand des Stängels ein vollständiges Abknicken und die langen, biegsamen Fasern im Inneren ermöglichen sein Wiederaufrichten, also ein Zurückbiegen.

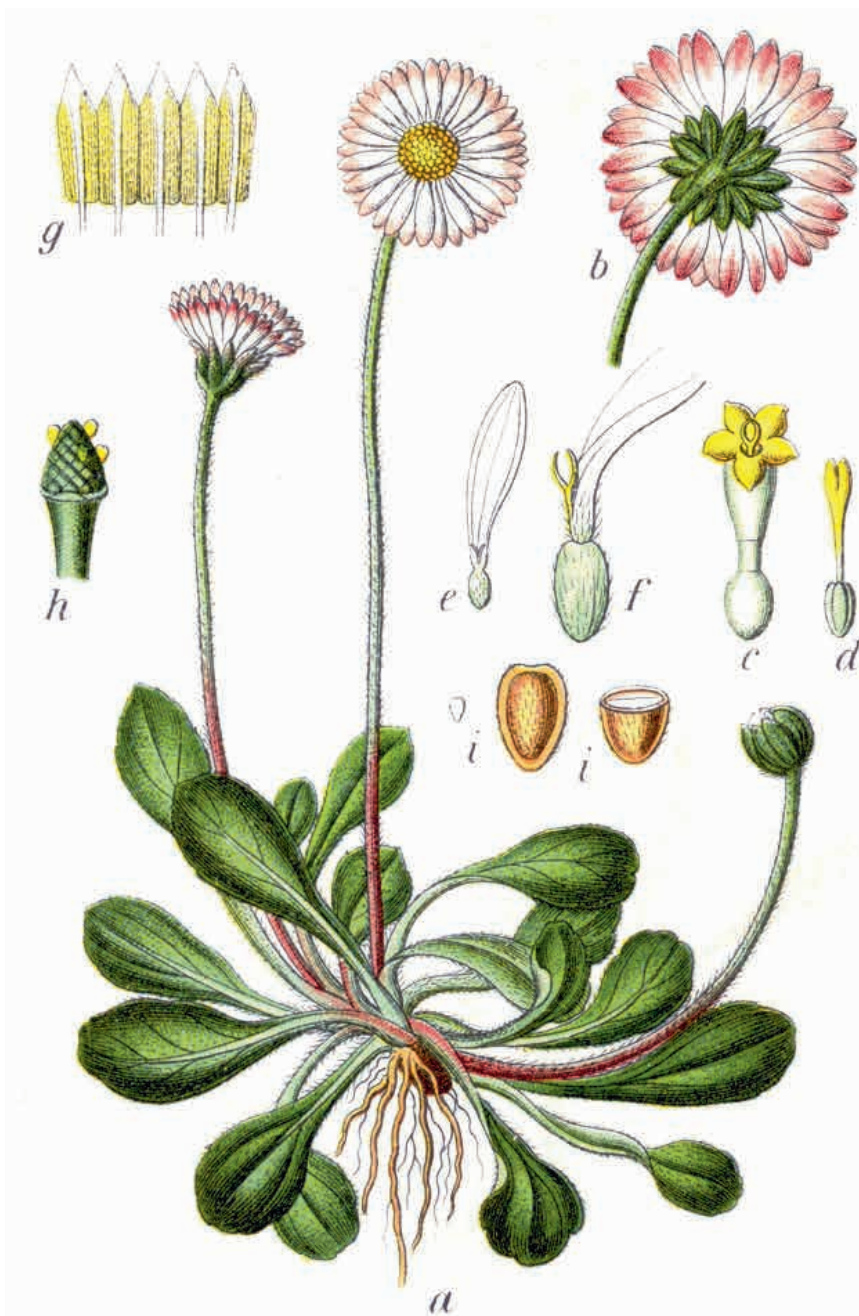


Gänseblümchenwiese

Foto: © 2022, by Schattenblick

Die Blüte, die eigentlich keine ist

Sprechen wir eben noch von den Gänseblümchenblüten, so müssen wir doch noch etwas genauer werden, denn die weißen Blätter mit dem gelben Zentrum bilden lediglich eine Scheinblüte. Die eigentlichen Blüten sind die winzigen, dicht gepackten gelben Röhrenblüten, ungefähr 100 an der Zahl, inmitten des weißen Kranzes aus Zungenblüten. Sie werden auf ihrer Unterseite von den grünen Hüllblättern zusammengefasst und -gehalten und sind mit dem Stängel verbunden.



Grafik: 1796 by Johann Georg Sturm (Painter: Jacob Sturm),
Public domain, via Wikimedia Common

Das Gänseblümchen-Köpfchen birgt eine Reihe von Stoffen in sich, die diesem kleinen Blümchen schon sehr früh den Ruf als Heilpflanze einbrachten.

Gänseblümchen als Heilpflanze

Schon vor vielen Jahrhunderten wussten Heilkundige von den

Wirkungen und Anwendungen verschiedener Kräuter und Pflanzen, so auch jene vom Gänseblümchen. Bereits 1543 wird es als Heilpflanze in dem Kräuterbuch von Leonhard Fuchs erwähnt. Es galt als Wundheilmittel. Kräuterkundige nutzten diese kleine Pflanze, um Fieber zu senken, es bei Leberentzündungen einzusetzen und es sollte überhaupt schmerzlindernd wir-

ken. Heute beschäftigen sich viele Menschen mit alternativen Heilmethoden und da nimmt das Gänseblümchen einen bedeutenden Platz ein. Es findet vielseitige Anwendungen, denn es wirkt entzündungshemmend, schmerz- und juckreizstillend und soll den Stoffwechsel anregen. Um die möglichen Heilwirkungen wissenschaftlich zu überprüfen, wurde das Gänseblümchen auf seine Inhaltsstoffe hin untersucht. Es enthält Saponine, Gerb- und Bitterstoffe, Flavonoide und Schleimstoffe, ebenso organische Säuren und eine geringe Menge an ätherischen Ölen, sowie Vitamin C. Einige dieser Stoffe könnten für die Heilwirkungen verantwortlich sein. Zum Beispiel Saponine. In geringen Dosen wirken sie entzündungshemmend, harntreibend und auch schleimlösend. Ganz besonders gut kann das Gänseblümchen bei der Behandlung von Hauterkrankungen eingesetzt werden, beispielsweise bei Ekzemen, Akne, Milchschorf oder auch bei Insektenstichen. Durch die schleimlösenden Eigenschaften des Gänseblümchens eignet es sich besonders gut als Mittel gegen festsitzenden Husten. Für die verschiedenen Anwendungen wird Gänseblümchen-Öl oder -Honig bereitet, es werden Umschläge angefertigt, um Hautleiden zu lindern. Viele pflücken die Blümchen, trocknen sie und bereiten sich einen wohl-schmeckenden Tee daraus. Doch bevor ihr selbst einen Tee, ein Öl, einen Umschlag oder ähnliches anfertigt, solltet ihr euch bei einem Kräuterkundigen, in einem Reformhaus oder in einer Apotheke informieren, wie eine bestimmte gewünschte Anwendung zubereitet wird, denn auch hier

kommt es auf Sorgfalt und geeignete Mengen an.

Gänseblümchen zum Essen

Gänseblümchen kann man essen. Die Blütenköpfchen sollen nicht nur lecker schmecken, sie sind auch reich an Vitaminen, wie Vitamin A und C und sie enthalten Mineralstoffe, z.B. Eisen, Kalium, Calcium und Magnesium. Es heißt, sie unterstützen unsere Abwehr und unser Immunsystem. Die kleinen Knospen

können sauer eingelegt werden und als Kapern-Ersatz benutzt werden, die jungen grünen Blättchen schmecken gut im Salat, in den auch die Blüten hineingemischt werden können. Gänseblümchensuppe oder -honig zubereiten, oder die Blüten als Dekoration auf Käse oder Gemüse hinzugeben, oder sie einfach aufs Butterbrot legen, sind nur einige Möglichkeiten des Verzehr. Ebenso möglich ist das Aufgießen eines bekömmlichen Tees aus frischen oder getrockneten Blüten und Blättern. Das Gänseblümchen erweist sich damit als

vielseitig nutzbare Pflanze, die in unseren Breitengraden reichlich wächst.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

https://www.pflanzen-deutschland.de/Bellis_perennis.html
<https://www.gartennatur.com/gaensebluemchen#gaensebluemchenwuchs>

<https://www.youtube.com/watch?v=8Kw1AXdPdo8>
<https://www.kraeuter-buch.de/glossar/saponine-272.html>

Giuseppe Garibaldi, Kämpfer für die Einheit Italiens, starb am 2. Juni 1882

***Verehrt von Männern und angebetet von Frauen,
die Locken seines Haares wie Reliquien aufbewahrten***

**Giuseppe Garibaldi, der die nationale Einheit Italiens erkämpfte,
verstarb vor 140 Jahren nach einem wahrhaft kampferfüllten Leben**

von Gerhard Feldbauer, 26. Mai 2022

Es gibt in Italien kaum eine Gemeinde, in der nicht eine Straße oder ein Platz nach Giuseppe Garibaldi benannt ist, und an seinem Todestag, dem 2. Juni, versammeln sich die Menschen an diesen Gedenkstätten, um seiner als dem eigentlichen Gestalter der Einheit Italiens 1861/1870 zu gedenken. Dieses Jahr werden es mehr als gewöhnlich sein, denn es ist sein 140. Todestag. Er verstarb am 2. Juni 1882 kurz vor seinem 75. Geburtstag auf der Insel Caprera.

Der 4. Juli bietet Anlass, an seinen 215. Geburtstag zu erinnern.

Ein wahrhaft kampferfülltes Leben ging zu Ende. In allen Schlachten handelte er nach den Worten des großen französischen Revolutionärs Danton: "de l'audace, de l'audace, encor de l'audace!" (Kühnheit, Kühnheit und nochmals Kühnheit). In Nizza als Sohn eines Kapitäns der Handelsmarine geboren, fuhr Garibaldi selbst zur See und erwarb ein Ka-

pitänspatent. Bereits in jungen Jahren kam er mit den Saint Simonisten in Berührung und trat 1833 dem von Giuseppe Mazzini gegründeten Geheimbund Giovine Italia (Junges Italien) bei. Er ging zur Piemontesischen Kriegsmarine, um Gleichgesinnte für einen Aufstand zu werben. Als dieser 1834 ausbrach, nahm er daran in Genua teil. Nach dem Scheitern floh er nach Frankreich und wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt.



*Das Geburtshaus des italienischen Freiheitskämpfers Giuseppe Garibaldi in Nizza - Gemälde von Howard Blackett
Abb.: Howard Blackett, Public domain, via Wikimedia Commons*

Legendärer Freiheitsheld Südamerikas

1835 ging er nach Südamerika, wo er von nun an 13 Jahre an der Spitze von Freischärlern für die



*Garibaldi in Neapel im Jahr 1861
Foto: In album: Cartes-de-visite portraits of U.S. Army officers, children, and others, p. 15, right., Public domain, via Wikimedia Commons*

Unabhängigkeit der Republik Rio Grande do Sul und später Santa Catarina und Uruguay kämpfte. Bereits in diesen Jahren drang sein Ruf als selbstloser, unerschrockener, oft auch tollkühner Freiheitskämpfer über Länder- und Kontinent-Grenzen. 1843 formierte er die italienische Legion, die an der Verteidigung Montevideos gegen die argentinische Intervention teilnahm. Ihre Mitglieder trugen rote Hemden, die später auch in Italien zum symbolischen Kleidungsstück der Garibaldiner wurden. [1]

Nach seiner Rückkehr bei Liberalen wenig willkommen

Nach Erhalt der Nachrichten über den Ausbruch der Revolution im Januar 1848 kehrte Garibaldi mit etwa 60 Kampfgefährten seiner italienischen Legion von Montevideo aus mit dem Schiff "Speranza" nach Italien zurück. Nach der Ankunft in Genua begab er sich nach Turin und bot der piemontesischen Regierung seine

Dienste an. Er war wenig willkommen. Die Liberalen fürchteten, er würde nur die Fraktion der revolutionären Demokraten stärken. Immerhin kam das Kriegsministerium in Turin nicht umhin, ihm zu erlauben, Freiwillige anzuwerben. Ihre Ausrüstung und ihren Unterhalt musste er jedoch selbst bestreiten. Sein Freiwilligenkorps, das bald 2.000 Mann erreichte, nahm an verschiedenen Gefechten in den Alpen teil. Garibaldi verstand es, rasch auch überlegene Kräfte anzugreifen und sich schnell wieder vom Gegner zu lösen. Der legendäre Freiheitsheld Südamerikas stand schon bald im Ruf eines Guerillaführers von ungewöhnlichem Format.

General der Befreiungskriege

Zusammen mit Giuseppe Mazzini wurde er Führer des revolutionär-demokratischen Flügels der nationalen Bewegung und General der Befreiungskriege. Er prägte von nun an entscheidend die revolutionären Erhebungen des Risorgimento und wurde der unumstrittene Volks- und Nationalheld dieser Epoche, eine herausragende Persönlichkeit, wie sie kaum eine andere Revolution des 19. Jahrhunderts hervorgebracht. Zeitgenossen schilderten ihn als eine faszinierende Gestalt, mit den Zügen eines Messias, von unbeugsamen Stolz und voller Leidenschaft für die revolutionäre Sache seiner Zeit, als einen Mann, der sein Leben lang durch Beispiel und Überzeugung begeistern konnte, der verehrt wurde von Männern und angebetet von Frauen, die Locken seines Haars wie Reliquien aufbewahrten. Benedetto Croce schrieb über ihn und

Mazzini: Sie "entflammten die Herzen und zeigten den unterdrückten Nationen die Wege". [2]



*Giuseppe Mazzini (1805-1872)
Foto: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons*

Lenin zollte ihm "höchste Achtung"

Lenin hielt zu Garibaldi fest: "Man kann nicht Marxist sein, ohne höchste Achtung vor den großen bürgerlichen Revolutionären zu empfinden, deren weltgeschichtliches Recht es war, im Namen der bürgerlichen 'Vaterländer' zu sprechen, die im Kampf gegen den Feudalismus Millionen und Abermillionen Menschen neuer Nationen zum zivilisierten Dasein erhoben haben". [3]

Die revolutionären Erhebungen hatten im Januar 1848 mit Volksaufständen in Mailand, auf Sizilien und in Neapel begonnen, wo Ferdinand II. gezwungen wurde, einer Verfassung zuzustimmen. Ähnliche Zugeständnisse erkämpften die Volksmassen in der Toskana und im Königreich Sardinien-Piemont. Der Wiener Märzrevolution folgten Erhebun-

gen in ganz Norditalien. General Radetzky wurde aus Mailand vertrieben, Piemont zum Krieg gegen Österreich gezwungen.

Engels: Die "Feigheit des piemontesischen Königtums"

Aus Angst, der sichere Sieg würde die Volksmassen und den radikal-demokratischen Flügel der nationalen Bewegung stärken, die kompromissbereite liberale Bourgeoisie dagegen schwächen, ließ sich König Alberto lieber schlagen und schloss schließlich einen Waffenstillstand. [4]

nären Mitteln zu greifen, es wäre nichts verloren. Aber die italienische Unabhängigkeit geht verloren nicht an der Unbesiegbarkeit der österreichischen Waffen, sondern an der Feigheit des piemontesischen Königtums", schrieb Friedrich Engels am 1. April 1849 in der "Neuen Rheinischen Zeitung".

"zum Dolch des Marcus Brutus gegriffen"

Als in Rom im November 1848 Nachrichten über einen reaktionären Staatsstreich kursierten,



*Garibaldi verwundet in der Schlacht am Aspromonte - 29. August 1862
Abbildung: Gerolamo Induno, Public domain, via Wikimedia Commons*

Der erneute revolutionäre Aufschwung, den die Ausrufung der Römischen Republik im Januar 1849 auslöste, zwang Alberto zu einem nochmaligen Waffengang mit Österreich. Er lehnte es wiederum ab, das Volk zu mobilisieren, nahm am 23. März bei Novara erneut eine Niederlage hin und floh danach ins Ausland. Hätte Piemont "den Mut, zu revolutio-

wurde der reaktionäre Innenminister des Papstes, Pellegrino Rossi, am 15. November Opfer eines im Stile eines Tyrannenmordes durchgeführten Anschlages. In der Vorhalle seines Amtssitzes im Palazzo della Cancelleria umringten ihn mehrere junge Leute in Uniformen des päpstlichen Korps, das am Befreiungskrieg gegen Österreich teilgenommen

hatte, und brachten ihm mit Dolchen die tödlichen Stiche bei. Garibaldi schrieb später, "ein junger Römer hat zum Dolch des Marcus Brutus gegriffen." [5]

Der Anschlag gab das Signal zum Aufstand. Eine große Menschenmenge begab sich am 16. November zum Quirinalspalast [6], verlangte, eine provisorische Regierung zu bilden und eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Pius IX. lehnte ab und ließ seine Truppen gegen die Menge vorgehen. Die Demonstranten vertrieben die päpstlichen Einheiten. In der Nacht zum 24. November floh Pius IX. mit seinen Kardinälen nach der neapolitanischen Festung Gaeta. Am 30. Januar 1849 traf der in Florenz gestürzte Großherzog Leopold II. bei ihm ein. Zu ihnen gesellte sich Ferdinand II. Gaeta wurde zum Zentrum der Konterrevolution gegen die Römische Republik.



Das Triumvirat der Römischen Republik von 1849, bestehend aus Carlo Armellini, Giuseppe Mazzini und Aurelio Saffi (von links nach rechts)
Abbildung: Pramzan, CC BY-SA 3.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>], via Wikimedia Commons

Die Römische Republik

Mit der Wahl einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung am 21. Januar 1849 in Rom, die am 8. Februar die Republik ausrief und die weltliche Herrschaft des Papstes aufhob, erreichte die italienische Revolution ihren vorläufigen Höhepunkt. Das Parlament, in dem neben den revolutionären Demokraten mit Mazzini und Garibaldi an der Spitze die Handels- und Industriebourgeoisie starken Einfluss hatte, nationalisierte den Kirchenbesitz und übergab ihn gegen rückzahlbare Staatsanleihen an landlose und landarme Bauern in Erbpacht, beseitigte die kirchliche Gerichtsbarkeit, erklärte die Unabhängigkeit der Schule von bischöflicher Intervention und dekretierte die progressive Besteuerung.

Alle Hoffnungen ruhten nun auf Rom. Am 12. Dezember 1848 traf Garibaldi mit 1.260 Mann seines Freikorps in der Hauptstadt der Revolution ein. Das Militärkomitee übertrug ihm das Kommando über eine Division der Streitkräfte der Römischen Republik. Die Reaktion machte von allen Seiten mobil. Die französische Bourgeoisie, deren Macht seit Dezember 1848 Louis Napoléon verkörperte, war ein Gegner der Römischen Republik und der Einheit Italiens sowie ein Verbündeter des Papstes. Am 25. April traf eine französische Flotte mit 17 Kriegsschiffen und einem Landekorps von 7.000 Mann unter General Charles Oudinot in Civitavecchia nördlich von Rom ein. Sie eroberten die Garnison der Stadt und setzten die demokratischen Freiheiten der Republik außer Kraft. Das römische Parlament protestierte und verlangte

den Rückzug der französischen Truppen. Das Triumvirat erklärte den Ausnahmezustand.

Spanien landete mit 4.900 Mann bei Gaeta und setzte Truppen an der Küste vor Rom bei Fiumicino ab. Die Österreicher fielen in die Romagna ein, die Neapolitaner überschritten mit 12.000 Mann bei Terracina die Grenze zu Rom. Garibaldi unterbreitete ein offensives Konzept zur Verteidigung, in die er die Volksmassen einbeziehen wollte. Er schlug vor, sich im Vorfeld von Rom dem Feind zu stellen und Positionen zirka 100 km nordwestlich bei Viterbo zu beziehen, um von dort aus die französischen Stellungen bei Civitavecchia anzugreifen. Ein Kontingent sollte in die Romagna geschickt werden, dort zum Aufstand aufrufen und den Gegner im Rücken angreifen. Mazzini wollte sich jedoch auf die Verteidigung der Hauptstadt beschränken. So konnten die Franzosen am 28. April Rom angreifen und auf die Stadtmauern vorrücken. Ihr Versuch, an der Porta Cavalleggeri in die Stadt einzudringen, scheiterte jedoch. Alle bewaffneten Bürger eilten auf die Barrikaden. Garibaldi führte die Verteidiger zum Gegenangriff. Oudinot wurde unter schweren Verlusten in seine Ausgangsstellungen zurückgeworfen, viele seiner Soldaten gefangengenommen. Garibaldi, der die Franzosen unverzüglich verfolgen wollte, fand jedoch kein Gehör. Das Triumvirat setzte auf einen Kompromiss, ließ die Gefangenen frei und schloss einen Waffenstillstand.

Wiederholt griff Garibaldi die Belagerer an und warf sie weit zurück. Als er am 27. Mai auf neapolitanisches Gebiet vorrück-

te, wurde er von der Bevölkerung stürmisch gefeiert. Er wurde wiederum gestoppt und nach Rom zurückgerufen. [7] Das Triumvirat hatte Verhandlungen mit Frankreich zugestimmt, mit denen Paris Zeit zur Vorbereitung einer neuen Offensive gewinnen wollte. In Civitavecchia trafen dazu ständig neue Truppen und Kriegsmaterial ein.



*Anita Garibaldi (1839),
Gemälde von Gaetano Gallino
Abbildung: Gaetano Gallino,
Public domain,
via Wikimedia Commons*

Entscheidung am Gianicolo

In der Nacht zum 3. Juni brach Oudinot den Waffenstillstand und eroberte in einem überraschenden Angriff den die Stadt beherrschenden Gianicolo. Alle Versuche Garibaldis, den strategisch entscheidenden Hügel zurückzuerobern, scheiterten. Im Triumvirat setzte man weiter auf Verhandlungen, um den französischen General zum Rückzug zu bewegen. Man überließ die Verteidigung der Stadt allein den Einheiten Garibaldis. Von ihm am

Morgen unverzüglich angeforderte Verstärkungen trafen erst am Nachmittag ein, als seine Männer, die den Hügel hinauf über offenes Gelände die an Soldaten und Geschützen überlegenen Franzosen frontal angreifen mussten, fast aufgerieben waren. Wie der Schweizer Gustav von Hoffstetter in seinem "Tagebuch aus Italien" schrieb, gab Garibaldi seinen Männern ein Beispiel an Mut und Tapferkeit, als er die Angriffe den ganzen Tag im feindlichen Geschosshagel leitete und die letzte Attacke selbst anführte. Es gelang, die Franzosen vor den Stadtmauern zum Stehen zu bringen und ihr Vordringen in die Stadt vorerst zu verhindern. [8]

Nach der Eroberung des Gianicolo schloss die auf 60.000 Mann angewachsene französische Interventionsarmee Rom völlig ein, unterbrach die Wasserleitungen in die Stadt und eröffnete ein den ganzen Juni anhaltendes schweres Artilleriefeuer, das große Verluste vor allem unter der Zivilbevölkerung verursachte. Die Vor-

schläge Garibaldis, den Belagerungsring zu durchbrechen und den Kampf außerhalb der Stadt zu führen, lehnte das Triumvirat ein weiteres Mal ab. Am 13. Juni forderte Oudinot Rom zu Kapitulation auf. Noch lehnte die Nationalversammlung ab. Sie erwartete, die kleinbürgerlichen Republikaner in Paris würden den Sieg erringen, aber sie wurden geschlagen. Danach nahmen die Österreicher Ancona ein, das sich heldenhaft verteidigt hatte. Damit war auch der Fall von Rom entschieden.

Bis zum 30. Juni verteidigte Garibaldi vor allem mit seinem Korps heldenhaft die Römische Republik. In der Nacht zum 1. Juli rückten die französischen Linientruppen nach erneutem schweren Artilleriebeschuss mit massiver Überlegenheit vor. Erbitterte Kämpfe tobten um die Villa Spada, das Hauptquartier Garibaldis. Während der Kämpfe tagte die Nationalversammlung. Sie beschloss, am 2. Juli die Verteidigung einzustellen. In einem letz-



*Nach dem Fall der Römischen Republik -
Giuseppe und Anita Garibaldi auf der Flucht nach San Marino
Abbildung: Unknown author, Public domain, via Wikimedia Commons*

ten symbolischen Akt setzte sie feierlich die Verfassung der Römischen Republik in Kraft. Am 3. Juli besetzte Oudinot die Stadt und verhängte das Kriegsrecht. Der nach Gaeta geflohene Pius IX. wagte es erst am 12. April 1850 in Begleitung eines starken französischen Truppenaufgebots, nach Rom zurückzukehren. Am 12. Juli 1849 wurden Mazzini und weitere führende Republikaner aus Rom ausgewiesen.

Den Belagerungsring durchbrochen

Garibaldi versammelte am 2. Juli sein Korps und weitere Einheiten auf dem Petersplatz und teilte mit, dass er Rom verlassen und den Kampf fortsetzen werde. 4.000 Mann schlossen sich ihm an. Er durchbrach mit ihnen den Belagerungsring und marschierte nach Norden. Sein Korps wuchs auf 6.000 Mann an. Unterwegs wurde es in oft verlustreiche Kämpfe

verwickelt. Als er Ende Juli in der Bergrepublik San Marino Zuflucht fand, zählte es noch 1.500 Mann. Am 4. August verstarb Garibaldis Frau Anita, die im sechsten Monat schwanger war. Sie litt an Malaria. Mehr aber noch fiel sie den Strapazen des entbehrensreichen Marsches zum Opfer. Anita Ribeiro da Silva hatte Garibaldi Ende der 1830er Jahre in Südamerika kennengelernt und 1842 geheiratet. Aus einer wohlhabenden Familie kommend, kämpfte sie fortan an seiner Seite und zog furchtlos mit den Rothemden in die Schlachten.

Anita Garibaldi mit der Pistole in der Hand

Auf dem Gianicolo, dem etwas über 80 Meter hohen Hügel, der sich vom Stadtteil Trastevere am rechten Tiberufer bis zur Vatikanstadt erstreckt, steht heute das überlebensgroße Denkmal Giuseppe Garibaldi, umgeben von ei-

ner Anzahl Büsten weiterer Persönlichkeiten des Befreiungskampfes. Längs der Straße, die zum Vatikan führt, steht auch ein Reiterdenkmal für Anita Garibaldi. Mit einer Pistole in der Hand und einem Kind auf dem Arm versinnbildlicht es ihr Leben und ihren Tod an der Seite Garibaldis.

Nach 1849 ging der revolutionäre Prozess in Italien weiter und endete 1861 bzw. 1870 mit der Beseitigung der Fremdherrschaft der Habsburger, der Bourbonen und des Papstes und der Herstellung des nationalen Einheitsstaates. So gesehen waren die Niederlagen temporär und die Revolution erlangte am Ende des Risorgimento einen Dreiviertelsieg.

Eine revolutionär-demokratische Diktatur

Es war ein Sieg der italienischen Bourgeoisie, aber sie handelte nicht aus eigenem Antrieb, sondern unter dem Druck der kleinbürgerlichen Demokraten, besonders ihres radikalen Flügels, der bis Ende der 1850er Jahre die Hegemonie der Bewegung innehatte. Das Denken und Handeln der revolutionären Demokraten wurde herausragend durch Giuseppe Garibaldi verkörpert, der vor allem als militärischer Führer entscheidend das Risorgimento prägte. Als die Situation im April 1860 in einer Bauernerhebung auf Sizilien kulminierte, eilte Garibaldi mit einem "Zug der Tausend" auf zwei in Genua gekaperten Dampfschiffen den Aufständischen zu Hilfe und brachte den bourbonischen Truppen eine vernichtende Niederlage bei. Auf Sizilien übernahm unter Garibaldi eine kleinbürgerliche revolutio-



7. September 1860 - Garibaldis Einzug in Neapel

Abbildung: Franz Wenzel Schwarz, CC BY-SA 3.0 [<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>], via Wikimedia Commons

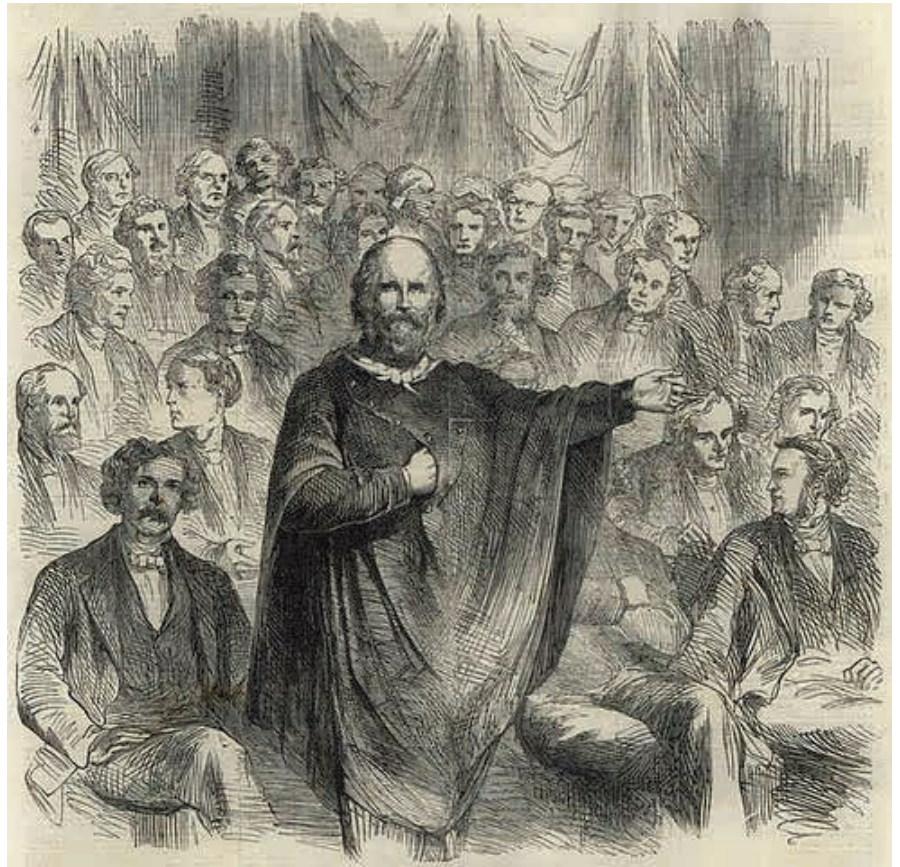
när-demokratische Diktatur die Macht. [9] Von Sizilien aus setzte der Revolutionsgeneral im August bei Reggio Calabria aufs Festland über, schlug erneut die Bourbonen und nahm Anfang September Neapel ein. Seine Rothemden beherrschten nunmehr ganz Süditalien und bereiteten sich auf die Einnahme Roms vor.

Die Bourgeoisie proklamiert das Königreich Italien

Das veranlasste die Großbourgeoisie und den König von Piemont zu handeln. Hatte es Ministerpräsident Cavour noch im März "für wünschenswert (gehalten), dass der Stand der Dinge im südlichen Königreich noch einige Jahre fort dauere", so wollte er im Juli plötzlich "an Kühnheit mit Garibaldi wetteifern, um ihm nicht das Monopol der Einheitsidee zu überlassen, die jetzt einen unwiderstehlichen Zauber auf die Volksmassen ausübt". Mit dem Ziel einer Vereinigung mit dem Königreich Piemont-Sardinien sicherte sich das Turiner Parlament in einem Referendum im Süden die Zustimmung zu "einem einigen und unabhängigen Italien mit Vittorio Emanuele als konstitutionellem König". Am 17. März proklamierte dann das von Bourgeoisie und Adel beherrschte Piemontese Parlament das Königreich Italien, von dem der Vatikanstaat ausgeschlossen blieb. [10]

Unkalkulierbaren Schaden vermieden

Garibaldi ordnete sich der Monarchie unter. Er erkannte, dass der nationalistisch-royalistischen Welle schwer Widerstand entgegen-



*Erste Sitzung des neu gegründeten Nationalparlaments am 18. April 1861 - Garibaldi hält eine Rede gegen die Regierung Cavour
Foto: Unknown artist, The Illustrated London News, Public domain, via Wikimedia Commons*

genzusetzen war und eine Auseinandersetzung innerhalb der nationalen Bewegung über die Frage Monarchie oder Republik - die in einen militärischen Konflikt münden musste - dieser unkalkulierbaren Schaden zugefügt hätte. Zu den Zugeständnissen des Hofes gehörte, dass Garibaldis Freikorps vorerst als eigenständiger Verband anerkannt wurde.

1862 und 1867 ergriff Garibaldi erneut die Initiative, um die nationale Einheit zu vollenden. Seine Truppen marschierten auf Rom, um die Stadt von der französischen Besatzung des Papstes zu befreien. Da Piemont sich widersetzte, scheiterten die Versuche, beeinflussten aber erneut die Politik der herrschenden Kreise. So

nutzte Italien 1866 die europäische Machtkonstellation zu seinen Gunsten und schloss eine Allianz mit Preußen gegen Österreich. Während Armee und Kriegsmarine geschlagen wurden, operierte Garibaldi mit einem 40.000 Mann zählenden Freikorps in Tirol erfolgreich und nahm an der Befreiung Venetiens teil, das nach der Niederlage Wiens als letzte italienische Region zu Italien kam.

Ende der weltlichen Papst-Herrschaft

Nach dem Sieg Preußens am 1. September 1870 bei Sedan musste Frankreich sein Schutzkorps für den Papst aus Rom abziehen.



Garibaldi bei Mentana am 3. November 1867
 Abbildung: Anonymous, Unknown author, Public domain,
 via Wikimedia Commons

Italien ergriff Besitz von seiner "natürlichen Hauptstadt", beseitigte die weltliche Herrschaft des Papstes und schloss den nationalen Einigungsprozess ab. [11]

Armee-Befehlshaber der Französischen Republik

Garibaldi aber erklimm nochmals einen Höhepunkt seiner militärischen Laufbahn. Hatte er zunächst

den Krieg Preußens gegen Frankreich, in dem er eine Bestrafung Napoleon "für alle seine Missetaten" sah, begrüßt, trat er nach Sedan offen gegen den Eroberungskrieg Preußens auf und bot der Französischen Republik seine Dienste an. Es zeugte zweifelsohne von seinem hohen militärischen Ansehen, wenn ihm das französische Hauptquartier das Kommando über ein internationales Korps an der Côte d'Or (die Vogesenar-

mee) übertrug. Garibaldi operierte erfolgreich und errang als einziger Befehlshaber auf der französischen Seite einen Sieg, als er bei Dijon die Preußen zurückschlug. Der preußische General von Werder hielt in seinem Kriegstagebuch fest, dass Garibaldi "die Bewegungsfreiheit der Preußen erheblich einschränkte". General von Manteuffel notierte "ein bemerkenswertes Operationstempo" sowie "wohlerwogene Dispositionen im Feuerhagel" und "bei Angriffen entfaltete Energie und Intensität". Hätte General Bourbaki, so Manteuffel, "Garibaldi's Ratschläge befolgt, wäre der Feldzug in den Vogesen zu einem der erfolgreichsten im siebziger Krieg geworden". Victor Hugo betrachtete den italienischen Befehlshaber als den einzigen Heerführer, der während des Siebzigerkrieges nicht geschlagen worden sei.

"Tiefe Sympathie" für Pariser Kommune

Es war der Abschluss der militärischen Karriere dieses talentierten Heerführers aus dem Volk, dem auch die Pariser Kommune das Kommando über ihre Truppen anbot. Garibaldi lehnte zwar ab, bekundete aber der Kommune, dem "arbeitenden Volk von Paris, das für die Sache der Gerechtigkeit kämpft", offen seine tiefe Sympathie. Das entsprach der bereits früher von ihm bezogenen Position, in der er "die Arbeiter als seine über die ganze Welt verstreuten Brüder" bezeichnete. Diese Bekenntnisse des radikalen Revolutionärs ließen viele Garibaldiner als auch Mazzinisten später zu Anhängern des Sozialismus und der I. Internationale werden.



Garibaldi in Dijon
 Abbildung: Sebastiano De Albertis, Public domain,
 via Wikimedia Commons

Inauguraladresse "Sonne der Zukunft"

Während Garibaldis Heldenmut in unzähligen Schlachten weltweit bekannt wurde, weiß man weniger, dass er die von Marx 1864 verfasste Inauguraladresse als "Sonne der Zukunft" begrüßte, 1867 in Genf am internationalen Friedenskongress teilnahm, ins Präsidium gewählt wurde und auch die Bemühungen der I. Internationale um Abrüstung unterstützte.

Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte Garibaldi zurückgezogen und in sehr bescheidenen Verhältnissen auf der Insel Caprera im Kreise seiner Familie. Oft äußerte er sich enttäuscht darüber, dass so wenige Ziele, für die das Volk in der nationalen Bewegung aufopferungsvoll gekämpft hatte, verwirklicht worden waren. Er verstarb am 2. Juni 1882.

Den zustehenden Respekt bezeugt

Entgegen seinem Wunsch nach einer einfachen Urnenbestattung in aller Stille bereiteten ihm Parlament, Königshaus und Regierung ein großes Staatsbegräbnis mit politischen und militärischen Ehren. Seine Anhänger sprachen von Vereinnahmung und protestierten landesweit. Aber auch die Konservativen hatten Vorbehalte. Sicher hatte das von reaktionären Zügen geprägte Königtum Piemonts, das man gerne das Preußen Italiens nannte, einen geschickten Schachzug getan.

Die Ehrung Garibaldis aber verdeutlichte einen gravierenden Unterschied deutscher und italieni-

scher Haltung zur Geschichte der nationalen Einheitsbewegung. Während Italiens Preußen einem Garibaldi den zustehenden Respekt bezeugte, rechneten die Deutschen mit ihren Rebellen auf blutige Weise ab, wie die Erschießung des Festungskommandanten Oberst Tiedemann und seiner Offiziere nach der Kapitulation der Festung Rastatt im Juli 1849, der Tausende und Abertausende, die dem Terror der Konterrevolution zum Opfer fielen und vor Gericht gezerrt sowie der 700.000, die in die Emigration getrieben wurden, bewiesen.

Zu den Ereignissen und der Rolle Garibaldis siehe "Geschichte Italiens vom Risorgimento bis heute" des Autors, 2. Auflage, PappyRossa Köln 2015, S. 20 bis 49.

Anmerkungen:

[1] Die Farbe der Uniformhemden wurde jedoch nicht bewusst gewählt. Um seine Kämpfer vom Gegner zu unterscheiden, hatte Garibaldi einfach die in Schlachthöfen verwendeten roten Hemden verwendet.

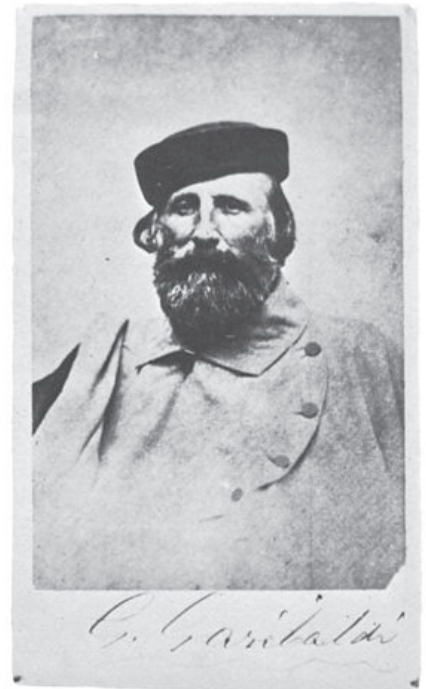
[2] Benedetto Croce: Storia d'Italia dal 1871 al 1915, Bari 1928, S. 29.

[3] W. I. Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Werke, Bd. 21, Dietz Verlag Berlin/DDR 1960, S. 215.

[4] I Giorni della Storia d'Italia. Dal Risorgimento a Oggi. Novara 1991, S. 95 ff.

[5] Garibaldi: Scritti politici e militare (Hg. Domenico Gian Polo), Rom 1908, S. 212.

[6] Seit der Beseitigung der weltlichen Herrschaft des Papstes 1870 Sitz



Portrait von Giuseppe Garibaldi um 1870

Foto: Félix Nadar, Public domain, via Wikimedia Commons

des Königs, seit der Proklamation der Republik 1946 des Präsidenten.

[7] Garibaldi, a.a.O., S. 45 f.

[8] Hoffstetter: Tagebuch aus Italien, Zürich 1860, S. 20.

[9] Garibaldi, a.a.O., S. 136 ff, 147.

[10] I Giorni della Storia, Cronaca quotidiana dal 1815, Novara 1991, S. 131 ff.

[11] I Giorni, a.a.O., S.159 ff.

[12] Zit. in: Christopher Hibbert: Der gerechte Rebell, Tübingen 1970, S. 345 f.

*

Quelle:

© 2022 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Mehr Lizenzen für indigene und Community-Radios

Vor fünf Jahren gab es nur acht Community-Radios in Mexiko. Heute senden 122 von ihnen und ermöglichen (indigenen) Gemeinschaften das Recht auf Kommunikation und Information.

(Mexiko-Stadt, 13. Mai 2022, observacom/poonal) - 122 indigene und Community-Radios gibt es aktuell in Mexiko. Noch vor fünf Jahren, im Jahr 2017, waren es erst acht. Das mexikanische Bundesinstitut für Telekommunikation (IFT) begrüßte diese Entwicklung kürzlich und betonte die Bedeutung von Communitymedien.

In der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen liegt Mexiko auf Platz 127 von 180 [1]. Grund dafür sei neben den zahlreichen Morden an Journalist*innen [2] auch die Konzentration der Medien auf wenige Unternehmen, so die Organisation. Indigene und Community-Radios stellen sich auch dieser Entwicklung entgegen.

Edson Calderón, Chef der Abteilung für Lizenzvergabe und Radioverbreitung des IFT, erklärte in einem Interview, das Institut bemühe sich, mehr Sendelizenzen an Community- und indigene Radios zu vergeben. Diese Medien seien "unbedingt wichtig, damit Menschen ihr Recht auf Kommunikation, Information und Meinungsfreiheit ausüben können".

Indigene Gemeinschaften werden bei der Antragstellung für eine Lizenz unterstützt

Laut Calderón seien Community-radios seit der Verfassungsreform im Jahr 2013 und dem neuen Bundesgesetz für Telekommunikation und Radio im Jahr 2014 verstärkt gesucht und gefördert worden. "Heute senden 122 Communityradios mit Erlaubnis, 114 davon haben ihre Lizenzen vom Institut erhalten", so Calderón.

Dem Abteilungsleiter des IFT zufolge sei es eine Priorität, die Gemeinschaften bei der Vergabe einer Radiolizenz zu unterstützen. Aus diesem Grund hat das IFT auch seine Seminare im hybriden Format wieder aufgenommen. In den Veranstaltungen erhalten Antragsteller*innen für eine Community-Radiolizenz die nötigen Informationen.

An jedem dieser Seminare nehmen etwa 100 bis 200 Personen teil - etwa die Hälfte von ihnen stellt dann einen formalen Antrag auf eine Lizenz, zum großen Teil handelt es sich dabei um Lizenzen für FM-Frequenzen. Die Lizenz für ein indigenes oder Communityradio wird danach direkt und ohne Ausschreibungsprozess vergeben. In Bezug auf die Fristen sagte Calderón: "Das Gesetz sieht 120 Tage vor, um eine Entscheidung zu treffen. Aber diese Frist

wird unterbrochen, wenn der Antrag nicht gut fehlerhaft oder unvollständig ist. Auch das versuchen wir mit den Seminaren zu vermeiden".

Anmerkungen:

[1] <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/mexiko>

[2] <https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/angriffe-auf-journalistinnen-empowern-die-bevoelkerung/>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/kulturmedien/mehr-lizenzen-fuer-indigene-und-community-radios/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

Gert Loschütz

Besichtigung eines Unglücks

Rezension von Christiane Baumann

Gert Loschütz

Besichtigung eines Unglücks

Frankfurt am Main:

Schöffling & Co. 2021

336 Seiten, 24,00 EUR

ISBN: 978-3-89561-157-5

Vom Unglück in Zeiten des Krieges.

Zu Gert Loschütz' Roman *Besichtigung eines Unglücks*

(SB) 27. Juni 2022 - Es ist das schwerste Zugunglück, das sich jemals auf deutschem Boden ereignete, doch es ist aus dem historischen Gedächtnis verschwunden. Es geschah im Dezember 1939 während des Zweiten Weltkrieges, dessen Ereignisse die Medien dominierten. In solchen Zeiten ist es wenig populär, von Militärzügen zu berichten oder von Auswirkungen der kriegsbedingten Verdunklung der Bahnhöfe, die zu Verspätungen führen und einem Zugunglück Vorschub leisten. Gründe dieser Art wurden in den amtlichen Akten nicht vermerkt, konnten sie doch als Wehrkraftzersetzung ausgelegt werden.

Der Roman des 1946 in Genthin bei Magdeburg geborenen Gert Loschütz liefert eine minutiöse Recherche der Ereignisse rund um den Zusammenprall zweier Züge in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1939 am Stellwerk Genthin Ost, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen. Den überlieferten Akten wird eine auf Objektivität und Wahrheit zielende und die offiziellen Papiere der Lüge überführende Dokumentation in Form eines "No-

tizbuches" an die Seite gestellt. Zur Schreibmethode, die beinahe im Sekundenstil die Umstände der Katastrophe festhält, liefert der Text im kritisch reflektierten, weil abgenutzten Zitat ("Der Zug raste führerlos durch die Nacht") einen Hinweis auf das literarische Vorbild. Émile Zolas berühmter Eisenbahn-Roman *La bête humaine (Die Bestie im Menschen, 1890)* endet mit der dem Deutsch-Französischen Krieg führerlos entgegenrasenden Lokomotive: "Ohne Führer im Dunkel der Nacht, wie eine blinde, taube, vom Tod selbst losgelassene Bestie rollte und rollte sie dahin, bepackt mit diesem Kanonenfutter, diesen von der Müdigkeit schon dumm gewordenen, trunkenen, singenden Soldaten", heißt es bei dem französischen Naturalisten. Der Bezug zur naturalistischen Ästhetik findet im Rückgriff auf Zolas Notizbuchmethode, deren sich Loschütz' Erzähler eifrig bedient, seine Bestätigung. Der personifizierte Lokomotive in Zolas Roman entspricht die Personifizierung des Unglücks bei Loschütz. Krieg und Katastrophe sind die Fixpunkte, um die der Roman, der sich zu einer

großangelegten "Unglückserzählung" weitet, kreist. Das Zugunglück, das etwa das erste Drittel der Geschichte dominiert, wird in Loschütz' Roman zunehmend von anderen Unglücken verdrängt, bei denen der Krieg die Fäden zu ziehen scheint.

Es sind vier Sekunden, die alles verändern. Zwei Züge, aus Berlin kommend, prallen aufgrund einer Verkettung unglücklicher Umstände aufeinander. Am Ende wird der Lokführer Erich Wernicke zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt, weil er mehrere Signale überfahren haben soll. Entsprach das den Tatsachen oder fällt das Nazi-Regime, wie in einem DDR-Journal gemutmaßt, ein "faschistisches Willkürurteil" gegen einen Mann, der sich der NSDAP und jedweden Naziorganisationen verweigerte? Wurde er vom Autor dieses Beitrages bewusst zum "proletarischen Helden" stilisiert? Tatsächlich war Wernicke erst mit Kriegsbeginn aufgrund des entstandenen Personalmangels in den Lokführerdienst übernommen worden und wegen mehrerer Verstöße gegen Dienstvorschriften aktenkundig. "Wir hatten stets freie Fahrt", beteuern Lokführer und Heizer der Unglückslok D 180 später, "und lügen", denn, das belegen

die Recherchen des Erzählers, ein eingeschobener Militärzug ließ die Züge "aus dem Plan" fallen. Das Signal stand auf Rot. Warum aber stoppte der dem Zug vorausfahrende D 10 seine Fahrt plötzlich? Gab man das Haltesignal für den Unglückszug zu früh, so dass der D 10 es auf sich bezog? Auszuschließen ist es nicht, doch der Mann am Stellwerk hat einen starken Zeugen, den SA-Mann Zeuner. Alles kommt zusammen: "Das ist der Moment, den man einfrieren möchte, der Moment davor" - die Koinzidenz der Ereignisse führt zur Katastrophe. Die Bilanz sind mindestens 186 Tote und 73 Vermisste, deren Verbleib ein "Geheimnis" bleiben wird.

Ein Geheimnis rankt sich auch um zwei Mitreisende im Unglückszug: Carla Finck und Giuseppe Buonomo. Das Romangeschehen, das im ersten Drittel der Schuldfrage nachgeht, verlagert sich nun auf jene, denen der Unfall ohne eigenes "Zutun" passierte, deren Unglück aber eigentlich schon vor der Katastrophe begann. Berichtet wird die Geschichte der 18-jährigen Halbjüdin Carla und ihres 36 Jahre alten jüdischen Verlobten Richard. Die Geschichte, die Carla als "*unser Unglück*" bezeichnet, prangert in berührender Weise den Holocaust und die unmenschlichen Erniedrigungen an, die Juden, sanktioniert durch die Nürnberger Rassengesetze der Nationalsozialisten 1935, zu erleiden hatten. Zu spät entscheiden sich Carla und Richard für eine Flucht aus Deutschland. Das argentinische Visum bekommen sie nicht. Ihre Liebe bestimmen "Einschnürung, Ausplünderung, Angst". War in die-

ser Situation die Begegnung mit Giuseppe Buonomo ein Lichtpunkt, ein Hoffnungsstrahl oder gar das Tor in die Welt? Warum verließ Carla Düsseldorf und ging mit ihm nach Berlin, um Richard dann trotzdem Liebesbriefe zu schreiben? War Buonomo die Liebes-Novelle in einer bedrückenden Zeit, oder war er ein Helfer in der Not, der bei der Beschaffung von falschen Papieren half? Die Dinge sind in Zeiten der faschistischen Diktatur nicht immer wie sie scheinen. Am Ende steht ein Verrat, der Richard das Leben kostet und Carla als lebenslanges Trauma begleitet.

Die Lebensgeschichte des Ich-Erzählers Thomas Vandersee, einem Schriftsteller und Alter Ego des Autors, ist mit dem Zugunglück und Carlas Leben in geheimnisvoller Weise verwoben. Er will sich dieser, seiner Geschichte nicht stellen. Er ist ein heimatloser Autor wie der alte Herr Weidenkopf ein "Heimatsforscher ohne Heimat". Weidenkopf verließ in den fünfziger Jahren seine Heimatstadt Genthin. Er wird zum Auslöser der Recherchen und schließlich des Erzählens. Als Spiegelfigur des Erzählers tritt er mit ihm in den Dialog. Er rührt mit seinen an Thomas gerichteten Briefen am Trauma des Heimatverlusts und an der verschütteten Familiengeschichte. Auch der Ich-Erzähler Thomas flüchtete vor vielen Jahrzehnten aus Genthin mit seiner Mutter Lisa, die nach einer Denunziation ihrer großen Liebe, einem berühmten Geiger, nach Westberlin folgte: "Die Bilder kommen von weit her und gehören zum Angstvorrat, dem sich nachts mit weit aufgerisse-

nem Maul über mich stülpenden Schrecken ... da ist sie, die schwarze aus der Dunkelheit auftauchende, stets feucht schimmernde Walze des Lokomotivkessels". Die Lokomotive steht für Tod, Flucht und Heimatverlust. Sie ist angstbesetzt und verfolgt den Erzähler "bis in den Schlaf". War es die "Unglückslok" des Jahres 1939, die ihn und seine Mutter aus Genthin nach Westberlin brachte? Die Liebe der Mutter erwies sich als Irrtum. Die junge Frau, die sich in der DDR in einem Arbeitsamt von einer Bürokrant zur Amtsleiterin heraufgearbeitet hatte, rettet sich in Westberlin in eine Heirat. Sie ist eine Gescheiterte, Entwurzelte, in der Liebe wie im Leben.

Loschütz' Geschichte lebt von dem bereits im Titel angelegten Spannungsverhältnis zwischen dokumentarischem (Besichtigung) und fiktivem Erzählen (Gattungshinweis "Roman"), wobei die Übergänge in die Fiktion thematisiert und diskutiert werden ("es könnte so gewesen sein" usw.). Der Ich-Erzähler hat einerseits Distanz zum Unglücksgeschehen des Jahres 1939 und ist mit diesem andererseits durch seine Mutter Lisa unmittelbar verbunden. Er erscheint zunächst als unbeteiligter Zuschauer einer Katastrophe, aus der er sukzessive seine Familiengeschichte aufrollt. Das besichtigte Zugunglück, die verschütteten Schicksale der während der Nazizeit "Ausgegrenzten", der "zur Beraubung, Vertreibung, Ermordung Freigegebenen", wie jene Zwangsarbeiterinnen und KZ-Häftlinge, die im bei Genthin gelegenen Munitionswerk unter un-

menschlichen Bedingungen schufteten mussten, was alle wussten und hinnahmen, wandelt sich im Erzählvorgang zur "Unglückserzählung" über den Verlust der eigenen Identität, der mit dem Verlust des Vaters begann, aber vor allem mit dem Verschweigen, das bis in die Gegenwart des Erzählers reicht, seiner eigenen Lebenslüge, die ihn mit Yps, seiner verheirateten Geliebten verbindet. "Am Anfang ist die Haltung, dann kommt der Fehler, er ergibt sich aus der falschen Haltung", erinnert Thomas die Worte seiner Mutter. Die falsche Haltung führt in die Katastrophe und in Zeiten des Krieges in den Tod. Loschütz' Roman zeigt eindrucksvoll, wie die Deformationen des Zweiten Weltkrieges bis in die Kinder- und Enkelgeneration nachwirken. Zu seinen Folgen gehörten die deutsche Teilung und schließlich der Kalte Krieg. Damit ist Loschütz' Roman aktueller denn je, denn er offenbart den Krieg als die größte Katastrophe der menschlichen Zivilisation, aus der nur ein Weg herausführt: das Gespräch als Existenzform des Menschen und der Menschlichkeit.

Weitere Rezensionen und Buchbesprechungen siehe:

SCHATTENBLICK →
Infopool →

BUCH → Biographie →
BUCH → Hörbuch →
BUCH → Lyrik →
BUCH → Romane →
BUCH → Sachbuch →



Senfkorn

Soll mein Glaube etwas nützen,
wenn es bröckelt in der Welt,
Illusion und Hoffnung stützen,
gleich, was sie zusammenhält?

Nach Verlust und nach Gewinn
fragt der Mensch doch immer dann,
wenn ihm jeder and're Sinn
keinen Vorteil bieten kann.

Mir sitzt niemand zu Gericht,
anderes, als ich erlaube,
ich brauch' auch den Nutzen nicht,
einfach deshalb, weil ich glaube.



von Helmut Barthel aus
"Dichterstube Kehricht Band 1", Seite 170
Copyright by MA-Verlag,
www.maverlag.de

Robert Kagan

The Jungle Grows Back

America and Our Imperiled World

Robert Kagan

The Jungle Grows Back America and Our Imperiled World

Alfred A. Knopf, New York,
2018, 192 Seiten
ISBN-13: 978-1-0525563570

(SB) 27. Juni 2022 - Robert Kagan, Sachbuchautor, Senior Fellow der renommierten Denkfabrik Brookings, Mitglied des Beratergremiums des State Department und Kolumnist für die Washington Post, dessen zahlreiche Artikel u. a. bei der New York Times, dem Wall Street Journal, Foreign Affairs, dem Weekly Standard und der New Republic erschienen sind, gehört zu den einflussreichsten Publizisten der USA. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert betätigt sich der 1958 geborene Kagan als Chefideologe einer übermächtigen Allianz aus republikanischen Neokonservativen und demokratischen Liberal-Interventionisten, die Amerikas angeblich gottgewollte militärische Überlegenheit anhimmeln und die wegen ihres äußerst rigiden Gruppendenkens Präsident Barack Obamas Berater und Redenschreiber Ben Rhodes 2016 abfällig "the Blob" in Anlehnung an das gleichnamige Science-Fiction-B-Movie aus dem Jahr 1958 (deutscher Titel "Blob - Schrecken ohne Namen") genannt hat.

Bereits 2004 hat der damalige US-Außenminister Colin Powell bei einem Telefongespräch mit dem britischen Amtskollegen Jack Straw seine neokonservativen Kabinettskollegen in der Regierung George W. Bush, allen



Robert Kagan

Foto: Mariusz Kubik, CC BY 3.0
[<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>],
via Wikimedia Commons

voran Vizepräsident Dick Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, dessen Vize Paul Wolfowitz und den Staatssekretär im Außenministerium John Bolton, als "the crazies" ("die Verrückten") bezeichnet, weil sie mittels "Regimewechsel" alle nicht-expliziten Partnerstaaten der USA in der islamischen Welt politisch und wirtschaftlich neu gestalten wollten. Powell, der unter George Bush sen. als Generalstabschef der USA beim ersten Golfkrieg 1991 gedient hatte, sollte bis an sein Lebensende 2021 nie darüber hinwegkommen, dass ihn die Neocons mit

nachweislich fingierten Geheimdiensterkenntnissen zu seiner berühmten-berühmten Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 5. Februar 2003 über die Begründung des bevorstehenden, völkerrechtlich illegalen anglo-amerikanischen Einmarsches in den Irak - Stichwort Massenvernichtungswaffen - geschickt und damit vorgeführt haben.

Obwohl nicht Mitglied der Regierung von Bush junior hat Robert Kagan eine prominente und unrühmliche Rolle bei der propagandistischen Vorbereitung der Irak-Invasion gespielt. In einem Artikel, der im Januar 2002 - nur wenige Monate nach den welterstürmenden Flugzeuganschlägen auf die Zwillingstürme des New Yorker World Trade Center und das Pentagon in Arlington - in Rupert Murdochs Weekly Standard erschienen ist, behaupteten Kagan und sein ideologischer Gesinnungsgenosse Bill Kristol erstens, dass Saddam Hussein im Irak ausländische "Terroristen" in der Entführung von Passagiermaschinen ausbilden lasse, und zweitens, dass sich der Ägypter Mohammed Atta, der mutmaßliche Leiter der 9/11-Selbstmordoperation, einige Monate vor dem 11. September 2001 in Prag mit einem Mitglied des irakischen Geheimdiensts getroffen habe. Zwar entbehrten beide Behauptungen

tungen jeder sachlichen Grundlage, doch passten sie perfekt zur damaligen Hysterie rund um den "Global War on Terrorism", den Bush jun. ein halbes Jahr zuvor auf den Trümmern der eingestürzten Twin Towers verkündet hatte.

Robert Kagan, dessen Vater Donald Kagan Professor für klassische Geschichte an der Universität Yale und Autor eines vielbeachteten vierbändigen Werks über den Peloponnesischen Krieg zwischen Athen und Sparta war, hat ganz im Sinne von Leo Strauss, dem antimodernen Philosophen und geistigen Urvater der neokonservativen Bewegung in den USA, recht früh mit der Geschichtsverdrehung und der Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten im Dienste der "amerikanischen Sache" begonnen. In den achtziger Jahren arbeitete er in der Regierung Ronald Reagans, zuerst als Redenschreiber für Außenminister George Schultz und später in der Abteilung für inter-amerikanische Angelegenheiten des Außenministeriums, wo er am Rande der Iran-Contra-Affäre, bei der es um die illegale Bewaffnung und Ausbildung der rechtsgerichteten nicaraguanischen Contras im Kampf gegen die Sandinista-Regierung in Managua ging, PR-technisch aktiv wurde.

Robert Parry, der als Reporter der Associated Press und von Newsweek in Sachen Iran-Contra mehr als jeder andere Licht in die dunklen Machenschaften von Oliver North, Robert McFarlane, Caspar Weinberger und Konsorten geworfen hat, berichtete später von einer denkwürdigen Begegnung mit Kagan. Bei einem



*Die Denkfabrik Brookings im Herzen von Washington, D.C.
Foto: Gryffindor, This image was created with Hugin.,
Public domain, via Wikimedia Commons*

Pressebriefing im State Department wollte dieser den anwesenden Journalisten weismachen, die Sandinisten stellten eine inakzeptable Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA dar, denn sie planten den Einmarsch in Panama und eine Übernahme der Kontrolle über die für den Handel enorm wichtige gleichnamige Kanal-Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik. Nachdem sich Parry als einziger in der Runde mit Zweifeln an der Räuberpistole zu Wort gemeldet hatte, knüpfte ihn sich Kagan im Anschluss an die Versammlung vor, verurteilte ihn wegen seiner angeblich unpatriotischen Haltung und drohte ihm mit nicht näher erläuterten Konsequenzen. Später sollte Parry den Mainstream-Medien den

Rücken kehren und sein eigenes, regierungskritisches Onlineportal Consortium News gründen.

Erst während der Präsidentschaft des Demokraten Bill Clinton sollte sich der Noch-Republikaner Robert Kagan einen Namen als neokonservativer Stichwortgeber und Polemiker machen. 1997 gründeten er und Bill Kristol das Project for a New American Century. Die Denkfabrik der Militaristen eröffnete ihr Büro im selben Washingtoner Gebäude, in dem das neokonservative American Enterprise Institute (AEI) zu Hause ist, bei dem später Kagans Bruder, der Militärhistoriker Frederick Kagan, eine einträgliche Stelle erhielt. Die erklärte Aufgabe des Projekts für ein Neues



*Ronald Reagan macht Werbung für US-Laserkanonen in der Erdumlaufbahn beim Besuch einer Fabrik des Rüstungsunternehmens Martin Marietta in Waterton, Colorado am 24. Februar 1987
Foto: Reagan White House Photographs, Public domain,
via Wikimedia Commons*

Amerikanisches Jahrhundert bestand darin, "für eine globale Führung Amerikas zu werben", weil so etwas angeblich "gut für Amerika und gut für die Welt" sei. Gefordert wurde, dass Washington eine "reaganistische Politik der militärischen Stärke und der moralischen Klarheit" verfolgen müsse. Worin diese "moralische Klarheit" besteht, ist bis heute für all jene, die keine Anhänger des Messianismus amerikanischer Prägung - auch amerikanischer Exzeptionalismus genannt - sind, ein Rätsel geblieben.

Dessen ungeachtet richtete das PNAC 1998 mittels einer einseitigen Anzeige in der New York Times einen offenen Brief an Clinton, in dem die neokonservative Führungsriege dringend den gewaltsamen Sturz Saddam Husseins sowie militärische Strafmaßnahmen gegen das Taliban-"Regime" in Afghanistan, das "Mullah-Regime" im Iran sowie

das "Regime" Hafiz Al-Assad in Syrien forderte. Unterzeichnet wurde dieser Brief unter anderem von dem älteren Kagan und seinen beiden Söhnen, Kristol, Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz, Bolton, Ex-CIA-Chef James Woolsey und Richard Perle, der als Vizeverteidigungsminister Reagans wegen seines unerbittlichen Einsatzes für ein nationales Raketenabwehrsystem der USA, das Washington im Falle eines bevorstehenden Atomkriegs gegen Moskau oder Peking den schadlosen Ersteinsatz von Nuklearwaffen ermöglichen sollte, den Spitznamen "Fürst der Finsternis" erhielt.

Im Jahr 2000 veröffentlichte das PNAC den aufsehenerregenden Bericht "Rebuilding America's Defense". In dem von Kagan mitverfassten Dokument beklagte man die fehlende Opferbereitschaft der amerikanischen Bevölkerung angesichts der historischen Herausforderungen, die auf die

USA im 21. Jahrhundert bei der Aufrechterhaltung und Durchsetzung ihrer "wohlmeinenden Hegemonie" zukomme. Ohne ein "katalysierendes Ereignis" wie ein zweiter Überraschungsangriff à la Pearl Harbor sei das Land nicht aus seinem Dornröschenschlaf zu wecken, so damals die Neocons. Welch ein Glück für sie, dass sich im darauffolgenden Jahr in New York und Arlington ein solch welthistorischer Vorfall mit 3000 Todesopfern zutrug. Ganz oben auf der Liste der im Dokument enthaltenen Forderungen stand der Aufbau eines amerikanischen Raketenabwehrsystems. Mit dessen Aufbau konnte Rumsfeld im Juni 2002 beginnen, nachdem Bush jun. Ende 2001 zu diesem Zweck den ABM-Vertrag mit Russland aus dem Jahr 1972 aufgekündigt hatte.

Damals, in den Monaten zwischen den 9/11-Flugzeuganschlägen und dem Einmarsch in den Irak im März 2003, währten sich die Neokonservativen in einem wahren Siegesrausch angesichts der einmaligen Gelegenheit zur Neuentfaltung amerikanischer Macht. Mit dem Einfall in Afghanistan und der Eröffnung eines Foltergefängnisses für "Terroristen" auf dem Gelände des US-Marinestützpunkts Guantánamo Bay auf Kuba Ende 2001 unterstrichen die USA einerseits ihre globale Reichweite und andererseits ihre Missachtung internationaler Menschenrechtsnormen. Bei seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 erklärte George W. Bush den Irak, den Iran und Nordkorea zur "Achse des Bösen". Alle Nicht-Amerikaner mussten sich entscheiden, ob sie auf der Seite der USA oder der "Terroristen" stünden. Als sich im

Unterschied zu Großbritannien die EU-Führungsmächte Deutschland und Frankreich weigerten, am Mesopotamien-Feldzug Washingtons teilzunehmen, kanzelte Rumsfeld sie als "altes Europa" ab und lobte dafür die demonstrative Unterstützung der osteuropäischen Staaten. Fast gleichzeitig verhöhnte Robert Kagan die Alte Welt mit dem Buch "Of Paradise and Power", in dem er die Art Amerikas, seinen Einfluss auf die Welt auszuüben, als entscheidungsfreudig, martialisch und zielgerichtet lobte, die der ehemaligen Kolonialmächte dagegen als zögerlich, pazifistisch und bürokratisch der Lächerlichkeit preisgab.

Doch das Bürgerkriegschaos, das nach dem erfolgreichen Sturm auf Bagdad im Frühjahr 2003 den Irak der Nach-Saddam-Hussein-Ära erfasste, und der scheinbar niemals endende Krieg gegen die Taliban in Afghanistan führten recht schnell dazu, dass die amerikanische Bevölkerung weniger empfänglich für die Verheißungen des westlichen "Demokratie-exports" wurde. Ihre wachsende Ablehnung gegenüber weiteren militärischen Abenteuern im Ausland, die sowohl zur Wahl Barack Obamas 2008 als auch Donald Trumps 2016 maßgeblich beitrug, steht im Mittelpunkt des jüngsten Buchs von Robert Kagan, "The Jungle Grows Back: America and Our Imperiled World". In dem 2018 erschienenen Manuskript werden vor allem die geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre für allerlei Ermahnungen aufgegriffen, warum die Hegemonie der USA für die Welt und ihre Bewohner die beste aller denkbaren Lösungen sei und weshalb nicht nur die Amerikaner, sondern der gesamte Westen, Ja-



Frederick und Kimberly Kagan besichtigen zu Fuß die südirakische Stadt Basra im Juli 2008
Foto: Sgt. Tim Ortez,
Public domain,
via Wikimedia Commons

pan und Südkorea eingeschlossen, die "liberale Ordnung", den zivilisatorischen "Garten" vor dem ständigen Vordringen des barbarischen "Dschungels" verteidigen müsse.

Dabei bedient sich Kagan trotz aller wohldosierten Kritik an den außenpolitischen Fehlritten der USA seit 1945 im Verlauf seines gut lesbaren Narrativs einer reichlichen Geschichtsklitterung. Wie er es formuliert, hätten die USA beispielsweise die gewaltsame Absetzung demokratischer Regierungen 1953 im Iran, 1954 in Guatemala, 1973 in Chile und

2013 in Ägypten lediglich zugelassen. Die maßgebliche Finanzierung und Leitung durch die CIA in allen vier Episoden blendet Kagan einfach aus. Völlig unerwähnt bleibt gerade in dieser geschichtlichen Aneinanderreihung von CIA-Putschchen der Sturz Sukarnos 1965 und die Ermordung von rund einer Million mutmaßlicher oder tatsächlicher Kommunisten in Indonesien - eine gruselige Aktion, die zur Blaupause der Operation Condor in Lateinamerika der sechziger und siebziger Jahre wurde. Der aus Kagans Sicht bedauerliche Vietnamkrieg kommt

zwar im Buch vor, nicht jedoch die gleichzeitige illegale Bombardierung Kambodschas durch die US-Luftwaffe, die nach Schätzung von König Sihanouk 600.000 Menschen das Leben kostete. Über die rund eine Million getöteten Iraker infolge der von ihm mitzuverantwortenden Besetzung durch ausländische Truppen verliert Kagan kein Wort.

Was die fehlende Objektivität betrifft, so feiert sie Kagan im vorliegenden Buch geradezu. Er, der 2016 als außenpolitischer Berater Senator John McCain im Kampf um die Präsidentschaft gegen Barack Obama zur Seite stand, kritisiert letzteren dafür, dass er die US-Bodentruppen 2011 aus dem Irak abgezogen und angeblich dem Pentagon so strenge Vorgaben in Afghanistan gemacht hat, dass die Truppenaufstockung un-



David Petraeus, damals CENTCOM-Chef, bei einer Rede am Center for a New American Security 2009

Foto: Williamjohn.shields at English Wikipedia, CC BY-SA 3.0 [https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0], via Wikimedia Commons

ter General Stanley McChrystal im Jahr 2009 nicht denselben Erfolg wie der "Surge" im Irak unter General David Petraeus von 2007 und 2008 zeitigte. Indessen dürfte den wenigsten bekannt sein, dass Kagans Bruder Frederick und dessen Frau Kimberly, Gründerin der Denkfabrik Institute for the Study of War (ISW), als externe Berater beide Befriedigungsmaßnahmen begleitet haben. Zudem gibt es auch in den USA namhafte Militärexperten, welche die Berichte über den vermeintlichen Erfolg Petraeus' im Irak und McChrystals angeblich verpasste Chance in Afghanistan für einen neokonservativen Mythos halten.

Ab 2011 führte Kagan diejenigen Kommentatoren an, die von Obama die Verhängung einer Flugverbotszone in Syrien durch die USA forderten. In "The Jungle

Grows Back" beschreibt Kagan den Bürgerkrieg und den daraus resultierenden Flüchtlingsstrom, der später die EU destabilisieren sollte, wie eine Naturkatastrophe: Dieser Krieg sei schlicht "metastasiert" und Obama, als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte aus Kaganscher Perspektive der eigentlich zuständige Arzt, habe die Behandlung verweigert. Dabei war es die CIA, die im Rahmen der großangelegten Operation Timber Sycamore eine Reihe dschihadistischer Gruppen mit eindeutiger Nähe zum Al-Kaida-"Netzwerk" Osama Bin Ladens mit Waffen überhäuft und die ursprünglichen Bürgerproteste in ein großes Abschlagen verwandelt hat. Mit solchen unappetitlichen Details verschont Kagan die Leserschaft natürlich.

Was ihn jedoch so richtig in Rage versetzte war die Entscheidung

Obamas, nach einem Vorfall mit chemischen Waffen im Sommer 2013 in Syrien dort nicht militärisch einzugreifen. Dies sei ein Zeichen der Schwäche gewesen, das dem Ansehen Amerikas schwer geschadet habe, behauptete er damals wie auch im vorliegenden Buch. Im Gegensatz zu Kagan war Obama zum fraglichen Zeitpunkt seines umstrittenen Entschlusses überhaupt nicht klar, dass das "Regime" Baschar Al Assads den tödlichen Angriff zu verantworten habe. Viele Anzeichen und Erkenntnisse sprachen für eine Falsche-Flagge-Aktion der Rebellen mit Hilfe des türkischen Geheimdienstes, um die Lage im Sinne der Scharfmacher auf westlicher Seite eskalieren zu lassen. Deshalb hat Obama dem Vorschlag Russlands zugestimmt, sämtliche Chemiewaffenbestände des syrischen Staats unter internationaler Aufsicht außer Landes zu schaffen und zu vernichten.

Wie einst für seinen 2018 verstorbenen Kameraden im Geiste, den notorischen Kriegstreiber McCain, ist auch für Kagan Russland ein rotes Tuch. Aus seiner Sicht müsse zwingend der internationale Einfluss sowohl der Russischen Föderation als auch der Volksrepublik China zurückgedrängt werden. Kagan hält beide Länder für äußerst aggressive Feindstaaten, die früher oder später niedrigerungen und am besten in kleinere, kontrollierbarere Einheiten zerlegt werden sollen. Deshalb setzt er - ganz wie Hillary Clinton, die er wegen ihrer vermeintlich staatsmännischen Weitsicht 2016 im Wahlkampf gegen den "Isolationisten" Donald Trump unterstützte - den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit



Folgen des Versuchs der USA, in Syrien einen Regimewechsel mit Hilfe von Dschihadisten herbeizuführen, nach einem Jahr Bürgerkrieg deutlich sichtbar
 Foto: Voice of America News: Scott Bob report from Azaz, Syria., Public domain, via Wikimedia Commons

Adolf Hitler gleich, während er in Chinas Staatschef Xi Jinping einen zweiten Joseph Stalin sieht. Nach der Einverleibung der Krim durch Russland im Sommer 2014 sollte Washingtons Geduld mit Moskau ein Ende haben, so Kagan. Nur die wenigsten wissen, dass dessen Frau, Victoria Nuland, in die damaligen Vorgänge in der Ukraine zutiefst verstrickt war. Nuland, die unter Bill Clinton im Stab von Strobe Talbotts im Außenministerium mit den Beziehungen zu Russland befasst war, wechselte unter George W. Bush in den Beraterstab von Vizepräsident Cheney. Nach einem kurzen Intermezzo als Vorsitzende des Center for a American Security, angeblich die Washingto-

ner Denkfabrik mit den engsten Verbindungen zur US-Rüstungsindustrie, wurde Nuland unter Obama Staatssekretärin im State Department mit Verantwortung für europäische Angelegenheiten. In dieser Position koordinierte sie

in Absprache mit Außenminister John Kerry und Vizepräsident Joe Biden sowie mit der offenen Unterstützung John McCains ab Ende 2013 jene CIA-Operation, mittels derer aus den Anti-Korruptionsprotesten auf dem Kiewer



US-Senator John McCain mischt sich am 15. Dezember 2013 mit einer flammenden Rede in die ukrainische Innenpolitik ein
 Foto: United State Senate - the Office of Chris Murphy, Public domain, via Wikimedia Commons



US-Außenminister John Kerry stellt Staatssekretärin Victoria Nuland Wladimir Putin beim Treffen mit dem russischen Präsidenten am 15. Dezember 2015 im Kreml vor
 Foto: U.S. Department of State from United States, Public domain, via Wikimedia Commons

Maidan Anfang 2014 ein mörderischer Putsch gegen die Russlandfreundliche Regierung Wiktor Janukowytsch wurde.

Nuland war es auch, die 2015 nachweislich die Umsetzung des von Russland, Frankreich und Deutschland angestoßenen Minsk-II-Abkommens zur Beilegung des Konflikts zwischen der neuen pro-westlichen Regierung in Kiew und den pro-russischen Rebellengebieten in der Donbass-Region gezielt torpedierte. Dass Nuland keine hohe Meinung von den diplomatischen Bemühungen der Westeuropäer um partnerschaftliche Beziehungen zu Russland hat, weiß man spätestens seit Bekanntwerden ihres notorischen Telefon-Ausrutschers "Fuck the EU" auf dem Höhepunkt der Maidan-Unruhen. Kagan's Frau und jahrelange Lektorin kommt im Buch nicht vor, dafür wird dort die ganze Schuld für die Ukraine-Krise, die seit Februar

2022 in einen großangelegten Bodenkrieg unter Beteiligung regulärer russischer Streitkräfte ausgearbeitet ist, schlicht dem Expansionsstreben des Kremls und Putins Großmannssucht angelastet. Wie sollte es angesichts eines derart manichäischen Weltbildes, dessen sich Robert Kagan befleißigt, auch anders sein.

Im Grunde hat Kagan den Sinn für die geopolitische Wirklichkeit längst verloren. Er schreibt so, als seien die USA immer noch die mit Abstand dominierende Wirtschaftsmacht wie einst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als Europa und Ostasien in Schutt und Asche lagen. Für den rasanten Aufstieg Chinas hat er keine Erklärung, außer dass es sich um eine negative und destabilisierende Entwicklung handeln müsse. Auf den wirtschaftlichen Niedergang der USA infolge des Exports unzähliger gut bezahlter Arbeitsplät-

ze in Billiglohnländer, der jahrzehntelangen Vernachlässigung der zivilen Infrastruktur bei gleichzeitiger Ressourcenverschwendung durch unnötige Kriege im Ausland sowie die Aufrechterhaltung eines irrsinnig aufgeblähten Militärapparats samt Rüstungssektors geht er gar nicht erst ein.

Und wie, bitte sehr, soll Amerika, wie von Kagan gewünscht, weiterhin als demokratisches Modell für die übrige Welt erhalten angesichts einer innenpolitischen Polarisierung, die das Land an den Rand eines Bürgerkriegs - siehe die gewaltsamen Proteste am Kapitol gegen die Abwahl Trumps am 6. Januar 2021 und die aufgeflammete Kontroverse um das Recht auf Abtreibung - geführt hat? Kagan und seinesgleichen im Washingtoner "Blob" halten sich bekanntlich für schlauer als die weniger gebildeten Mitbürger Amerikas, die sie mit ihren geostrategischen Formeln zu blenden versuchen. Doch mit Büchern wie "The Jungle Grows Back", dessen Quintessenz nicht über das Niveau des bekannten Spruchs aus der TV-Fantasyserie "Highlander" - "Am Ende kann es nur einen geben" - hinausreicht, erweisen sich die Neocons ungeachtet aller Belesenheit als die wahren Höhlenbewohner.

Vor diesem Hintergrund mutet der Umstand, dass das bereits erwähnte neokonservative Institute for the Study of War (ISW) für die Leitmedien des Westens wie die New York Times und die BBC als bevorzugte Quelle für Nachrichten und Einschätzungen über das aktuelle Kriegsgeschehen in der Ukraine fungiert, mehr als bedenklich an.

Karsten Müller, Jerzy Konikowski

Die besten Kombinationen der Weltmeister

Band 1 - Von Steinitz bis Tal

Band 2 - Von Petrosjan bis Carlsen

(SB) 27. Juni 2022 - Der erste Eindruck ist irritierend. Hatte ich dieses Buch nicht früher schon einmal in Händen gehalten? Das Cover mit den Köpfen der Weltmeister von Steinitz bis Tal (Band 1) bzw. von Petrosjan bis Carlsen (Band 2) weckt eine vertraute Erinnerung, nur die Farbe des Umschlags und der Titel passen nicht zu meiner Reminiszenz.

Und tatsächlich: Karsten Müllers neues Buchprojekt, diesmal in Kooperation mit Jerzy Konikowski, behandelt nicht die Endspielkunst - ein entsprechender Doppelband erschien unter der alleinigen Autorenschaft Müllers im Joachim Beyer Verlag im Jahr 2021 -, sondern die besten Kombinationen der Weltmeister. Im Vorwort von Michail Marin findet sich ein schöner Kommentar zum Buch. Es wäre schade, lässt der renommierte rumänische Großmeister wissen, "wenn der reiche Schatz, den uns die ehemaligen Weltmeister hinterlassen haben, in Vergessenheit geriete" (S. 7).

Aber sind, so könnte man einwenden, die Partien der Weltmeister nicht längst bis aufs Gerippe analysiert, so dass sie bei allem Respekt mittlerweile kaum mehr darstellen als museale Fragmente? Gewiss, über die Zeiten haben sich

ganze Legionen von Theoretikern mit den Strategemen und taktischen Verwicklungen in den WM-Partien auseinandergesetzt und sie auf ihre Stichhaltigkeit hin abgeklopft, aber bis in die Gegenwart hinein entdecken findige Köpfe bisher unerschlossene Nuancen als auch knifflige Korrekturvarianten. Diese Quelle versiegt nie. Doch darum geht es in dem neuen Doppelband nicht, auch wenn die Referenz der Weltmeister und die Geschichte ihrer Kämpfe unzweifelhaft von unvergesslichem Wert sind.

Es geht um spezifische Kombinationen der Weltmeister und darum, dass Taktikaufgaben, sei es zur Erbauung, für den eigenen Fortschritt oder zur lernhaften Durchdringung dieses schwierigen Terrains, nach wie vor "zu den effektivsten Trainingsmethoden" (S. 7) gehören. Was eignet sich dazu besser, als den Partien der gekrönten Häupter zu folgen? Auf den didaktischen Übertrag kommt es freilich und schlussendlich an. Nur in die Welt ihrer Gedanken einzutauchen, wäre kaum mehr als ein Zeitenflimmern, hätte bestenfalls nostalgischen Flair.

Was diese zweiteilige Reihe über ein übliches Taktikbuch hinaus so empfehlenswert macht, ist sein in-

Karsten Müller, Jerzy Konikowski
Die besten Kombinationen der Weltmeister

Joachim Beyer Verlag 2022

Band 1

Von Steinitz bis Tal

192 Seiten, 29,80 EUR

ISBN 978-3-95920-158-2

Band 2

Von Petrosjan bis Carlsen

232 Seiten, 29,80 EUR

ISBN 978-3-95920-159-9

nerer Aufbau und dass der Novize beflissentlich an die Grauzone seiner taktischen Reichweite herangeführt wird. Talent, das nie gefordert wird, verkümmert, verblasst zu einem morgendlichen Schatten, aber es bricht unverhofft entzwei durch die Konfrontation mit überspannten Herausforderungen. Auf die Balance zwischen Unter- und Überforderung kommt es an. Den kritischen Moment in einer Partie zu erkennen, macht den Sinn von Taktikaufgaben aus. Taktik ist das Nadelöhr, durch das der Lernende hindurch muss, um höhere Weihen zu erreichen. Doch geht es niemals ums reine Auswendiglernen; jeder, der auf der Schulbank gesessen hat, weiß dies. Lernen fängt mit dem Anflug einer Ahnung an, die sich allmählich wie in einem Reifeprozess zu einem tieferen Gespür verdichtet und sich schließlich mit Blick auf das Ganze zu einer vollumfänglichen Intuition entwickelt. Um es vorwegzunehmen: Diese Schritte werden in den "Kombinationen der Weltmeister" entlang einer didaktischen Struktur treffsicher nachvollzogen.

Jeder Weltmeister wird mit einer kurzen Biographie und seinen individuellen Leistungen innerhalb der Schachhistorie vorgestellt. Hinzu kommt, dass Müller und Konikowski die Weltmeister durch

die Spielertypen Aktivspieler, Theoretiker, Reflektor und Pragmatiker charakterisieren, was ihrer Ansicht nach einen bestimmenden Einfluss auf das Brettgeschehen hat, auf jeden Fall jedoch einen erweiterten Blick auf ihr spielerisches Profil zulässt. Müller hat gemeinsam mit Luis Engel für den Joachim Beyer Verlag 2020 das Buch "Spielertypen" verfasst, und so fiel es ihm nicht schwer, das Wesentliche auf ein bündelndes Kürzel zu bringen, ohne dass der Informationswert dabei verlorengeht.

Im Anschluss daran folgt ein signifikantes Partiebeispiel aus der Praxis des Weltmeisters, inklusive einer richtungsweisenden Kommentierung. Bis hierher ist alles altvertraut, doch dann kommt auch schon der Sprung ins kalte Wasser. Im nächsten Kapitel werden eine Anzahl von Kombinationen abgefragt, die nur mit einem einzigen Hinweis gefüttert sind: Weiß gewinnt/Schwarz gewinnt. Mehr erfährt der Leser nicht. Es gilt, die Kombinationen selbst aufzuspüren. Dazu muss er vorweg die Struktur der Stellung auf die taktischen Potentiale hin durchdringen und mögliche Ideen zur Lösung entwickeln. Die Aufgaben weisen verschiedene Schwierigkeitsgrade auf. Jeder wird früher oder später an seine Grenzen stoßen. Und um nichts anderes geht es. Alles Vorherige diente der Motivation.

An der eigentlichen Arbeit und Analyse kommt niemand vorbei. Die Mühe wird einem unterdessen leicht gemacht, man weiß, dass einige Seiten weiter die Lösungswege verzeichnet sind, aber das berührt nicht das Kernmoment der Auseinandersetzung. Tatsächlich verschwindet das penetrante Streben nach der Lösung bald schon

vollständig aus dem Bewußtsein, wird zu einer Nebensächlichkeit, bestenfalls zu einem entfernten Ansporn. Viel wichtiger ist das Ringen mit den eigenen Vorstellungen. Wie verbinde ich die Richtung meines Angriffs, welche Hürden stehen meinem Ziel im Wege? Der Leser muss ständig verwerfen und neu konzipieren, und wo er sich in eine Sackgasse verrennt, muss er wieder an den Anfang der Aufgabe zurück. Dabei ist es völlig unerheblich, ob er am Ende die ganze Lösung findet oder nur Etappen des Weges. Sich konsequent mit einer bestimmten Problematik zu befassen, durch Untiefen und seichte Gestade hinweg, trägt den Nutzen in sich und wiegt den klassischen Erfolg mehr als auf. Denn er begreift: Die Lösung ist nur ein Teilaspekt, man lernt in der Analyse viel mehr. Forschen und dauerhaftes Hinterfragen entzünden den Funken des Prometheus.

Und das nächste Kapitel vertieft und erweitert dieses essentielle Lernen, indem das Autorengespann mit einer Reihe von Spezialaufgaben aufwartet, die auf den jeweiligen Weltmeister zugeschnitten und mit präzisen Fragestellungen versehen sind. Die Analyse bekommt eine deutlichere Richtung, unsinnige Zugfolgen werden von vornherein ausgeschlossen, vor dem Auge entsteht ein Bild. Tausend Gedanken vermitteln etwas über das Wesen der Analyse.

Alle Taktikaufgaben sind mittels QR-Code auf ein Smartphone oder Tablet übertragbar. Ältere Semester werden die Stellung wohl lieber auf dem Brett nachbauen. Jeder Weltmeister wird mittels der gleichen Struktur abgehandelt. So

trifft der Leser auf ein weites Spektrum von Kombinationen und lernt taktische Wege zu gehen, die er in seiner Praxis vorher nicht gekannt hat.

Die Programmatik der Doppelbände leistet weit mehr als ein übliches Taktikbuch, wo das Motiv der Lösung stets in engen Grenzen verläuft und überhaupt der Lösungsweg im Zentrum einer kurzfristigen Belehrung steht. Müller und Konikowski haben dagegen die Analyse und das Abenteuer ganz bewusst an den Anfang gestellt. So wird der Leser ganz unmittelbar eingebunden in die Arbeit und hört auf, ein Beobachter und Zaungast zu sein. Klassische Vorgaben wie: Finde das Matt in vier Zügen! reduzieren das Lernen auf einen selektiven Auswahlprozess. Die Lösung steckt quasi schon in der Frage. Die didaktische Linie von Müller und Konikowski vermeidet gezielt das Abzählen der Züge. Weiß gewinnt/Schwarz gewinnt ist von genialer Einfachheit. Man analysiert zunächst und immer eine Stellung und diese beinhaltet auch strategische Schwächen und Stärken, die bei der Taktik von fundamentaler Bedeutung sind.

Dass die in den Bänden eingefasste Didaktik über die Partien der Weltmeister geht, hat noch einen weiteren Reiz und Nutzen. So begegnet man wie beiläufig der "petite combinaison" von Capablanca, stößt auf Euwes Geheimnis der dynamischen Transformation, findet taktische Lösungen für strategische Probleme, was Botwinnik vorbildhaft praktiziert hat, oder steht staunend vor der hohen Virtuosität in den Partien von Smyslow bzw. durchlebt das stille Vergnügen der tiefengelegten Quali-

tätsoffer Petrosjans und dergleichen mehr.

Ein blutjunger Novize wird vielleicht so seine Schwierigkeiten mit

diesem Doppelband haben, ein erfahrener Spieler wird sie dagegen mit Begeisterung umschlingen. Der Zugang zu Taktik und Kombination war immer schon steinig und schwer

zu vermitteln. Um so mehr ist es zu begrüßen, dass die Autoren einen didaktischen Pfad gefunden haben, die Notwendigkeit der Mühe mit der Lust an der Analyse zu verbinden.

Der Anekdotenkammer achtundzwanzigste Tür - Schachgeister

Teil 2



(SB) - Anekdoten sind historischen Wahrheiten nicht verpflichtet. Und überdies: Was zwischen dem Gestern und dem Heute vorbeirauscht wie im Flug, bringt kein Erinnerungsgrübeln mehr ans Licht zurück, und so mag der Kunstgriff gestattet sein, eine Episode auszuschnücken, die sich in dieser Form sicherlich nicht zugetragen hat, aber dennoch Einzelheiten enthält, die den Fortgang der Geschichte, die hier erzählt wird, aufs Sinnreichste illustriert. Wir wechseln in ein anderes Zimmer. Winter und Yates stehen an der Hausbar. In den Händen halten sie ein Glas mit goldschimmerndem Sherry. Umar Hayat Khan und sein Diener warten derweil im Nebenraum auf die Rückkehr der beiden Schachmeister, die sich eine Viertelstunde ausgeben haben, um zu beraten, was mit Sultan Khan weiter zu geschehen sei.

"Nun, William, was hältst du von dem Possenspiel eben?" Yates zündet sich eine Zigarette an und lehnt mit dem linken Ellbogen auf dem schwarzglänzenden Thresen. Bevor sich Winter zu einer Antwort anschickt, nimmt er noch schnell einen tiefen Schluck; sich

mit so edlen Tropfen, wie sie ihm von den Regalen entgegenlächeln, zu verköstigen, lässt sein bescheidenes Honorar als Berufsschachspieler und gelegentlicher Redakteur von Schachnachrichten für englische Tageszeitungen nicht zu. Als er sich seinem Freund zuwendet, strahlt er über das ganze Gesicht.

"Ich bin in meiner Schachkarriere so manchem Amateur begegnet, der vom Schach weniger verstand, als in einem Fingerhut Weisheit passt, und doch die Noblesse besaß, den von mir geschätzten Siegbert Tarrasch als Dummschwätzer zu kritisieren. Der Inder spielte, zugegeben, die Eröffnungen schlecht, aber in der Tiefe seines Denkens, ahne ich, schläft dennoch ein unerweckter Riese."

Yates blickt seinem Freund tief in die Augen und schmunzelt schweigend. Es hat den Anschein, als würde er über einen Gedanken brüten. Auf seinem bartlosen hageren Gesicht regt sich nichts. Dann, wie erwachend aus Grübeleien, spitzt er die blassen Lippen, und nachdem er sich die Brille auf die Nasenwurzel hochgezogen hat, sagt er: "Ich muss dir beipflichten, teu-

rer Freund, für jemanden, der aus dem fernen Indien kommt, entbehrt sein Spiel einer gewissen Raffinesse nicht. Ich gehe nicht so weit, zu sagen, dass seine Züge beeindruckend waren, mitnichten, aber doch ganz akkurat, ja, ja. Jedenfalls sind mir in der Provinz schon schlechtere Spieler begegnet."

Verärgert zieht Winter die dichten Augenbrauen hoch, und in seine Stimme tritt ein leicht gepresster Unterton. "Ist hier ein Echo im Raum? Du wiederholst nur meine Worte, aber was sagst du zu seinem schlummernden Talent?"

Eine indignierte Falte kräuselt sich auf der Stirn von Yates, aber er hat sich, ganz Gentleman, rasch wieder im Griff und nimmt einen langen Zug aus seiner Zigarette. Als er den Rauch genüsslich in die Luft bläst, huscht ein Lächeln über seine Lippen. "Insofern teile ich deine Einschätzung, als er die Eröffnungen in der Tat nicht beherrscht und aufgrund dieses Mangels aus dem Stegreif heraus zieht, eben so, wie es ihm sein schlichtes Gemüt gebietet. Allerdings möchte ich mich nicht dazu hinreißen lassen, ihn dafür zu tadeln. Es ist nicht seine

Schuld, dass er die Eröffnungen nicht kennt. Schließlich handelt es sich um Zeugnisse der europäischen Kulturgeschichte. Hier in den Grenzen Europas entwickelte sich über eine lange Zeit eine Systematik der ersten Züge. Eröffnungen sind demnach die Quintessenz von Jahrhunderten, von Köpfen ersonnen, die ein strategisches Grundmuster, eine Linie der Logik, wenn du so willst, in den Bau hineinlegten. In Indien, weit weg von der Geburtsstätte dieser Ideen, scheint man davon noch nichts gehört zu haben."

"Über diesen Gedanken solltest du einen Artikel im Manchester Guardian schreiben, Frederick." Winter klopft seinem Freund süffisant auf die Schulter. "Ich für meinen Teil bin jedoch der Auffassung, dass dieser Turbanträger mit dem modernen Geist der Schachstrategie irgendwann einmal zumindest in zarte Berührung gekommen sein muss."

"Gewiss, das ist unverkennbar, und ich will es auch nicht leugnen, aber er spielt Fragment, wie vom Hörensagen ahmt er nach, was nicht tief in ihm gereift ist. Eine Maschine, nichts weiter. Und doch gibt mir sein Spiel Rätsel auf. Ich bin noch nicht hinter sein Denken gekommen. Am meisten überrascht hat mich jedoch seine bemerkenswerte Hartnäckigkeit. In meiner Partie gegen ihn stand er im Mittelspiel bereits bedenklich. Ich glaubte mich schon am Ziel, aber dann leistete er einen solch kreativen Widerstand gegen die drohende Niederlage, dass ich all mein Können aufbieten musste, um ihn zur Kapitulation zu zwingen. Ja, er hat mich verblüfft und auch ein wenig an meine eigenen frühen Turnierjahre erinnert, als ich noch solange um jede Partie

kämpfte, bis die letzte Spur von Hoffnung aus der Stellung verschwunden war."

"Ha! So spielst du heute noch, mein schlaues Gürteltier, und vielleicht ist das auch der Grund dafür, dass die Deutschen deinem Spiel das Prädikat verliehen, du seist ein tiefer Denker. Aber stellen wir den Humor hintenan: Was sollte der ganze Firlefanz mit dem Trainingsturnier?" Winter gießt sich ein neues Glas mit goldgelbem Whisky ein.

"Der indische Oberst scheint einflussreiche Freunde bei der britischen Regierung zu haben."

"Du meinst ...", haucht Winter verschwörerisch.

"Möglicherweise. Warum sonst wurden wir bestellt, um seinen Diener auf Herz und Nieren zu prüfen."

"Sultan Khan ..., das klingt wie ein Name aus einem Märchenbuch."

Yates zerdrückt den Rest seiner Zigarette im Aschenbecher und fingert sich aus einem silbernen Etui eine neue hervor. Ein Hustenreiz schüttelt ihn, aber die Unpässlichkeit ist bald überstanden. "Wenn ich mich recht entsinne, wird in dem Teil Indiens, dem er entstammt, jeder, der einen Flecken Erde besitzt, mit Khan angesprochen, unabhängig davon, ob er allen Ernstes ein Großgrundbesitzer ist oder gerade einmal so viel Land sein eigen nennt, um darauf Tennis zu spielen. Sultan ist wahrscheinlich ein üblicher Vorname in der Region dort und keineswegs ein militärischer Rang."

"Herr und Diener sind demnach nicht verwandt."

"Ich glaube nicht und könnte es mir auch nicht vorstellen. Um ehrlich zu sein, erinnert mich der junge Mann in seinem Frack eher an einen kostümierten Affen, der das Pech hatte, leidlich vom Schach zu verstehen, um seinem Herrn bei den Verhandlungen hier nützlich zu sein."

"Wie sollte ein wortkarger Pinguin dazu in der Lage sein?" Winter zieht ein verwundertes Gesicht.

"Ganz einfach, indem er den Anspruch erhebt, dass selbst ein ungebildeter Inder, der noch nie im Leben etwas von den Werken Shakespeares gehört hat und die Verse eines Percy Shelley wahrscheinlich für das irre Geschwätz eines Mondsüchtigen hält, dennoch die intellektuelle Reife aufbringt, dem englischen Meisterschach auf Augenhöhe zu begegnen", doziert Yates und tippt sich leicht auf die Stirn. "Jedenfalls würde das die Unterredungen ungemain erleichtern. Umar Hayat Khan kam sicherlich nicht als Chefunterhändler der indischen Regierung nach London, aber er gehört seit längerem dem Rat des indischen Außenministers an. In der Kronkolonie kündigt sich ein Tumult an, um nichts Schlimmeres heraufzubeschwören wie den Sepoy-Aufstand von 1857. Ein Massaker käme der britischen Regierung zu diesem Zeitpunkt ziemlich ungelegen. Dass man ihn hierher gebeten hat, könnte der Absicht geschuldet sein, wie ich insgeheim vermute, die Front der Inder zu spalten, beispielsweise, indem man den Moslems Avancen und Zugeständnisse macht, natürlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit, hingegen die Hindus mit der kalten Schulter britischer Überlegenheit abweist. Für

den Erhalt der Kolonie wäre auf diesem Wege viel erreicht."

"Ein abgefeymtes Spiel?", ruft Winter erbost aus.

"Nennen wir es lieber Weltmacht-politik", antwortet Yates kühl.

"Das nimmt dem Geschäft nichts von seiner Verwerflichkeit. In meiner Brust schlägt noch immer das Herz eines Kommunisten. Hätte ich mehr Blut in den Adern ..."

"Statt Gallonen von Alkohol, nicht wahr, William", wirft Yates rasch dazwischen.

"... ich wollte die alten Parolen wieder von Londons Straßen widerhallen lassen."

Beschwichtigend schüttelt Yates den Kopf. "Bedenke, dass du ein halbes Jahr wegen kommunistischer Agitation im Gefängnis gesessen hast. Das ist zwar Jahre her, aber ein kaltes Verlies hat bisher noch jedes Rebellenherz abgestumpft."

"Ja", flüstert Winter bekümmert, "und auch die Wettpartien im St. George's Cafe haben mich verweichlicht und wider Willen zum Bohemien werden lassen. Amateure auszunehmen, die nicht für einen Penny Schachverstand besitzen, glaubst du, dass dies einen Kapitalisten aus mir macht?"

"Du bist, was du bist, William, ein Patriot, der von der Weltrevolution träumt", lacht Yates amüsiert auf, doch als er weiterspricht, mischt sich Trauer in seine Stimme. "Um Sultan Khan tut es mir dennoch leid. Er wirkt malade und unglücklich, das feuchte Klima schadet seiner Gesundheit und mehr noch seinem Geist das Ränkespiel seines Herren.

Ich habe nicht den Eindruck, dass er das Schachspiel wirklich liebt."

"Sprachst du deshalb vorhin von einem Possenspiel?", will Winter wissen.

"Ja auch. Er gibt sich größte Mühe, diesen Umstand zu verbergen, aber wenn er seine Züge macht, wirkt er völlig teilnahmslos, als wüsste er nicht, was die Steine auf dem Brett mit ihm und seinem Leben zu tun haben. Viel lieber würde er wohl die Felder seiner Vorfahren bewirtschaften, als hier in einem fremden Land, für das sein Herz nicht schlägt und dessen Kultur ihm wohl despotisch vorkommen muss, wie eine Jahrmarktsattraktion angestaunt zu werden. Wenn er lächelt, kommt keine Wärme rüber, und wenn er lacht, dann wie ein Kind, das seine Verlegenheit zu überspielen versucht." Yates verstummt kurz, aber als er fortfährt, kann er die Empörung in seiner Stimme nicht unterdrücken. "Nur weil er dem Oberst loyal verpflichtet ist, lässt er es sich gefallen, wie ein Schwamm zwischen den Backen seines Herren zerkaut zu werden."

Winter legt seinem Freund begütigend die Hand auf den Arm. "Die Dinge so zu sehen, heißt, mit der Ursache aller Ungerechtigkeit zu hadern, Frederick. Es klingt gemein, doch weiß ich keinen Flecken auf der Erde, wo 's anders wäre: Wer Diener ist, kann sich seinen Herrn nicht aussuchen. Und doch glaube ich, in einer warmen Stube Schach zu spielen, ist von den Flüchen, die ein Menschenhaupt auf dieser Welt treffen können, noch einer der geringsten."

Yates senkt den Kopf und stöhnt leise. "Doch sollte er in Ungnade fallen, wofür vieles spricht, weil

das Resultat dieses Treffens den Erwartungen von Umar Hayat Khan nie und nimmer genügen wird, droht ihm ein Ungemach. Und noch ein weiterer Gedanke plagt mich, William, seit ich über dieses Arrangement mit dem Turnier nachsinne." Er wirft seinem Freund einen langen fragenden Blick zu. "Kannst du dir vorstellen, warum man ausgerechnet mich hierher gebeten hat, den antierenden Champion des Empires? Wozu einen Riesen aufbieten, um ein kleines Kraut zu zertreten? Irrendwie fühle ich mich mitschuldig an seinem Schicksal."

Winter nickt mehrmals, wie um den im Raum schwebenden Verdacht zu bestätigen. Dann, mit unerschütterlicher Ruhe, sagt er: "Sultan Khan könnte, ließe man ihm bloß mehr Zeit, auf dem Brett ein fürchterlicher Gegner sein. Seinem Wesen haftet etwas Unergründliches an. Tatsächlich ist mir noch niemand mit seiner Konzentrationsfähigkeit begegnet. Sein Auge hing in unserer Partie wie gebannt an den Figuren, er blickte nicht zu mir auf, und doch hatte ich das schauerliche Gefühl, irgendwie hypnotisiert zu werden ..., ja, von seinen Gedanken." Plötzlich lacht er wild auf. "Ich sage dir, von diesen Orientalen geht ein seltsamer Zauber aus, als stünden sie mit überirdischen Mächten im Bunde."

"Du solltest deine Trunksucht mäßigen, William. Du redest wirres Zeug." Ein heftiger Husten schüttelt seinen Leib. "Teufel nochmal, das wird mich eines Tages noch umbringen."

"Und ich denke, du solltest mit dem Rauchen aufhören, mein guter Frederick", entgegnet Winter mit einem breiten Grinsen.

"Dafür sind wir beide zu starrköpfig, ich aus Prinzip und du, weil du abstehende Ohren hast."

"Mach dich nicht lustig über mein gutes Aussehen, vom Vater auf den Sohn vererbt", witzelt Winter ironisch und streichelt sich über das linke Ohr.

"Du hast ja Recht, verzeih", sagt Yates versöhnlich und schweigt. Nach einer längeren Pause fügt er hinzu: "Im Sommer findet die Meisterschaft statt."

"Und?"

"Was wäre, wenn wir ihn unter unsere Fittiche nehmen, nur soviel, dass er den Rückstand zu Europa aufholt und wenigstens die theoretischen Grundkenntnisse der Eröffnungen kennenlernt. Auf diese Weise wäre seinem eigenen Talent, von dem ich überzeugt bin, dass es wie ein ungeschliffener Diamant verborgen in ihm liegt, am besten geholfen. Erinnerst du dich noch an den Inder Khadilkar, der vor Jahren an der britischen Meisterschaft teilnahm?"

"Durchaus. Er spielte nicht schlecht für einen Amateur und als Inder war sein Spiel erstaunlich gut", bemerkt Winter nachdenklich.

"Ich glaube, in Sultan Khan steckt mehr Potential. Bis Ramsgate sind es noch einige Monate. Es wäre eine Herausforderung von höchstem Rang und Reiz. Mich würde es königlich amüsieren, wenn er dem einen oder anderen Gentleman aus unseren Reihen ganz gehörig die Leviten liest. Es wäre zum Teil auch unser Verdienst, auch wenn wir den Finger stets auf den Lippen halten müssten." Yates muss unwillkürlich lächeln. "Käme un-

ser Komplott ans Licht, würden die noblen Herren uns niemals verzeihen."

"Ein Platz im unteren Klassement, mehr wird nicht drin sein, Frederick", hemmt Winter die hohen Erwartungen seines Freundes. "Aber immerhin könnte er so seinem Gebieter wieder in die Augen schauen, ohne erröten zu müssen. Hauptsache, er wird nicht Letzter."

"Ich will noch einen Schritt weiter gehen, William, und ihm sogar einen Blick in meinen Variantenkoffer erlauben. Dann wäre er auf seine Gegner besser vorbereitet. Wenn er unbeschadet das Mittelspiel erreicht und sich geschickt ins Endspiel hineinmanövriert, du weißt schon, ganz wie Capablanca, dann sollte er genügend Remisen einsammeln, um dem Schimpf seines Herrn entgehen zu können. Und im Endspiel, das sagt mir mein Instinkt, spielt er nicht schlechter als irgendeiner von uns."

"Wenn du ihm zu viel verrätst, schnappt er dir zuletzt noch den Titel vor der Nase weg. Das wäre ein schöner Reinfall", lacht Winter vergnügt auf.

"Ha! Ha! Eher wollte ich an den Untergang des Empires glauben, als dass ein Kolonialinder die Schachwelt in Erstaunen versetzt. Aber im Ernst: Ich glaube, mein Terminkalender wird mir in diesem Jahr nicht erlauben, in Ramsgate zu starten. Die Schande fiele dann auf dich allein."

"Dieses Risiko gehe ich gerne ein. Also abgemacht, wir wollen ihn in das europäische Schach einweihen, damit ihn sein Herr nicht wie einen Hund prügelt." Winter leert sein Glas.

"Wie ich gehört habe, kehrt der Oberst noch in diesem Jahr nach Indien zurück. Mehr als diese Gelegenheit wird Sultan Khan nicht bekommen. Wir sollten jetzt in den Saal zurückgehen und dem Oberst unseren Vorschlag unterbreiten."

Die Monate gingen ins Land, und der Sommer ließ die Blumen aufblühen. Sultan Khan lernte mit dem Fleiß einer Biene, und mit dem Gedächtnis eines indischen Elefanten verstaute er das neu erworbene Wissen. Besonders zu Yates fasste er in dieser Zeit eine tiefe Zuneigung und Dankbarkeit.

Als Ramsgate seine Pforten öffnete, war Sultan Khan längst zum Stadtgespräch geworden. Ein indischer Hausdiener, der die britische Meistergilde herausfordert! Eine willkommene Abwechslung, jubelten die einen erheitert, eine Frechheit, grollten die anderen gekränkt, und doch war man gespannt zu sehen, wie einer, der keinen englischen Satz formen konnte und mit Gesten und Grimassen sprach, beim Meistertreffen abschneiden würde. Kurzum: Sensationsgelüste trieben Scharen von Neugierigen in den Turniersaal. Yates musste seine Teilnahme mit großem Bedauern absagen, er war nicht abkömmlich, ließ sich aber Depeschen schicken über den Fortgang der Runden.

Woran niemand je zu glauben gewagt hätte, weil es schlicht unvorstellbar war, geschah. Sultan Khan musste im Wettkampf nur eine einzige Niederlage einstecken. Größere Verblüffung erregte freilich, als der Turnierfavorit Winter, obgleich er eine klare Gewinnstellung auf dem Brett hatte, den Inder in ein Patt entkommen ließ.

Winter konnte sich diesen Patzer nicht erklären und sprach ausweichend von einem überirdischen Zufall. Die Reihe der Sonderbarkeiten riss damit nicht ab. So leisteten sich Michell und Drewitt, eigentlich zwei starke britische Meister, gegen Sultan Khan simple Figureneinsteller. Journalisten prägten daraufhin das Bild von einem indischen Magier, der sich auf die Künste der Hypnose verstünde. Dass Sultan Khan während der Meisterschaft unter Malaria litt und dennoch den Meistertitel errang, ließ die phantastischsten Gerüchte ins Kraut schießen.

Kurz nach seinem Sensationssieg in Ramsgate kehrte Sultan Khan mit seinem Herrn nach Indien zurück. Das letzte Kapitel war jedoch noch nicht geschrieben. Im Mai 1930 reiste der Oberst nach England zurück und schickte seinen Schützling zu den Hochburgen Europas, wo Sultan Khan auf die stärksten Meister der Zeit traf. In Lüttich 1930 errang er den zweiten Platz hinter Savielly Tartakower, wurde Dritter in Hastings 1930/31 hinter Max Euwe und José Raúl Capablanca und geteilter Dritter mit Isaac Kashdan in London 1932 hinter Alexander Aljechin und Salo Flohr. In Hastings feierte Sultan Khan den wohl schillerndsten Sieg seiner kurzen Laufbahn, als er mit den weißen Steinen keinen geringeren als den Ex-Weltmeister Capablanca in 64 Zügen bezwang. Tartakower sprach ehrfürchtig von einem wahrhaft gigantischen Kampf.

Auch bei der britischen Meisterschaft sollte Sultan Khan nochmals glänzen. In Worcester 1931 belegte er punktgleich mit Winter den dritten Platz. Yates gewann die Krone, aber gegen seinen eins-

tigen Lehrling, dessen Ursprünglichkeit des Könnens ihn von Anfang an tief beeindruckt hatte, musste er sich geschlagen geben. Im Jahr darauf in London erlitt Yates abermals eine Niederlage gegen Sultan Khan und musste den Titel an den Inder abgeben. Bald darauf endete ihre Freundschaft, doch nicht aus Gründen gekränkter Ehre. Am 1. November 1932 ereilte Yates ein tragisches Schicksal. Aufgrund eines defekten Gasofens verstarb er im Schlaf an den Folgen einer Kohlenmonoxidvergiftung. 1933 wiederholte Sultan Khan seinen Erfolg in Hastings. In vier Anläufen hatte er dreimal den Titel des britischen Meisters gewonnen.

Anfang 1934 kehrte Sultan Khan für immer nach Indien zurück und verschwand damit vollständig aus dem Blickfeld Europas. Er hatte seinem Herrn treu gedient und verließ den alten Kontinent ohne das geringste Gefühl eines Bedauerns. Tatsächlich hatte ihn vor allem das nebelfeuchte Klima in England arg zugesetzt. So litt er häufig unter Grippe und Erkältungen und spielte am Brett nicht selten mit einem dicken Schal um den Hals.

Lange Zeit hieß es, er habe nie wieder die Figuren angerührt. Heute weiß man, dass er im Februar 1935, also fast ein Jahr nach seiner Heimkehr, ein Match gegen den amtierenden indischen Landesmeister Khadilkar austrug, der 1924 als erster Inder an der britischen Meisterschaft teilgenommen hatte. Sultan Khan, an europäischen Turnieren gereift, ließ seinem Landsmann keine Chance. Nach einem Auftaktremis erzielte er neun Siege in Folge. Danach trat er vollständig von der Schach-

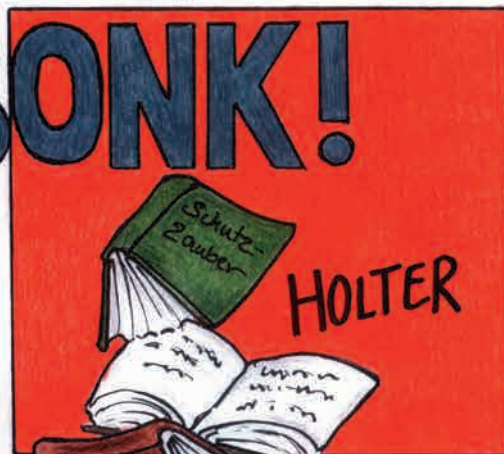
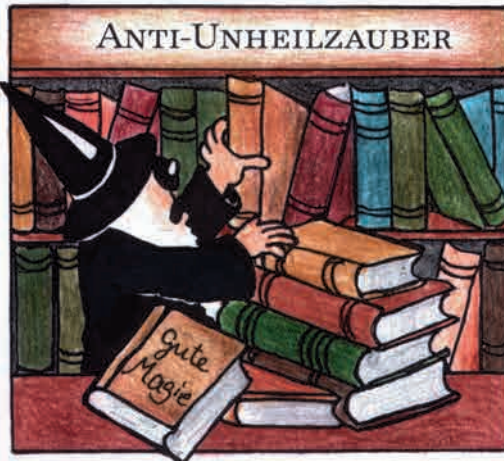
bühne ab. Im Sommer 1966 meldete die englische Zeitschrift "Chess", dass Sultan Khan am 25. April des Jahres im Alter von 61 Jahren an den Folgen einer Tuberkulose verstorben war.

Nun könnte man geneigt sein, diese Anekdote als enthüllenden Blick auf das Wirken einer Schachlegende aufzufassen, die England und das europäische Festland für die Dauer einiger Jahre in Atem gehalten hatte. Der Eindruck drängt sich jedenfalls auf, dass Sultan Khan ohne den Unterricht zweier Briten niemals zu solchen Ehren gelangt wäre. Der britischen Eitelkeit mag dies schmeicheln. Doch verhält es sich wirklich so?

Als Sultan Khan gegen die britischen Elitespieler im Trainingsturnier antrat, war sein Spiel schwach, ließ aber genügend positionelles Grundverständnis durchblicken, dass er nicht wie ein Stümper wirkte. Tatsächlich hatte er bis dahin kaum belastbaren Kontakt mit dem europäischen Schach gehabt. Als er in seinen Partien zunehmenden Widerstand leistete, schien dies Winter und Yates dazu aufzureizen, all ihr Können in die Waagschale zu werfen und so die Feinheiten ihrer Technik preiszugeben. Mehr brauchte Sultan Khan nicht hervorzulocken. Den Rest konnte er selbst ergründen. Dass er sich also flügelahm und zögerlich gab und sein strategisches Geschick verheimlichte, geschah aus Klugheit und Kalkül. Dies war seine List, war die Quintessenz seiner Erfahrungen mit dem britischen Kolonialgeist. Später brauchte er nie wieder darauf zurückzukommen. Er hatte von seinen Gegnern genug gelernt.

MAGUS ROLF

GARNICHT UM KÜMMERN ...



© 2022 by Schattenblick

Umweltlügen ...

"Ja, ich bin ein Heuchler bei dem, was ich beruflich mache" [1]
(Sebastian Vettel, Formel-1-Rennfahrer)

(SB) 27. Juni 2022 - "Ich habe im Laufe der Jahre schon viel Heuchelei erlebt, aber das hier ist der Gipfel. Ein Rennfahrer, der von Aston Martin gesponsert und von Saudi Aramco finanziert wird, beschwert sich über Teersandabbau", empörte sich Sonya Savage, die Energieministerin der kanadischen Provinz Alberta, via Twitter [2], nachdem der frühere Formel-1-Weltmeister Sebastian Vettel den umweltschädlichen Teersandabbau in Kanada kritisiert hatte. "Es ist ein Horror für die Natur. Das sollte nicht erlaubt sein", hatte Vettel bei der Pressekonferenz vor dem Großen Preis von Kanada erklärt. Bei seiner Ankunft im Fahrerlager von Montreal trug er ein T-Shirt mit der Aufschrift "Stoppt den Teersandabbau - Kanadas Klimaverbrechen", eine entsprechende Botschaft zierte außerdem seinen Helm.

Wie es scheint, haben sich hier zwei professionelle HeuchlerInnen einen Wettkampf um den Gipfel der Heuchelei geliefert. Das extrem umwelt- und klimaschädliche Rohöl aus kanadischen Teersanden gilt als das schmutzigste Öl der Welt. Es soll mindestens dreimal so schädlich wie herkömmliches Erdöl sein. Laut Greenpeace befindet sich die Ölsandschicht in etwa 30 Metern Tiefe. Um dahin zu gelangen, mussten und müssen in Kanada Urwälder gerodet und der

Mutterboden abgetragen werden. Erst dann kann das Gemisch aus Sand, Lehm und teerähnlichem Öl aus dem Boden gehoben werden. Das Umweltinstitut München e.V. beschreibt die dabei auftretenden Schäden so:

"Täglich werden in der kanadischen Provinz Alberta rund 900 Millionen Liter Teersand-Öl gefördert. Das entspricht ca. 5,5 Millionen Barrel pro Tag. Für die Produktion von einem Liter Öl werden hier 4,5 Liter Wasser verbraucht und sechs Liter Giftschlamm produziert. Das summiert sich auf über vier Milliarden Liter verbrauchtes Wasser und weit über fünf Milliarden Liter Giftschlamm pro Tag. Bereits eine Fläche so groß wie England, Nordirland und Wales wurden so vergiftet. Wilde Tiere an Land und unter Wasser leiden unter Tumoren. Auch Menschen bleiben nicht verschont. Die Krebsrate ist im Teersand-Gebiet 20 Prozent höher als im Rest des Landes." [3]

Statt den Schäden für Mensch und Natur ungeschminkt ins Auge zu blicken, griff auch Albertas Energieministerin Sonya Savage auf das Mittel der Schönfärberei und der Polemik zurück: "Saudi Aramco ist der grösste Ölförderer der Welt und angeblich der grösste Produzent von Kohlenstoff-Emissionen seit 1965. Anstatt die Teersand-Industrie zu verteufeln,

die sich auf dem Weg zu einer Netto-Nullbilanz befindet, sollten die Leute lieber mal auf ihren CO2-Fussabdruck achten. Vielleicht mit Tretautos für die Formel 1?"

Trotz der anwachsenden Bedrohungen durch Treibhausgasemissionen, Erderwärmung und Klimawandel hat die wirtschaftsfreundliche Regierung Kanadas in den vergangenen Jahrzehnten kaum etwas unversucht gelassen, um die Proteste und den erheblichen Widerstand gegen den umweltschädlichen Teersandabbau, insbesondere von den "Native Americans", zum Schweigen zu bringen. Zeitweise wurde sogar versucht, ein "Anti-Terrorism Act 2015" (C-51) durch das Parlament zu peitschen, mit dem auch Proteste gegen den Bau von kritischen Infrastruktureinrichtungen wie zum Beispiel Pipelines, Raffinerien oder Erdölverladestationen unterbunden werden sollten. Sitzblockaden, Straßensperren, Streiks oder andere Formen des zivilen Ungehorsams in Verbindung mit kritischer Infrastruktur hätten auf diese Weise als "terroristische" Straftat eingestuft werden können. Nur aufgrund unterschiedener Proteste von Bürgerrechtlern, Wissenschaftlern und aus der Bevölkerung konnte das Anti-Terror-Gesetz noch verhindert werden.

Doch die Regierungs- und Industrielobby ist stark und verfügt, auch im internationalen Zusammenhang, über immense politi-

sche, wirtschaftliche und judikative Ressourcen, um sowohl den zivilen Widerstand gegen Teersandabbau als auch ökonomische "Handelshemmnisse" aus dem Weg zu räumen. Schon Jahre vor dem Stellvertreterkrieg von Russland und der USA/NATO in der Ukraine hatte die EU versucht, ihre Abhängigkeit von Öl-Importen aus Russland zu verringern und mit Kanada, das in Konkurrenz zum ebenfalls umweltschädlichen Fracking-Öl aus den USA steht, entsprechende Abkommen zu schließen. Das EU-Freihandelsabkommen CETA, das den Weg für Öl aus Teersand auf den hiesigen Markt frei machen könnte, sollte dabei eine Schlüsselstellung einnehmen. Der umstrittene Vertrag, der u.a. den Investoren und Konzernen schier unglaubliche Vorrechte einräumt, ist noch nicht von allen Mitgliedsländern der EU ratifiziert worden, auch von Deutschland nicht. Zudem sind Verfassungsbeschwerden gegen die als undemokratisch kritisierten Freihandels- und Investitionsschutzverträge der EU anhängig. Trotz der massiven Kritik wird CETA schon seit 2017 "vorläufig angewendet", was bedeutet, dass Teile des Vertrages bis auf Weiteres umgesetzt werden können. Das betrifft auch den steigenden Absatz von Teersand-Öl nach Europa, was wiederum die Klimaschutzziele der EU konterkariert. Falls nicht umgehend der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe vollzogen wird, kann das Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu halten, kaum noch erreicht werden.

Im vergangenen Jahr hatten Verbraucherschutzorganisationen wie Foodwatch oder der Verein Mehr Demokratie e.V. noch ihre Besorgnis darüber ausgedrückt, dass insbesondere die Grünen, schon weil sie Teile der vorläufigen Anwendung von CETA tolerierten, von ihrem klaren Nein immer mehr abrücken könnten. Der heutige Wirtschaftsminister Robert Habeck und Außenministerin Annalena Baerbock (beide Grüne) hatten in der Vergangenheit stets betont, dass durch CETA wichtige Standards im Umwelt-, Verbraucher-, Sozial-, und Datenschutz für die Interessen von Großkonzernen nicht aufs Spiel gesetzt werden dürften.

Doch spätestens seit dem Ukraine-Krieg werden mit Hilfe der Superlegitimation "Zeitenwende" viele einst heilige Vorsätze dem Wirtschafts- und Sanktionskrieg gegen Russland geopfert. Um sich aus der Abhängigkeit von russischen Gas- und Ölexporten zu lösen, scheint der Regierungskoalition, die auf einen Siegfrieden mit Russland setzt, den Ukraine-Krieg mit immer mehr Waffenlieferungen womöglich bis zum atomaren GAU anheizt, Friedenslösungen auf dem Verhandlungswege verunmöglicht und die hiesige Bevölkerung auf kriegsbedingte Engpässe einstellt, fast jedes Mittel recht. So erwägt die Berliner Ampelkoalition die Nutzung fossiler Kraftstoffe auszuweiten oder zumindest so zu modifizieren, dass der Treibhausgasausstoß erhöht würde. Die FDP hat inzwischen die Aufhebung des Fracking-Verbots ins Gespräch gebracht, um die inländische Gasförderung auszuweiten. Um die Gasspeicher zu füllen, kündigte Wirtschaftsminister

Habeck den verstärkten Einsatz von Kohlekraftwerken an - natürlich mit Bauchschmerzen, denn die Kohleverstromung würde auch eine Zunahme der Treibhausgasemissionen bedeuten.

Nicht zu vergessen die Importterminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven, die mit großem Aufwand errichtet werden. "Was ist bloß mit Robert Habeck los? Erst LNG-Terminals, dann mehr Ölbohrungen im Wattenmeer und jetzt auch noch CCS: Es scheint kein energie- und klimapolitisches Tabu zu geben, das der grüne Minister nicht auf den Prüfstand stellt", fragte bereits der schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Christian Dirschauer (SSW), nachdem Habeck kundgetan hatte, mittels der sogenannten CCS-Technologie Kohlendioxid (CO₂) unter dem Nordseeboden zu speichern, was vielen Experten als "tickende Zeitbombe" gilt. [4] Derweil fordern Union und FDP längere Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke und werfen der sich zierenden Bundesregierung "fachlichen Blödsinn" vor.

Wie die Zeitung Die Welt berichtete, prüfe die Bundesnetzagentur bereits, ob Vermieter zur Absenkung der Mindesttemperatur in Wohngebäuden verpflichtet werden könnten. [5] Die den armen Menschen auf den Kopf spuckende Losung von Ex-Bundespräsident Joachim Gauck, wir könnten auch einmal für den Frieden frieren, welche sich längst als Aufruf zum "Frieren für den Krieg" entpuppt hat, scheint keineswegs mehr an den Haaren herbeigezogen. Längst verweisen die maximalen Wirt-

schaftssanktionen gegen "den bösen Putin" auf ihre ideologischen Urheber zurück, die eine Heuchelei nach der nächsten vom Stapel lassen. Die vermeintlich sauberen "Freiheitsenergien", um deren umweltschonende Verwirklichung es langfristig bei der vermeintlich wertegeleiteten Außen- und Energiepolitik der Bundesregierung gehen soll, erweisen sich allzu oft als schmutzige Deals. Könnte man sonst klimaschädliches Gas aus den USA importieren oder bei diktatorischen Herrscherhäusern wie Katar (Gas) und den Arabischen Emiraten ("grüner Wasserstoff"), an deren Palastwänden das Blut vieler Regionalkriege und Umweltdesaster klebt, um Energienachschub für die europäischen Wohlstandslän-

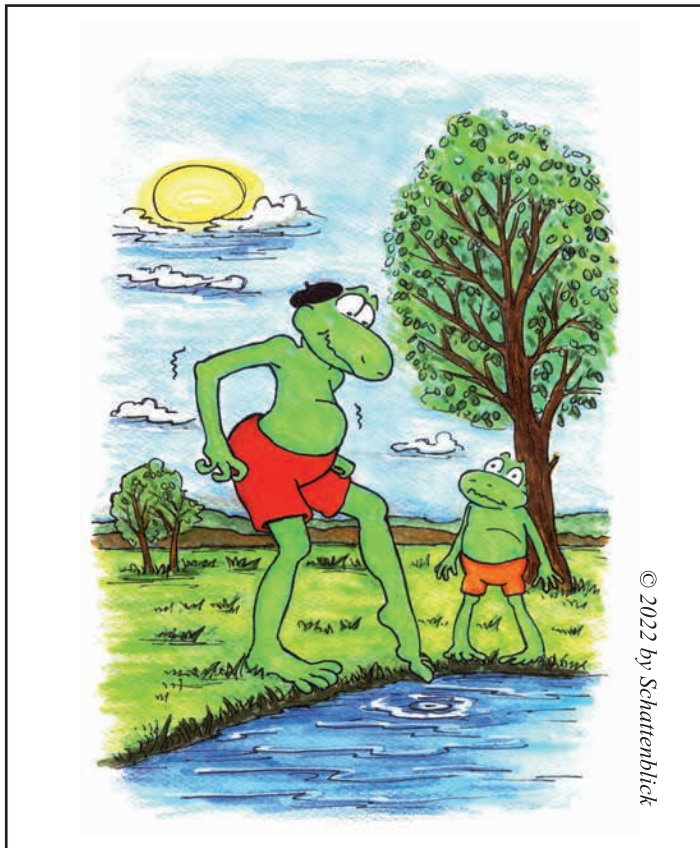
der betteln? Wegen der hohen Nachfrage aus Europa sollen möglicherweise auch an der Atlantikküste Kanadas Terminals für das Verschiffen von Flüssigerdgas entstehen, obwohl die kanadische Bundesregierung und die der Provinz Québec das Vorhaben aus Sorge um Klima und Umwelt erst vor kurzem abgelehnt haben, wie die Süddeutsche Zeitung berichtete. [6] Der Abnutzungskrieg der EU, die mit immer schärferen Sanktionen gegen Russland ins Feld zieht, ohne dass diese überhaupt die propagierten Wirkungen zeigen, scheint den Resteabbrand im fossilen Kapitalismus regelrecht zu beflügeln.

So sehr sich Sebastian Vettel auch als Zielscheibe für den Vorwurf

der Heuchelei empfiehlt, wenn er etwa die Frage einer BBC-Moderatorin, ob er als Fahrer der Formel 1, "einer der am meisten Benzin verschwendenden Sportarten", nicht ein Heuchler sei, bejaht - er befindet sich an der Greenwashing-Front in guter Gesellschaft. Vettel ist dem Polit-Entertainment in Berlin näher, als er vermutlich glaubt, wenn er um Verständnis für seine Lage wirbt. "Auf der anderen Seite unterhalten wir die Leute auch", entschuldigte sich der Rennfahrer. "Während der Corona-Pandemie waren wir eine der ersten Sportarten, die wieder losgelegt haben. Als allen der Kopf explodiert ist, gab es wieder Formel-1-Rennen im Fernsehen." [7]

Fortsetzung Seite 92

DIENSTE / Wetter



*Oh, das Wasser geht zurück,
ist jedoch noch immer naß.
Jean, der ist ein Frosch im Glück,
er verlässt das trock'ne Gras.*

Fortsetzung von Seite 91

Um die Bevölkerung in Deutschland an Inflation, explodierende Energiekosten, verschärfte Umwelt- und Gesundheitsauflagen, die fast sichere Verfehlung der hehren Klimaziele und die allgemeine Militarisierung der Gesellschaft zu Lasten sozialer Mindeststandards zu gewöhnen, sind ökobewusste Renn-Veranstaltungen, die die Widerspruchsregulation zum Unterhaltungsformat erheben, geradezu unerlässlich.

Anmerkungen:

[1] <https://twitter.com/racefansdotnet/status/1538561746884911104>. 19.06.2022.

[2] <https://twitter.com/sonyasavage?lang=de>. 17.06.2022.

[3] <http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2021/klima/das-schmutzige-geschaefft-der-welt.html>. 30.09.2021.

[4] <https://www.hei-se.de/tp/news/Wirtschaftsminister-Habeck-Gefaehrliche-Experimente-mit-Kohlendioxid-7132142.html>. 05.06.2022.

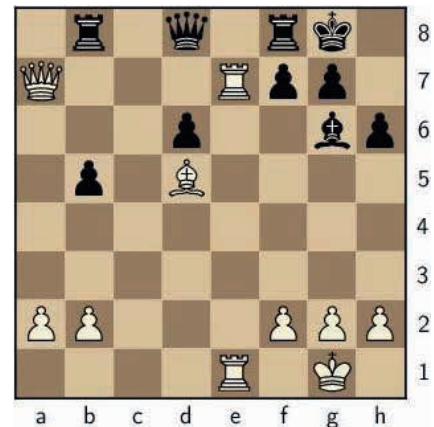
[5] <https://www.welt.de/wirtschaft/article239542981/Gas-Bundesnetzagentur-warnt-vor-grossen-Problemen-im-Winter.html>. 24.06.2022.

[6] <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gnl-quebec-eu-ling-kanada-illich-1.5567932>. 18.04.2022.

[7] <https://www.youtube.com/watch?v=vsU3uxjnyWY>. Question Time - 12th May 2022 - Full Episode with Sebastian Vettel

Streit der Köpfe um eine Verwechslung

(SB) - Einige Köpfe behaupten, Schach sei zu 99 Prozent Taktik. Was das übrige Prozent ausmacht, darüber schweigen sie sich aus. Mit den 99 Prozent taktischer Überlast ist gemeint, daß es im Schach im wesentlichen um das Berechnen konkreter Zugfolgen geht, und die seien immer taktischer Natur. Die Strategie, die Pläne erstellt, um auf ein bestimmtes Ziel hinzuarbeiten, sei eine Erfindung der Analyse, um einer Partie einen reizvollen Rahmen zu geben. Auf dem Brett werde hingegen konkret und nicht planerisch gespielt. Tatsächlich kommt der Begriff der Strategie aus dem Militärischen und verweist auf das Verfolgen langfristiger Ziele, die mittels verschiedener operativer Pläne in die Tat umgesetzt werden. Das Realisieren der Pläne nannte man Taktik. Tatsächlich hat es ursprünglich kein Gegensatzpaar von Strategie und Taktik gegeben. Beides waren lediglich verschiedene Etappen einer kriegerischen Unternehmung. Was heute Schachspieler entzweit, ob die Strategie dominant sei oder die Taktik, rührt also von einer Verwechslung her. Im heutigen Rätsel der Sphinx aus der 15. Schacholympiade in Warna 1962 hatte die taktische Seite insofern das Sagen, als Schwarz bereits kurz vor der Niederlage stand und Olsson daher gegen Puig nur noch den taktischen Mattweg finden mußte, Wanderer.



Olsson - Puig
Warna 1962

*Auflösung des Sphinx-Rätsels
aus Wochendruckausgabe*

Nr. 174:

"Von unverwüstlicher Dauer":

Die schwarze Stellung seines Kontrahenten Donner war schon hart angeschlagen, so daß Dely mit 1.Sd4-c6+! den Zusammenbruch einleiten konnte. Die Antwort 1...Lb7xc6 war erzwungen, aber die eigentliche Pointe muß Donner wirklich überrascht haben. Er hatte sich auf 2.Tc3xc6? verlassen, worauf ihm das Damenopfer 2...Dd7xc6! 3.d5xc6 Ld6-c5+ eine Gewinnstellung verschafft hätte. Dely spielte jedoch viel stärker 2.Ta4xa6!, wonach es für Schwarz keine Rettung mehr gab. Weiter geschah 2...Lc6xd5 - auf 2...Lc6-b7 folgt 3.Ta6xd6 und der Turm ist wegen 4.Lc1-f4 unantastbar - 3.Ta6-b6+ Ld5-b7 4.Dd1xd6+! Dd7xd6 5.Tb6xb7+ Kb8-a8 6.Tb7-b4+ und Schwarz gab angesichts des Matts 6...Ka8-a7 7.Tc3-a3+ Dd6-a6 8.Tb4-b7+ Ka7-a8 9.Ta3xa6# auf.

Weitere Schach-Sphinx:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

GERÄDERT ...



© 2022 by Schattenblick



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben: € 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:
MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag
Redaktion Schattenblick
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Herausgeber:
MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse:
ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Internet: www.schattenblick.de
Registergericht:
Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß
§ 10 Absatz 3 MDStV:
Helmut Barthel, Dorfstraße 41,
25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN-Print: 2195-9021

Redaktion: Nach einem Beschluss des Schattenblick-Redaktionsteams von 1994 liegt die Autorenschaft von Eigenbeiträgen in der Regel bei der Schattenblick-Redaktion und wird mit dem Kürzel (SB) ausgewiesen.

Gender-Hinweis: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Schattenblick bei redaktionseigenen Texten überwiegend das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter (männlich, weiblich, divers). Die verkürzte Sprachform hat nur redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Urheberschutz und Nutzung: Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieser Druckausgabe wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.

Sämtliche Beiträge der Online-Tageszeitung Schattenblick stehen jedem Leser und Interessierten unabhängig von Zeit und Ort unter der Internetadresse www.schattenblick.de kostenlos zur Verfügung. Darüber hinaus können sie auf allen mobilen Medien (Smartphone, Tablet, E-Reader etc.) oder über das zeitgesteuerte Abrufsystem Calibre gelesen werden.

Kooperationspartner von Schattenblick



pressenza
INTERNATIONAL PRESS AGENCY

Pressenza
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin

Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de



poonal
Presedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber: Nachrichtenpool
Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>